

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und
tarifunion



3 | 2024
71. Jahrgang



BuHaVo 2024
in Erfurt

OHNE STARKE
GEWERKSCHAFT GEHT ES NICHT

PERSONALRATSWAHLEN 2024

NORDRHEIN-WESTFALEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

WAHLTAG
6.6.2024



BEAMTE



ARBEITNEHMER



Ever Wohergehen,
unser Auftrag -
vom ersten bis
zum letzten Tag!

WAHLEN 2. + 3.7.2024

UNSERE KANDIDATINNEN & KANDIDATEN
FÜR SIE IM HAUPTPERSONALRAT

BRIEFWAHL NUTZEN
- JEDE STIMME ZÄHLT!

LISTE 1



JETZT NEU

Absolvieren Sie in der neuen STUV ACADEMY das **Grundseminar Schlossbeauftragte/r** und das **Aufbauseminar Fachkraft für Schlosstechnik**.

Auszug Inhalte:

- Grundlagen Schlosstechnik
- Theorie & Praxis HSL
- Ein- und Ausbau
- Prävention und Wartung
- Praktische Einheiten
- Sicherheitsrichtlinien

aktuelle Termine:

06. - 09. August 2024

05. - 08. November 2024



Weitere Termine verfügbar.

STUV ACADEMY

**GRUNDSEMINAR SCHLOSSBEAUFTRAGTE/R UND
AUFBAUSEMINAR FACHKRAFT FÜR SCHLOSSTECHNIK
JETZT ANMELDEN.**

Informationen
und Anmeldung:

T +49 (0) 20 56 - 14 510
E info@stuv-prison.com
www.stuv-prison.com

Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands	Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de



REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4/5: ▶▶▶ 5. September 2024



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4/5: ▶▶▶ 15. Oktober 2024

BUNDESHAUPTVORSTAND

Kein Déjà-vu	4
BSBD Bundeshauptvorstand in Erfurt	6
Seniorensenar	7
Solide Berichterstattung des BSBD	8
Rätsel	9
Rätsel Lösungen aus Ausgabe 2	10



Teilnehmer des Seniorensenar 2024

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	11
Bayern	24
Berlin	26
Brandenburg	32
Hamburg	37
Hessen	42



JVA Butzbach - so sehen Sieger aus!

Mecklenburg-Vorpommern	55
Niedersachsen	60
Nordrhein-Westfalen	64
Rheinland-Pfalz	76
Saarland	82
Sachsen	87
Sachsen-Anhalt	93
Schleswig-Holstein	94
Thüringen	98
Impressum	63

Kein Déjà-vu

Die Gewalt gegen Bedienstete des Justizvollzuges nimmt erneut zu

Zahlreiche Beiträge, Initiativen und Informationen wurden bereits durch den BSBD veröffentlicht, in denen vor allem die Zunahme der schweren Gewaltübergriffe thematisiert wurde. Trotzdem müssen wir erneut die letzten Übergriffe zum Anlass nehmen, um dieses Problem wieder mehr in den Fokus zu rücken. Kolleginnen und Kollegen wurden so schwer verletzt, dass nach unseren Informationen längere Krankenhausaufenthalte notwendig waren, um das Schlimmste zu verhindern. Wir verzichten in dieser Berichterstattung auf Einzelheiten, um nicht unabsichtlich Rückschlüsse auf die Geschädigten zuzulassen.

Wir wünschen als BSBD-Gemeinschaft den Kolleginnen und Kollegen beste Genesung und hoffen abermals, dass sie das Geschehene vollständig verarbeiten können. Auch persönliches Eigentum von Mitarbeitenden war erneut Ziel von Übergriffen. Nachdem bereits vor einer Hamburger JVA PKWs von Bediensteten brannten, waren diesmal die Berliner JVA'en (u.a. Heidering) Zielscheibe der Kriminellen. Mehrere Fahrzeuge wurden im direkten Umfeld der JVA'en in Brand gesteckt. In zahlreichen Ministerien wurde das Problem erkannt und versucht gegenzusteuern: Bereits 2017 beschloss der Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD eine Gesetzesänderung zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften sowie der Möglichkeit der stärkeren Sanktionierung durch die Verschärfung des Strafrahmens für Übergriffe auf Vollstreckungsbeamte. Ein damals wichtiges Zeichen in der erhofften Abschreckung, jedoch weniger wirkungsvoll.

Dazu kommt (wie auch schon im „Vollzugsdienst“ und weiteren Medien berichtet), dass die Zahl von psychisch erkrankten Straftätern zugenommen hat. Viele der inhaftierten Straftäter haben es für sich konditioniert, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, und/oder die Erfahrung im persönlichen Umfeld gemacht, dass das Recht des vermeintlich körperlich Stärkeren gilt. Bereits in der Vergangenheit stellte der BSBD den Ministerien und der handelnden Politik die Frage, wie der deutsche Justizvollzug auf die gewachsenen Herausforderungen reagiert. Psychiatrische Stationen



in den Justizvollzugsanstalten sind immer noch nicht in allen Bundesländern Realität. Stattdessen sind die Justizvollzugsanstalten nach „Corona“ wieder gut belegt und zum Teil überbelegt.

Die Personaldecke schrumpft u.a. durch altersbedingte Abgänge und zu wenig Ausbildungsbewerber im AVD. Krankenpflegepersonal allgemein und speziell mit psychiatrischer Vor- und Ausbildung ist zu wenig vorhanden. Psychologen und Pädagogen sind schon stellenmäßig zu schlecht bestückt, um hier ausreichend gute Arbeit verrichten zu können. Schlicht, es wurde trotz zahlreicher Warnungen des BSBD nicht oder nur unzureichend reagiert, um den Personalbestand in allen Professionen aufzufüllen und zu erweitern.

Und somit setzt sich die Spirale fort. Aus- und Fortbildungen kommen aufgrund mangelnder Personalstärke zu kurz, vor allem der Umgang mit psychisch auffälligen und kranken Straftätern wird viel zu wenig geschult. Auch hier die gekürzte Fassung, denn aufmerksame Leser des Vollzugsdienstes wissen, dass diese Thematik wiederholt angesprochen wurde. Es fehlt überall Personal und die Konsequenz, die Neugewinnung von Mitarbeitenden zu forcieren, ist nicht vorhanden.

Nicht nur angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen stellt sich einem die Frage, wie die Ministerien gedenken, auf diesen Missstand zu reagieren. Mehr noch:

Nach uns vorliegenden Informationen haben geschädigte Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen Probleme, ihre durch die Übergriffe entstandenen Schäden an persönlichem Eigentum und Dienstkleidung ersetzt zu bekommen, da der Verursacher in vielen Fällen bekannt, aber mittellos ist. Häufig beginnt für Geschädigte eine Odyssee durch die behördlichen Instanzen.

Auch die Regelungen in den Beamtenversorgungsgesetzen zur Gewährung des erhöhten Unfallruhegehalts sollten dringend evaluiert werden, denn dieses wird u. U. nur gewährt, wenn sich der Beamte in Ausübung der Diensthandlung einer besonderen Lebensgefahr aussetzen musste und infolgedessen durch einen Dienstunfall dienstunfähig geworden ist. Letztere Regelung wird immer wieder unterschiedlich ausgelegt und lässt unserer Ansicht nach zu viel Spielraum für Interpretation zum Nachteil der Geschädigten.

Häufig setzen sich Kolleginnen und Kollegen einer Lebensgefahr aus, ohne dass es ihnen vorher bewusst war. Die gegenwärtige Lage angesichts der schweren Gewaltübergriffe eröffnet uns die Interpretation, dass bereits die Aufnahme des Dienstes in einer JVA und der Umgang mit Gefangenen eine latente Gefahr für die Gesundheit und das Leben eines jeden Bediensteten darstellt und die notwendige Anwendung des unmittelbaren Zwanges eine lebensbedrohliche Situation implementiert. Somit ist ein erhöhtes Unfallruhegeld durchaus



Foto: 328611376 / stock.adobe.com

gerechtfertigt, sofern eine damit einhergehende Dienstunfähigkeit eintritt. Auch der Eintritt einer posttraumatischen Belastungsstörung im Zusammenhang mit Gewaltübergriffen ist aus Sicht des BSBD in vielen Ländern kein ernstgenommenes Thema. Fortschritte wurden bereits durch die Installation von sogenannten Krisenhilfeteams zur Erstversorgung von Geschädigten erreicht. Unser Dank gilt dabei den einsatzbereiten Kolleginnen und Kollegen. Wenn es jedoch zur weiterführenden notwendigen Therapie kommen soll oder die-

se durch die steten „kleineren“ Übergriffe notwendig werden, beginnt der Kampf der Betroffenen zur Kostenübernahme häufig erneut. Ein weiteres großes Ärgernis bleibt die fehlende Absicherung von Tarifbeschäftigten im Justizvollzug. Häufig mit EG 4 unterbezahlt, sind sie in Fällen von Übergriffen schlecht bis gar nicht abgesichert und wenn sich daraus psychische Probleme ergeben, die eine Ausübung des Berufes im Justizvollzug unmöglich machen, laufen sie Gefahr, auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Eine private Berufsunfähigkeitsver-

sicherung ist für viele Mitarbeitende kaum bezahlbar oder ihnen bleibt durch Vorerkrankungen der Zugang verwehrt.

Der Dienstherr muss, wie auch in den Tarifverhandlungen durch den BSBD gefordert, eine Berufsunfähigkeitsversicherung im Gehalt inkludieren oder zum großen Teil mitfinanzieren. Gewalt, Gewaltprävention, die Erstversorgung und Nachsorge bei Gewaltübergriffen auf Mitarbeitende bleibt ein Dauerbrandthema und bedarf vor allem länderübergreifend einer Reformierung und Verbesserung im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der BSBD weist immer wieder auf diesen Missstand hin. Nur wenn Mitarbeitende und potenzielle Bewerber feststellen können, dass das Bundesland sie im Falle von Übergriffen und Dauerbelastungen unterstützt bis hin zur Alimentierung im Falle einer Dienstunfähigkeit und ohne bürokratische Odysseen durch die Behörden und ggf. gerichtlichen Instanzen, können wir die Bewerberlage stärken und die Personalvakanz deutlich verringern. Fürsorge wird zum Werbeargument. ■

- Anzeige -

DBV

Für Dienstanfänger:innen

Sichere Sache: Schutz und Vorsorge für Ihren Karrierestart.

Gerade erst im Job eingestiegen? Dann sollten Sie jetzt die Themen **Sicherheit und Vorsorge** richtig regeln. Dabei können wir Ihnen helfen. Mit Beratung und Leistungen, die immer zu Ihrer Lebensphase passen. Mit dem Schutz, den Sie brauchen – und mit **exklusiven Beitragsvorteilen für BSBD-Mitglieder**.



Ihre **persönlichen Berater:innen vor Ort** finden Sie über den QR-Code.

Eine Marke der AXA Gruppe 

BSBD Bundeshauptvorstand tagt in Erfurt



Foto: BSBD

Vom 12. bis 14. März 2024 tagte der Bundeshauptvorstand des BSBD in Erfurt. In den drei Tagen wurden eine Vielzahl an Themen diskutiert und Beschlüsse für gemeinsame Standpunkte gefasst.

Ein umfangreiches Tagungsprogramm mit breit gefächerten Themen zeigt wieder einmal, was die Föderalismusreform dem Justizvollzug in den Bundesländern beschert hat. Nach Abschluss der Tarifverhandlungen im Dezember 2023 kämpfen nun die einzelnen Landesverbände um die zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamten und Versorgungsempfänger. Auch die erkämpfte Zulage für Beschäftigte in Gesundheitsberufen, im Maßregelvollzug und im Justizvollzug muss auf den Beamtenbereich übertragen werden. Daran wurde noch einmal eindringlich appelliert.

Organisatorische Themen des BSBD, aber auch die Sorgen und Nöte der Bediensteten

im Vollzug, wurden intensiv diskutiert. Zahlreiche Unterschiede wie z.B. die Höhe der Vollzugsdienstzulage/Gitterzulage, Personalausstattung, Ausbildung, Personalentwicklung und -laufbahngestaltung wurden im Sitzungsverlauf deutlich.

Die Stärkung des Berufsbildes in der Öffentlichkeit, gerade wegen des Fachkräftemangels, ist wichtig und muss dauerhaft erfolgen. Der Justizvollzug ist Bestandteil der inneren Sicherheit und in diesen muss investiert werden. Investitionen, die die Mitarbeitenden in den Anstalten spüren können und deren Arbeit erleichtert, das zählt und motiviert auch weiterhin an 365 Tagen rund um die Uhr.

Während der Sitzung des BSBD Bundeshauptvorstandes nutzte eine Abordnung der Deutschen Beamtenversicherung (DBV) die Möglichkeit zur Vorstellung ihres Leistungsspektrums und verwies dabei eindrucksvoll auf ihre hervorragenden

Leistungen gerade im Bereich der Berufsunfähigkeitsvorsorge. Der BSBD verabredete eine stärkere Zusammenarbeit und mögliche Kooperation, um vor allem für die BSBD Mitglieder diese Leistungen im Rahmen der Mitgliedschaft nutzen zu können. Der Abend wurde individuell von den Mitgliedern des Bundeshauptvorstandes genutzt, um Antworten auf bestehende Fragen zu erhalten und die Zusammenarbeit auf Landesebene anzuregen.

Auch die Presseagentur dpa nahm die Gelegenheit wahr, mehr über die vorliegenden Probleme des Justizvollzuges für ihre Pressearbeit zu erfahren. Der BSBD-Landesverband Thüringen zeigte sich als sehr guter Gastgeber. Mit der Durchführung der Sitzung des Bundeshauptvorstandes setzte der BSBD ein Zeichen gegen die politische Ignoranz der Thüringer Justizministerin, persönliche Gespräche mit dem Landesverband zu führen.

- Anzeige -

• (Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

**Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...
Schon mal darüber nachgedacht?**

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de · Nulltarif-☎0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Weiterbildung vor mittelalterlicher Kulisse

Seniorensseminar war ein voller Erfolg

Der Veranstaltungsort für das BSBD-Seniorensseminar lag diesmal im Süden unserer Republik. Nach Erfurt hatte der Bundesseminarleiter Winfried Conrad diesmal eine Stadt in Bayern als Seminarort ausgewählt. Die Reise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer führte nach Regensburg, der schönen und alten Stadt an der Donau.

Als Überschrift hatte Conrad ein Zitat des verstorbenen Kabarettisten Dieter Hildebrandt ausgewählt, welches lautete: „Im Prinzip ist das Altwerden gewünscht, wird aber nicht gern gesehen“. Fast alle Bundesländer waren mit einem/einer Seminarteilnehmer/in vertreten. Den Beginn der Referenten machte diesmal der neugewählte bayerische Seniorenvertreter Bernhard Heim. Kollege Heim wurde im letzten Jahr mit den Interessen der JVB Senioren/innen beauftragt. Er berichtete zunächst über

den organisatorischen Aufbau des Landesverbandes und des bayerischen Landesvorstandes. Anschließend erläuterte er die Aktivitäten des JVB für seine Ruhestandsbediensteten. Neben Informationsveranstaltungen werden die Bediensteten auch schon frühzeitig vor der Pensionierung über die finanziellen und persönlichen Auswirkungen vom Dienstherrn informiert. Zu dieser einwöchigen Informationsveranstaltung werden die bayerischen Kollegen und Kolleginnen dienstlich freigestellt. Neben Unterkunft und Verpflegung werden auch die Referenten von dem bayerischen Justizministerium organisiert und bezahlt. Auch eine umfassende Information der bayerischen Pensionäre wird durch Artikel in der eigenen Verbandszeitung sichergestellt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars waren von den Aktivitäten sehr beeindruckt. Damit endete der erste Seminartag.

Am zweiten Seminartag konnte Seminarleiter Conrad vier Gäste als Vortragende begrüßen. Unter der Überschrift: „Wenn die Oma Opfer wird! Im Alter sicher leben“, folgten seiner Einladung von der Kripo Regensburg Ludwig Gradl und Siegfried Ebneht, Hans-Joachim Klotz von der Beratungsstelle Senipol (Senioren und Polizei) und Hermann Gammer vom Weißen Ring. Alle vier Vortragenden berichteten von ihrer Präventiv- und Betreuungsarbeit im Seniorenbereich. Informiert wurde über den Enkeltrick und viele andere Betrugsmaschen der zunehmenden Kriminalitätsbranche. Die Vorträge und Ermahnungen standen unter dem Titel: „Betrügern die rote Karte zeigen!“ Der Vertreter des Weißen Ringes formulierte es drastisch. Die Täter – soweit sie überhaupt gefasst werden – werden irgendwann mal entlassen, die Opfer / geschädigte Senioren und Seniorinnen haben lebenslanglich. Im Anschluss refe-

- Anzeige -



ÖFFENTLICHER DIENST

IHR GEBT NIEMALS AUF WIR FÜR EUCH AUCH NICHT





Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Debeka
Versichern und Bausparen

Neue Studie: Debeka erneut als bester Privater Krankenversicherer ausgezeichnet

Die Debeka Krankenversicherung ist laut Branchendienst map-report nach wie vor Deutschlands beste Private Krankenversicherung und damit auch Qualitätsmarktführer. Das vom Analysehaus Franke und Bornberg herausgegebene Rating zur Privaten Krankenversicherung (PKV) zeichnete die Debeka jetzt erneut für „hervorragende Leistungen“ mit der bestmöglichen Bewertung „mmm+“ aus. Mit 89 von 100 möglichen Punkten hat sich das Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal verbessert. Das PKV-Rating des map-reports liefert seit über 20 Jahren eine Analyse und eine umfassende Bewertung der Qualität privater Krankenversicherer anhand von Kennzahlen aus den Bereichen „Bilanz“, „Service“ und „Vertrag“. Es ist somit auch eine wichtige Entscheidungshilfe für Verbraucher bei der Wahl einer Privaten Krankenversicherung. Die Debeka wurde von Beginn an Testsieger und verteidigt die Spitzenposition – mit Ausnahme des Jahres 2017 – seit nunmehr zwei Jahrzehnten.

„Wir sind stolz darauf, vom renommierten map-report regelmäßig als beste Private Krankenversicherung ausgezeichnet zu werden. Diese Anerkennung ist nicht nur eine Bestätigung unserer kontinuierlichen Arbeit, sondern auch Verpflichtung und Ansporn zugleich, weiterhin Spitzenleistungen für unsere Mitglieder zu erbringen“, sagt Thomas Brahm, Vorstandsvorsitzender der Debeka.



Teilnehmer des Seniorenseminar 2024

rierte Kollege Werner Schäfer – Pensionär aus Kaiserslautern/Rheinland-Pfalz – als Fachmann für Arbeitssicherheit und Brandschutz über die Gefahren aus dem Bereich auch für Senioren und Seniorinnen. Eindrucksvoll demonstrierte er in einem Video, in welcher kurzer Zeit sich durch eine umgefallene Kerze ein Vollbrand entwickelt, der auch lebensbedrohend ist. Zusammen mit dem Kollegen Ambrosius Luzius – ehemaliger freiwilliger Feuerwehrmann – erklärten sich beide Kollegen bereit, einen Flyer zu dieser Thematik zu erstellen und den Landesverbänden zur Verfügung zu stellen.

Am Nachmittag war im Fokus die Stadt Regensburg. Regensburg, die bayerische Stadt an der Donau, ist bekannt für ihr gut erhaltenes mittelalterliches Zentrum. In einer äußerst informativen Stadtbegehung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Geschichte der Stadt näher gebracht. Neben der Steinernen Brücke, dem alten Rathaus und dem Dom St. Peter führte der Weg auch entlang der Donau. Während des Zweiten Weltkrieges gab es im Stadtkern kaum Zerstörungen durch Bombardierungen und andere Kriegseinwirkungen. Seminarleiter Conrad gestaltete den letzten Seminartag als Referent. Er hat sich in seinem Vortrag der Situation der Renten und Pensionen angenommen. Die Überschrift lautete: „Bleiben die „Alten“ auf der Strecke?“ Erschreckend sei, so Conrad, die Situation im Rentenbereich. Nach

Mitteilung des Bundessozialministeriums aus dem Jahr 2024 liegt die Quote der Rente bei mindestens 35 Beitragsjahren bei weniger als 1.250 Euro. Betroffen sind 3,8 Millionen Rentnerinnen und Rentner, somit 43 Prozent der Rentempfänger. Trotz beschlossener Rentenerhöhung zum 1. Juli 2024 um 4,57 Prozent leben viele Betroffene an der Armutsgrenze. Auch bei den Pensionen droht gegebenenfalls Ungemach. Da die sogenannten Babyboomer in den nächsten Jahren in Pension gehen werden, erhöhen sich bundesweit die Pensionslasten auf Bundes- und Landesebene drastisch. Im Jahr 2021 lagen die Gesamtlasten für Beamtenpensionen in Deutschland noch bei 65,6 Milliarden Euro, bis 2025 soll dieser Betrag auf 81 Milliarden steigen, ein Plus von fast 24 Prozent. Mal sehen, wie der Bundeshaushalt und die Länderhaushalte auf die Entwicklung der Pensionslasten reagieren, führte Conrad aus.

Am Ende dankte der Bundesseminarleiter allen Referenten und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Interesse. Im nächsten Jahr wird ein weiteres Seminar für Pensionäre und Rentner des BSBD zu dem Thema Pflege angeboten.

Winfried Conrad
Bundesseminarleiter

Solide Berichterstattung des BSBD

Hinweis an die Ministerien

Immer wieder werden die Medien auf unsere Berichterstattung und damit auf den Justizvollzug aufmerksam. Schließlich ist der Justizvollzug ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Sicherheit. Viele der Probleme müssen in der Öffentlichkeit diskutiert und bekannt gemacht werden, damit die Sorgen und Nöte der Vollzugsbediensteten nicht nur hinter Gefängnismauern verborgen bleiben.

Die Zusammenarbeit der BSBD-Landesverbände mit den Ministerien im Sinne der Mitarbeiter läuft in den meisten Fällen gut, aber häufig stoßen auch die Politiker des Justizministeriums an die Grenzen anderer Ministerien oder ihrer Koalitionspartner.

Diese Einschränkung haben wir als Gewerkschaft nicht und wir sind gehalten, im Sinne unserer Mitglieder die gesamte amtierende Politik auf Missstände und dringend notwendige Änderungen hinzuweisen. Unsere Mitarbeit ist garantiert, sofern sie die Interessen der Mitarbeitenden einschließt. Verwunderung entsteht allerdings, wenn Ministerien nicht zur Zusammenarbeit bereit sind oder vermeintlich versuchen, direkten oder indirekten Einfluss auf die Berichterstattung der Gewerkschaft zu nehmen. So entsteht schnell der Verdacht, dass Probleme des Justizvollzugs verschwiegen werden sollen oder gewisse Themen, die politisch nicht opportun sind und ein schlechtes Licht auf die amtierende Politik werfen, besser nicht in den Fokus der Öffentlichkeit geraten sollen.

Der BSBD lässt sich in seiner gewerkschaftlichen soliden Berichterstattung nicht einschränken. Nur die klare Benennung von Problemen und von Risiken in Verbindung mit der Arbeit im Justizvollzug sorgt für Klarheit und Transparenz in der Bevölkerung und somit für Verständnis. Der BSBD – als Gewerkschaft und als Sprachrohr seiner Mitglieder – wird weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen seine Berichterstattung und Kommentierung in den Medien fortsetzen, ohne die Sicherheit der Kolleginnen und Kollegen oder die der Justizvollzugseinrichtungen zu gefährden.

Die verantwortlichen Ministerien sind gut beraten, die BSBD Landesverbände dabei zu unterstützen.

Rätselspaß im "Vollzugsdienst"

Sudoku-Level: Einstieg

Sudoku-Level: Schwer

Sudoku-Level: Sehr Schwer

Nordafrikaner	Abk. für Logarithmus	Ausruf der Überraschung	altes Antriebswerk	ausklammern
japanische Sportart	sumpfig	Instrument	aufgeben	Tier, das frisst
Fürst von Venedig		Kfz von Esslingen	Anhöhe	
durchgekocht			von hier an	
		Reitersitz		
		ausgelassen		
in der Nähe		Stadt in der Türkei		
Bücherfreund		Vortragender		
		feucht		
		Anführer		
Besengriff			Abk. designatus	
ab jener Zeit			ängstlich	
			ägyptische Gottheit	
			Stadt in den USA	
in Ordnung	römischer Schutzgeist		14. Buchstabe	
	Briefhülle		feierlicher Brauch	
	Befreier			Balkanbewohner
	Denkvermögen			
biblische Stadt		Autozubehör		
Eiform		Appetit		
		Ansammlung		
		Kurzform; in dem		
Brillenbehälter			dickköpfig	
Kristallform			altrömische Münze	
			Enzym zur Käseherstellung	
			20. Buchstabe	
leblos		altgriechische Grabsäule		

4			6		3
1		5	4		9
	2		3	6	5
	1	2		5	8
			1	5	
	9		3	7	1
2	9	3		8	7
5	8			3	
7	6	1	8		

			7		2
1	3		6	4	8
			8		9
5					
			8	3	
9	4	6			
2	5	3		8	6
	6				5
3	8		4	5	7

4			6	8	9
	7		1		6
2				7	3
9					
		1	6	3	9
	2			6	7
3				2	1
		9			
	8	2	4	3	

15	1	26	17	22	18	20		21	17	19	6	23
12		3		3		18		1		1		1
18	1	10	1	21	8	3	17	21		21	6	20
26				13		6		21		6		12
17	1	14	8	20		23	6	1	22	8	12	14
		12		1		25				26		14
20	6	15	1	21	24	22	12	2	20	1	18	1
17		1				12		1			18	
23	12	18	20	3	12	14		6	21	15	6	20
12		22		23		8		18				12
20	9	12		12	23	20	14	3	5	22	1	8
1		6		15		1		15		1		20
21	3	8	20	1		21	12	1	22	18	20	1

1	2	3	4	5	6
E					
7	8	9	10	11	12
					A
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
		N			
25	26				

Die Auflösung der Rätsel werden in Ausgabe 4/5-2024 abgedruckt.

- Anzeige -

Veo Cam 3

Spiele & Training automatisch aufzeichnen und analysieren

Veo bietet dir alles in einer einzigen Kamera. Die Veo Cam 3 verfolgt automatisch das Geschehen auf dem Spielfeld und schafft ein fernsähnliches Erlebnis. Du kannst dein Spiel live-streamen, die Aufzeichnung sofort ansehen und die entscheidenden Momente des Spiels für später als Lesezeichen speichern - all das und noch viel mehr mit der Veo Cam 3.

Über den QR-Code bekommt ihr mehr Infos.

“ Das Beste an VEO ist, dass ich alles in einem Fußballspiel analysieren kann - jede einzelne Minute. Ich kann alles sehen - alle Spiele und alle Aufnahmen. Es ist eine fantastische Möglichkeit zu sehen, wie wir im Angriff und in der Verteidigung stehen. ”

-Henrik Larsen, Arminia Hannover-



Filmt eure Momente Teile sie mit der Welt Verbessert Euer Spiel

Rätselspaß im "Vollzugdienst"

Lösungen Ausgabe 2 - 2024

Kreuzwörterrätsel

M	L	O	P	M						
R	A	D	I	K	O	R	K	E	N	
K	I	E	S	B	I	N	G	O		
Q	U	E	B	E	C	M	A	A	T	
L	S	C	H	L	A	U	F	E		
P	A	K	T	L	A	S	S	O		
A	E	R	O	B	E	N	D			
G	E	L	A	R	I	E	R	R		
H	I	R	T	A	P	N	O	E		
R	E	B	E	K	L	O	P	I		
M	E	I	S	S	E	T				
N	A	R	Z	I	S	S	L	I	D	
L	B	A	S	I	L	I	K	A		
E	I	D	A	M	L	O	T	E	N	
G	A	R	P	O	K	E	R	N		

Zahlenrätsel

W ¹	A ²	P ³	B ⁴	E ⁵	J ⁶	S ⁷	K ⁸					
H ⁹	U ¹⁰	G ¹¹	B ¹²	E ¹³	R ¹⁴	T ¹⁵	E ¹⁶	O ¹⁷	I ¹⁸	L ¹⁹	O ²⁰	
T ²¹	O ²²	O ²³	T ²⁴	U ²⁵	T ²⁶	E ²⁷	S ²⁸					
A ²⁹	Z ³⁰	U ³¹	R ³²	B ³³	L ³⁴	A ³⁵	U ³⁶	A ³⁷	L ³⁸	Z ³⁹	E ⁴⁰	Y ⁴¹
K ⁴²	M ⁴³	A ⁴⁴	L ⁴⁵	I ⁴⁶	A ⁴⁷	S ⁴⁸	E ⁴⁹	M ⁵⁰				
N ⁵¹	O ⁵²	B ⁵³	L ⁵⁴	I ⁵⁵	N ⁵⁶	G ⁵⁷	E ⁵⁸	P ⁵⁹	I ⁶⁰	K ⁶¹		
E ⁶²	H ⁶³	R ⁶⁴	T ⁶⁵	I ⁶⁶	H ⁶⁷	R ⁶⁸	Z ⁶⁹	L ⁷⁰	E ⁷¹	R ⁷²	A ⁷³	
I ⁷⁴	S ⁷⁵	R ⁷⁶	E ⁷⁷	Z ⁷⁸	K ⁷⁹	E ⁸⁰	W ⁸¹	I ⁸²	D ⁸³	L ⁸⁴		
N ⁸⁵	I ⁸⁶	D ⁸⁷	I ⁸⁸	S ⁸⁹	T ⁹⁰	V ⁹¹	I ⁹²	E ⁹³	L ⁹⁴	E ⁹⁵		
D ⁹⁶	Y ⁹⁷	N ⁹⁸	S ⁹⁹	E ¹⁰⁰	M ¹⁰¹	D ¹⁰²	E ¹⁰³	L ¹⁰⁴	A ¹⁰⁵	N ¹⁰⁶		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
W	A	P	B	E	J	S	K	H	U	G		
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22		
R	T	O	D	I	L	Z	Y	M	N	V		

Sudoku leicht

6	9	2	7	1	5	3	4	8
5	8	4	9	3	6	2	1	7
1	7	3	2	8	4	6	5	9
8	3	1	5	6	9	4	7	2
2	4	9	8	7	1	5	3	6
7	6	5	3	4	2	8	9	1
3	2	6	1	5	7	9	8	4
9	1	8	4	2	3	7	6	5
4	5	7	6	9	8	1	2	3

Sudoku mittelschwer

8	4	1	2	6	5	3	7	9
9	2	6	3	7	4	8	5	1
3	7	5	9	8	1	2	6	4
2	3	8	5	1	7	4	9	6
5	1	9	4	3	6	7	2	8
4	6	7	8	9	2	5	1	3
7	9	2	1	4	3	6	8	5
6	8	3	7	5	9	1	4	2
1	5	4	6	2	8	9	3	7

Sudoku sehr schwer

6	7	9	2	1	5	4	8	3
8	5	3	9	4	7	6	1	2
2	1	4	8	3	6	7	9	5
9	3	2	4	8	1	5	7	6
4	8	7	6	5	3	9	2	1
1	6	5	7	2	9	3	4	8
7	4	1	5	6	8	2	3	9
3	2	6	1	9	4	8	5	7
5	9	8	3	7	2	1	6	4

Ein besonderer Tag für einen besonderen Menschen

Ehrenmitglied Wolfgang Klotz feiert seinen 80. Geburtstag

Am 16. März 2024 konnte das Ehrenmitglied des BSBD-Landesverbandes Baden-Württemberg, Wolfgang Klotz, im Kreise vieler Freundinnen und Freunde aus seiner langen Schaffenszeit beim BSBD, seinen 80. Geburtstag bei guter Gesundheit feiern. So freute er sich, die beiden Ehrenvorsitzenden Ernst Steinbach und Alexander Schmid, das Ehrenmitglied Gerhard Maurer-Hellstern, die Mitglieder des Landesvorstandes Barbara Reber, Andreas Rothböck und Thomas Müller, sowie Martina und Walter Schmid als Team der Mitgliederverwaltung des Landesverbandes begrüßen zu dürfen. Wolfgang Klotz, auch weithin allen Lesern des Vollzugsdienstes sehr bekannt als WoK, war über Jahrzehnte und bis zum Delegiertentag 2022 in Karlsruhe Redaktionsleiter für den Baden-Württembergischen Teil des Magazins „Der Vollzugsdienst“ und gleichzeitig auch Presse- und Medienbeauftragter. Seine Artikel, seine scharfsinnigen Analysen und seine Bewertungen wurden zum elementaren Bestandteil der politischen- und Verbandsarbeit für den BSBD in Baden-Württemberg. Was Wolfgang Klotz schrieb, wurde vielfach auch im Justizministerium und in den Fraktionen des Landtages mit großem Interesse verfolgt und ganz sicher hatte er dadurch auch maßgeblichen Anteil an vielen kleinen und großen Erfolgen,

die der BSBD über die Jahrzehnte für seine Mitglieder erreichen konnte. Als Jurist und früherer Leiter der sogenannten Einweisungskommission bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart und Leiter der Justizvollzugsanstalt Pforzheim brachte der Pforzheimer Wolfgang Klotz seine besondere berufliche Expertise in seine Verbandsarbeit mit ein.

„Aus der Praxis für die Praxis“ im allerbesten Sinne meinen wir. Wir wünschen unserem Freund und Ehrenmitglied Wolfgang Klotz weiterhin gute Gesundheit und sind sicher, dass er seinen BSBD weiterhin im Blick behalten wird.

Bericht: Alexander Schmid



Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbands Adelsheim

Am 20. März 2024 trafen sich zur jährlichen Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Adelsheim 21 Kolleginnen und Kollegen in der Kantine der JVA.

Zunächst berichtete die Vorsitzende über das letzte Jahr, anschließend konnten die anwesenden Fachgruppenvertreter noch einige Informationen an die Anwesenden weitergeben.

Die Kassenprüfer bestätigten eine ordnungsgemäß geführte Kasse.

Lars Rinklin als erster stellv. Landesvorsitzender informierte die Mitglieder über aktuelle Geschehnisse auf Landesebene,

darunter die Auswirkungen der Tarifverhandlungen vom letzten Jahr.

Weiterhin fanden die turnusmäßigen Vorstandswahlen statt.

Hierbei wurde Kollegin Elena Barié in ihrem Amt als Vorsitzende des Ortsverbandes bestätigt. Bei den Fachgruppenvertretern gab es zwei Neuwahlen. Die Kollegen Mechler und Jurak haben sich nicht zur Wiederwahl aufstellen lassen. Neuer Fachgruppenver-

treter für den Krankenpflagedienst ist Mario Philipp und für den Bereich Allgemeiner Vollzugsdienst ist Marcel Holzschuh gewählt worden, so dass der Ortsverband weiterhin in allen Bereichen gut aufgestellt bleibt.

Elena Barié bedankte sich im Namen des Vorstands bei Martin Jurak und Dietmar Mechler für ihre jahrelange und gute Arbeit. Beiden Kollegen wurde im Nachgang noch ein Präsent von der Vorsitzenden überreicht.

Weiter wünschte sie allen Wieder- und Neugewählten alles Gute für ihre zukünftige Arbeit.

Im Anschluss wurden Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften im BSBD-Landesverband Baden Württemberg vorgenommen. Geehrt wurden namentlich:

Für 60 Jahre

- Kostenbader, Ewald

Für 50 Jahre

- Bassing, Reinhard
- Sperle, Fritz
- Zürn, Karl-Eugen

Für 25 Jahre

- Gerke, Ralf
- Häfner, Peter
- Hoffert, Bernhard
- Jurak, Martin
- Linder-Ostertag, Melanie
- Pysik, Oliver

Der gemütliche Abschluss der Mitgliederversammlung ergab sich bei Kaffee und Kuchen und bot genügend Zeit für Austausch und Gespräche.

Bericht: Ortsverband Adelsheim ■



Ehrungen, BSBD-OV Adelsheim



Vorstand, BSBD-OV Adelsheim





Deine Gewerkschaft: Digital.

Melde Dich jetzt an zu Deinem
persönlichen zukunftsnetzwerk digital.



Scan me



Mitgliederversammlung, BSBD-OV Adelsheim

Mitgliederversammlung des Ortsverbands Bruchsal

Zahlreiche Bedienstete folgten der Einladung des Ortsverbandsvorsitzenden Thilo Gerdes zur diesjährigen Mitgliederversammlung am 21.03.2023.

Für das leibliche Wohl wurde vor Beginn der Veranstaltung durch die Küche der JVA Bruchsal gesorgt.

Nachdem die Tagesordnung einstimmig durch alle Anwesenden genehmigt wurde, erhoben sich alle zu einem Schweigegeedenken für die verstorbenen Mitglieder Herbert Michael (†2023) und Horst Hagedorn (†2023).

Anschließend setzte Gerdes mit einem Rückblick auf die Gewerkschaftsarbeit auf Landes- und Ortsverband-Ebene fort. An vielen Tagungen, die 2023 stattfanden, beteiligte sich der Ortsverband mit seinen Fachgruppenvertretern.

Auch die anstehende Personalratswahl im Juli wurde thematisiert, da sich 9 Mitglieder des Ortsverbands Bruchsal als Kandidaten aufstellen ließen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Steffen Schelenz setzte mit seinem Vortrag fort und sprach u.a. die kürzlich beschlossene Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamten- und Versorgungsbereich an und die damit verbundene Erhöhung um den Sockelbetrag von 200 € ab November 2024, was gerade den unteren Besoldungsgruppen zu Gute kommt.

Bei den anschließenden Wahlen, die durch Wolfgang Reichert souverän geleitet wurden, wurden Juliane Duman und Nico Nisse als Fachgruppenvertreter für Junge Bedienstete einstimmig ins Amt gewählt. Außerdem wurde Angelina Heidrich zur 2. Kassenprüferin bestellt und Teresa Kollnig als Fachgruppenvertreterin für den Sozialdienst gewählt. Marco Oehlke zeigte sich bereit, als 2. Stellvertretender Ortsverbandsvorsitzender ins Amt gewählt zu werden. Vorsitzender Thilo Gerdes bedankte sich bei allen neugewählten Kolleginnen und Kollegen für die

Bereitschaft Verantwortung zu übernehmen und dankte ebenfalls allen Bediensteten, die zuvor diese Ämter mit hohem Engagement bekleidet haben.

Für ihre langjährige Mitgliedschaft wurden folgende Mitglieder mit Urkunden und Anstecknadeln geehrt und erhielten Weinpräsente:

Christian Dengel	25 Jahre Mitglied
Holger Stephan	25 Jahre Mitglied
Anke Brückel	40 Jahre Mitglied
Meinrad Straus	50 Jahre Mitglied
Rolf Zimmermann	60 Jahre Mitglied
Helmut Koch	60 Jahre Mitglied
Herbert Faber	60 Jahre Mitglied

Der Vorsitzende beendete sodann die Mitgliederversammlung und bedankte sich bei allen Anwesenden für das entgegengebrachte Vertrauen.

Bericht: Thilo Gerdes



v.l. Thilo Gerdes – Rolf Zimmermann – Herbert Faber – Alexander Schmitt – Steffen Schelenz, Foto: BSBD-OV Bruchsal

1. Treffen der Ruhestandsbediensteten des Ortsverbands Heimsheim

Am Samstag, den 9. März 2024 lud der Fachgruppenvertreter Torsten Streichfuss erstmals zu einem Treffen der Ruhestandsbediensteten ein. Um 14 Uhr kam man im Café + Conditorei Philippin in Rutesheim bei Kaffee und Kuchen zusammen.

Die Teilnehmenden hatten ihre Freude an diesem Angebot und es entstand ein reger Austausch. Schnell war klar, dass großes Interesse an weiteren Treffen besteht. Insbesondere wurde vielfach der Wunsch nach einer Führung durch die JVA geäußert. Es wird nun versucht, dies beim nächsten Wiedersehen möglich zu machen.

Bericht: Ortsverband Heimsheim



Ihre Stimme für den Justizvollzug zählt!

Die Hauptpersonalratswahlen 2024 werfen ihre Schatten voraus – Der BSBD informiert

Am Mittwoch, den 10. April 2024 trafen sich in Karlsruhe auf Einladung des Landesvorsitzenden Michael Schwarz zahlreiche BSBD-Personalratsmitglieder aus den Justizvollzugsanstalten im Land zu einer Informationsveranstaltung. Absoluter Schwerpunktthema waren hierbei die Wahlen zum Hauptpersonalrat des Justizministeriums Anfang Juli 2024.

Nachdem Petra Hasebrink als Landesdirektorin Öffentlicher Dienst der BBBank eG die Teilnehmer herzlich in den Räumen der BBBank, einem langjährigen und zuverlässigen Kooperationspartners des BSBD, begrüßt hatte, wurden den anwesenden Personalräten durch den Landesvorsitzenden Michael Schwarz die Unterschiede zur letzten Wahl des Hauptpersonalrats im Jahr 2019 und was dies für den Vollzug und die Kandidaten des BSBD bedeutet, erläutert. Im Rahmen der Wahlen zum Hauptpersonalrat im Jahr 2019 hatte es bekanntlich nur eine Liste unter der Überschrift „ARGE Justiz des BBW“ gegeben, da sich alle Justizverbände des BBW solidarisch zu einer

Liste zusammengeschlossen hatten. Im Rahmen der Wahlen 2024 wird es jedoch neben der erneut vorhandenen Liste EINS mit dem Namen „ARGE-Justiz des BBW“ eine weitere Liste geben. Alle Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD sind jedoch Teil der Liste EINS ARGE-Justiz des BBW.

Den Ausführungen schlossen sich weitere Erklärungen und Diskussionen zur bevorstehenden Wahl an.

Auf der Homepage des BSBD finden sich bereits jetzt zahlreiche Informationen zur anstehenden Wahl des Hauptpersonalrates, auch ein Wahlplakat mit Informationen zu allen Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD ist dort zu finden (<https://www.bsbd-bw.de/personalratswahlen/>)

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die BSBD-Kandidatinnen und -Kandidaten 2024 zur Wahl des Hauptpersonalrats durch den Landesvorsitzenden bekanntgegeben. Diese Kandidatenliste

war zuvor nach intensiver Beratung durch den Landesvorstand des BSBD beschlossen worden.

Im Anschluss an die Bekanntgabe folgte eine Vorstellungsrunde der Kandidatinnen und Kandidaten, die alle persönlich anwesend waren.

Die Kandidaten des BSBD treten, wie schon zuvor ausgeführt, als Vertreter für den Justizvollzug unter dem Wahlvorschlag Nr. 1 – Kennwort: Arbeitsgemeinschaft Justiz an.

In der Gruppe der Beamten:

Michael Schwarz

Amtmann im Justizvollzugsdienst bei der JVA Schwäbisch Gmünd, Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Landesvorstand des Beamtenbund Baden-Württemberg, Mitglied und Sachbearbeiter im Hauptpersonalrat seit 2014.

Lars Rinklin

Erster Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst bei der JVA Heilbronn, 1. stv. Lan-



v.l. Lars Rinklin, Steffen Schelenz, Sabine Glas, Michael Schwarz, Alexander Rees, Manja Sommer, Andrea Marker, Daniel Meurer

desvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Landeshauptvorstand des Beamtenbund Baden-Württemberg, Mitglied im Hauptpersonalrat als Sachbearbeiter und in der Geschäftsführung.

Alexander Rees

Erster Betriebsinspektor bei der JVA Freiburg, stv. Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Hauptpersonalrat.

Daniel Meurer

Erster Amtsinspektor bei der JVA Freiburg, Vorsitzender des BSBD-Ortsverbands Freiburg, Vorsitzender des örtlichen Personalrats der Justizvollzugsanstalt Freiburg, Mitglied und Sachbearbeiter im Hauptpersonalrat.

Manja Sommer

Amtsinspektorin im Justizvollzugsdienst bei der JVA Rottweil, Fachgruppenspreche-

rin der Fachgruppe weibliche Bedienstete des BSBD Baden-Württemberg, Vorsitzende des örtlichen Personalrats der Justizvollzugsanstalt Rottweil.

In der Gruppe der Arbeitnehmer:

Sabine Glas

Angestellte im Justizvollzugsdienst bei der JVA Karlsruhe, Fachgruppensprecherin der Fachgruppe Tarif des BSBD Baden-Württemberg, stv. Fachgruppensprecherin der Fachgruppe Tarif im BSBD Bund, Mitglied im Vorstand der Landestarifkommission, stv. Vorsitzende des Hauptpersonalrats.

Steffen Schelenz

Amtmann im Justizvollzugsdienst bei der JVA Heimsheim, stv. Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg

Andrea Marker

Angestellte im Justizvollzugsdienst bei der JVA Mannheim, stv. Personalratsvorsitzen-

de der JVA Mannheim und Vertreterin für Tarifbeschäftigte im örtlichen Personalrat der JVA Mannheim.

Am Ende der Veranstaltung wurden durch den 1. stellv. Landesvorsitzenden Lars Rinklin die Werbemittel für die Wahl 2024 präsentiert. Wahlplakate und Flyer zur Hauptpersonalratswahl werden den Ortsverbänden und den Personalräten des BSBD zur Verfügung gestellt werden.

Zum Schluss, für die anstehende Wahl des Hauptpersonalrats 2024, der Aufruf und die Bitte:

Machen Sie am 02. + 3. Juli 2024 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Gehen Sie persönlich zur Wahl oder machen Sie von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD sowohl im Beamtenbereich, wie auch im Bereich der Arbeitnehmerschaft.

Nur mit einer starken Vertretung des Justizvollzuges, die durch Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD gewährleistet wird, werden wir auch zukünftig in der Lage sein, für die Belange des Justizvollzuges und seiner Beschäftigten aller Bereiche und Laufbahnen Verbesserungen zu erzielen. Ihr Kreuz an der richtigen Stelle ist hierbei entscheidend!

Weitere Informationen zur Wahl finden Sie auf unserer Homepage:

www.bsbd-bw.de/personalratswahlen/

BRIEFWAHL NUTZEN – JEDE STIMME ZÄHLT!

Bericht: Michael Schwarz



Foto: BSBD/BW



WAHLEN 2. + 3.7.2024

UNSERE KANDIDATINNEN & KANDIDATEN FÜR SIE IM HAUPTPERSONALRAT

BEAMTETE BEAMTETE BEAMTETE BEAMTETE BEAMTETE BEAMTETE



MICHAEL SCHWARZ

55 Jahre, Amtmann im Justizvollzugsdienst bei der JVA Schwäbisch Gmünd, Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Landesvorstand des BBW, Mitglied und Sachbearbeiter im Hauptpersonalrat seit 2014.



LARS RINKLIN

54 Jahre, Erster Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst bei der JVA Heilbronn, 1. Stellv. Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Landeshauptvorstand des BBW, Mitglied im Hauptpersonalrat als Sachbearbeiter und in der Geschäftsführung.



ALEXANDER REES

55 Jahre, Erster Betriebsinspektor im Justizvollzugsdienst bei der JVA Freiburg, stellv. Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg, Mitglied im Hauptpersonalrat.



DANIEL MEURER

53 Jahre, Erster Amtsinspektor im Justizvollzugsdienst bei der JVA Freiburg, Vorsitzender des BSBD Ortsverband Freiburg, Vorsitzender des örtlichen Personalrats der JVA Freiburg seit 2014, Mitglied und Sachbearbeiter im Hauptpersonalrat.



MANJA SOMMER

37 Jahre, Amtsinspektorin im Justizvollzugsdienst bei der JVA Rottweil Außenstelle Hechingen, Personalratsvorsitzende im örtlichen Personalrat der JVA Rottweil.

ARBEITNEHMER ARBEITNEHMER ARBEITNEHMER ARBEITNEHMER ARBEITNEHMER



SABINE GLAS

59 Jahre, Angestellte im Justizvollzugsdienst bei der JVA Karlsruhe, Fachgruppenvertreterin der FG Tarif im BSBD Landesverband, stellv. Fachgruppenvertreterin der FG Tarif im BSBD Bund, Mitglied im Vorstand der Landestarifkommission, stellv. Vorsitzende des Hauptpersonalrats.



STEFFEN SCHELEZN

45 Jahre, Amtmann im Justizvollzugsdienst bei der JVA Heimsheim, stellv. Landesvorsitzender des BSBD Baden-Württemberg.



ANDREA MARKER

52 Jahre, Angestellte im Justizvollzugsdienst bei der JVA Mannheim, stellv. Personalratsvorsitzende und Vertreterin für Tarifbeschäftigte im örtlichen Personalrat der JVA Mannheim.

Euer Wohlergehen, unser Auftrag - vom ersten bis zum letzten Tag!



BRIEFWAHL NUTZEN - JEDE STIMME ZÄHLT!



Foto: BSBD BW

WARUM IST IHRE STIMME FÜR DIE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DES BSBD SO WICHTIG?

Weil wir nur mit ihrer aktiven Unterstützung unserer Bewerber bei der Wahl zum Hauptpersonalrat **„IHRE PERSÖNLICHEN ZIELE ZU UNSEREM ANLIEGEN“** machen können:

- ▶ Ausbau der Personalstellen in allen Bereichen des Justizvollzug (u.a Besetzung der Abteilungen mit 2 Bediensteten)
- ▶ Verbesserung im Bereich der Zulagen (Gitterzulage, DuZ, etc.)
- ▶ Steigerung der Attraktivität von Führungspositionen durch eine spürbare Höherbewertung der Dienstposten
- ▶ Verbesserung der persönlichen Ausstattung der uniformierten Kolleginnen und Kollegen
- ▶ Zentraler Ausbau des Bildungszentrums Justizvollzug zu einem attraktiven und modernen Ausbildungsstandort
- ▶ Unterstützung bei der weiteren Umsetzung der Digitalisierung des Justizvollzugs
- ▶ Verlässliche Freizeitplanung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Justizvollzug
- ▶ Reduzierung der Überbelastung in allen Bereichen
- ▶ Verbesserung der Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte
- ▶ Deutliche Höhergruppierung im gesamten Tarifbereich und der weitere Abbau von befristeten Arbeitsverträgen

Tagung der Fachgruppe Vollzugsdienst im Justizvollzug Neue Fachgruppenvertretung gewählt

Vom 11. bis 12. April 2024 versammelten sich die Fachgruppensprecher aus nahezu allen Justizvollzugsanstalten des Landes zur diesjährigen Tagung im Flair Hotel Landgasthof Roger in Löwenstein-Höblinsülz.

Landesfachgruppensprecher Jürgen Scheike begrüßte alle Teilnehmenden, sowie den Landesvorsitzenden Michael Schwarz.

Die Fachgruppensprecher der einzelnen Justizvollzugsanstalten berichteten über eine Vielzahl von Problemen und Herausforderungen. Einige Anstalten kämpfen mit akutem Personalmangel, was sich negativ auf den täglichen Betrieb auswirkt.

Des Weiteren wurde die Belegungssituation der Inhaftierten eingehend diskutiert, insbesondere im Hinblick auf die stark angestiegene Zahl an psychisch auffälligen Gefangenen. Die Verzögerungen bei Bauprojekten verschärfen diese Situation zusätzlich. Außerdem wurde die weit verbreitete Belastung durch Überstunden und die daraus resultierende längere Anwesenheit im Dienst angesprochen. Dies führt teilweise zu einem erhöhten Krankenstand unter den Kolleginnen und Kollegen.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die zahlreichen und positiven Bemühungen zur Rekrutierung neuer Mitarbeiter in den einzelnen Justizvollzugsanstalten diskutiert. Einige Anstalten verzeichnen tatsächlich einen Anstieg von Anwärterinnen und Anwärtern. Es wurde auch betont, dass diese Bemühungen fortgesetzt werden müssen, um die langfristige Leistungsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten sicherzustellen.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz betonte die Wichtigkeit der Wahl des Hauptpersonalrats beim Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg 2024 und stellte die Kandidatinnen und Kandidaten der Gruppen der Beamten und der Arbeitnehmer vor.

Michael Schwarz äußerte sich zudem ausführlich zur Einkommensrunde TV-L 2023 und dem Tarifabschluss der Länder, sowie zur Übertragung auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Auch zum Fortbildungsprogramm im Justizvollzug (Erweiterung und Anpassung des Fortbildungsprogramms) sowie der ARGE-Mitarbeitergewinnung und -bindung informierte



Fotos 4): BSBD BW

er. Er referierte außerdem über Themen, die den BSBD daneben beschäftigen, wie z. B. die Kostendämpfungspauschale, VwV Dienstkleidung und Lieferzeiten, das Projekt Zukunftsgerichtet, titulierte Schmerzengeldansprüche, LBV-Bearbeitungszeiten, den Umgang mit sozialen Medien und das Lebensarbeitszeitenkonto.

Jürgen Scheike informierte zum Thema „Erfassung von Übergriffen“. Seit dem 01.01.2024 sollen die Anstalten nun sämtliche Übergriffe auf Bedienstete differenziert

nach Körperverletzungen, Beleidigungen, Bedrohungen, sexuell motivierten Handlungen und Widerstandshandlungen im Rahmen der Anwendung des unmittelbaren Zwangs melden. Diese Entwicklung stieß auf positive Resonanz.

Der langjährige Landesfachgruppensprecher Jürgen Scheike, der seit 2011 diese Position innehatte, leitete die diesjährige Tagung zum letzten Mal. Er steht kurz vor seinem wohlverdienten Ruhestand. Der Landesverband und insbesondere die

Fachgruppe möchte sich herzlich bei ihm für seinen unermüdlichen Einsatz und seine hervorragende Arbeit in dieser Funktion bedanken. Wir wünschen Jürgen alles erdenklich Gute für seinen neuen Lebensabschnitt.

Während der Tagung wurde die Wahl des neuen Landesfachgruppensprechers für den Vollzugsdienst im Justizvollzug, sowie seines Stellvertreters durchgeführt. Oliver Haubold (JVA Stuttgart) übernimmt nun die Position des Landesfachgruppensprechers, während Sascha Spindler (JVA Mannheim) als sein Stellvertreter fungiert.

Weiter wurden Martin Jurak (JVA Adelsheim) und Uwe Büchele (JVA Schwäbisch) aus der Fachgruppe verabschiedet, die die Fachgruppe durch ihren langjährigen Einsatz und ihre wertvollen Beiträge bereicherten. Auch an sie gehen an dieser Stelle herzlicher Dank und die besten Wünsche für ihre Zukunft.

Die Kollegen Oliver Haubold (Sanierung JVA Stuttgart) und Christian Reichle (Neubau JVA Rottweil) haben eingehend über den aktuellen Stand der Baufortschritte berichtet.

Zudem konnte sich im Rahmen der Tagung mit zahlreichen Anfragen zu den unterschiedlichsten Problemen aus der Praxis beschäftigt werden. Hier war es wieder sehr deutlich von Vorteil, dass durch die Anwesenheit des Landesvorsitzenden eine große Anzahl der Fragen direkt vor Ort geklärt werden konnten.

Bericht: Christian Reichle



Jürgen Scheike



v.l.: Michael Schwarz, Martin Jurak, Uwe Büchele, Jürgen Scheike



v.l. stv. Landesvorsitzender Steffen Schelenz, stv. Fachgruppensprecher; Sascha Spindler, Christian Reichle, Fachgruppensprecher Oliver Haubold, ehem. Fachgruppensprecher, Jürgen Scheike, Landesvorsitzender Michael Schwarz, Foto: BSBD BW

Ein Blick über den Tellerrand hinaus

BSBD-Ortsverband Heimsheim on Tour

Am Dienstag, den 19.03.2024 trafen sich bei bestem Frühlingwetter 24 motivierte, engagierte und wissbegierige Verbandsmitglieder, darunter erfreulicherweise auch drei Pensionäre, beim Besucherzentrum des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Calw (Schwarzwald).

Geführt von zwei Bundeswehrangehörigen (keine namentliche Nennung aus Eigenschutzgründen) erhielt die Gruppe Informationen zu Entstehung, Aufträgen und Ausrüstung aus erster Hand.

Danach ging es weiter zur Kriminalpolizei, ebenfalls in Calw.

Wie ist die Kriminalpolizei in der Region aufgebaut, wie funktioniert sie, welche Fachbereiche gibt es, welche Aufgabenbereiche werden wahrgenommen, wie wird eine erkennungsdienstliche Maßnahme durchgeführt, wie werden Tatorte und Spuren gesichert?

Dies und vieles mehr wurde den Anwesenden durch einen Kriminaltechniker anschaulich nahegebracht.

Abschließend ließ man die Veranstaltung im Brauhaus Calw ausklingen.

Bericht: Ortsverband Heimsheim



Aus dem Vollzug, für den Vollzug

BSBD

Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

www.bsbd.de

Vollzugliche Dauerthemen wurden vertieft erörtert

BSBD-Landesvorsitzender Michael Schwarz im Gespräch mit MdL Jonas Weber von der SPD

Wie steht es gerade um den Vollzug in Baden-Württemberg und was bewegt den BSBD derzeit primär?

Darüber tauscht sich der BSBD-Landesvorsitzende Michael Schwarz regelmäßig mit den Strafvollzugsbeauftragten der Fraktionen aus. Zuletzt am 16. April mit Jonas Weber MdL und Strafvollzugsbeauftragter der SPD.

Was gibt's Neues, wie ist der Sachstand bei den bekannten Dauerthemen, die den BSBD und seine Mitglieder fortlaufend beschäftigen?

Hierzu erfolgte ein zweistündiges Gespräch zu verschiedensten Themen rund um den Justizvollzug.

Beispielsweise die getroffenen Maßnahmen nach den öffentlichkeitswirksamen Vorkommnissen bei den Ausführungen in Bruchsal und Mannheim und deren Auswirkungen in der Praxis.

Auf personelle Probleme wurde eingegangen, insbesondere die Situation beim gehobenen und höheren Dienst nach dem vier Säulen Modell und der Tarifverhandlung. Nach Auffassung des BSBD sind nach den umfangreichen Verbesserungen des Dezembers 2022 nun dringend die Bereiche des gehobenen Diensts und des höheren Diensts in den Fokus zu nehmen. Wir werden uns mit Blick auf den gerade in der Abstimmungsphase befindlichen Doppelhaushalt 2024/25 insbesondere für ein zu priorisierendes „Hebungspaket“ in diesen Bereichen stark machen. Im Übrigen darf auch die berechnete Frage, die die Unterstützung des BSBD hat, nach der B-Besoldung im Bereich der Anstaltsleitungen nicht in Vergessenheit geraten.

Auch die Anstrengungen zur Personalgewinnung und Mitarbeiterbindung in allen Bereichen waren größeres Thema des Gespräches. Es wird eine Herkulesaufgabe sein und sicher auch langfristig bleiben, das notwendige Personal zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Justizvollzuges zu gewinnen und anschließend auch dauerhaft an den Justizvollzug zu binden. Erste Ansätze hierzu lieferte auch eine kürzlich stattgefunden Arbeitstagung im Justizmi-



Foto: BSBD, BW

v.l. Michael Schwarz, MdL Jonas Weber

nisterium unter Beteiligung des Landesvorsitzenden.

Weitere Fragestellung wie das Thema „Vorfürhungen bei Gericht“, der Sachstand bei der Beschaffung von Uniform für die Bediensteten, Aus- und Fortbildung u.v.m. rundeten das Gespräch weiter ab.

Das Gespräch zeigte wieder sehr eindrücklich, dass der BSBD als Vertreter der Bediensteten des Justizvollzuges in Herrn Weber und der SPD-Fraktion einen langjährigen und konstruktiven Unterstützer an

seiner Seite hat, welcher immer ein offenes Ohr für den Vollzug und seine Bediensteten hat.

Bericht: Michael Schwarz



Das Gesicht der Vollzugslandschaft in Baden-Württemberg verändert sich weiter

Politische Weichenstellungen haben ihre Auswirkungen

Am 22. März 2024 war es in der Landespresse nachzulesen und wenige Tage darauf am 24. März 2024 hat der BSBD im Rahmen seiner exklusiven Sammelpost, die wöchentlich aktuell zu einem breiten Themenspektrum informiert.

Das Justizministerium hat entschieden, dass mit Blick auf die geplante Inbetriebnahme der Justizvollzugsanstalt Rottweil Neu im Jahr 2027 folgende strukturelle Entscheidungen zu treffen sind:

	In Betrieb seit	Anzahl Haftplätze
JVA Rottweil Alt	1861	20
Außenstelle Villingen	1847	18
Außenstelle Hechingen	1876	32
Außenstelle Oberndorf	1909	16 (Projekt Chance)
JVA Waldshut-Tiengen	1848	53

Die Planungen zu den vorgenannten Schließungen mit Blick auf die Neuausrichtung der Vollzugslandschaft in Verbindung mit dem Bau einer neuen großen Vollzugsanstalt im südlichen Landesteil stammen bereits aus dem Jahr 2007 und waren damals als „Haftplatzprogramm 2015“ durch die damalige Landesregierung beschlossen worden. Diese Planungen beinhalteten übrigens auch den Neubau der JVA Offenburg.

Nach dem erfolgten Baubeginn für die neue JVA Rottweil im Jahr 2023 ist hierzu nun zeitnah entschieden worden, auch um allen betroffenen Bediensteten frühzeitig diese für sie zukunftsweisende Entscheidung nahe zu bringen.

Im Rahmen von eigens einberufenen Dienstversammlungen bei der JVA Waldshut am 6. März 2024 und bei der JVA Rottweil am 7. März 2024 wurden die Bediensteten umfassend persönlich informiert und hatten auch die Möglichkeit unmittelbar Fragen zu stellen.

Auch wenn die Ereignisse und Entscheidungen große persönliche Tragweite, insbesondere für die Kolleginnen und Kollegen der JVA Waldshut-Tiengen mit sich bringen werden, ist es doch anerkennenswert, dass die Abteilungsleitung der Abteilung Justizvollzug beim Justizministerium unter der Leitung von Herrn Ministerialdirigent Finckh diesen Weg der maximalen frühzeitigen Information und Transparenz gegangen ist.

Bauliches zu JVA Rottweil Neu	18 Nutzungsbereiche mit 25.463 qm Investitionsvolumen derzeit 280 Millionen Euro
Haftplatzentwicklung	Haftplätze 502 <ul style="list-style-type: none"> • 472 geschlossener Vollzug • 52 HP Barrierefrei • 30 HP Stationäre Suchttherapie • 15 HP Substitutionsgestützt • 30 HP Offener Vollzug
Personelles	Gesamtstellenbedarf JVA Rottweil Neu <ul style="list-style-type: none"> • 276 Gesamtstellen • Anrechnung von 95,5 Stellen aus JVA Rottweil Alt und 26,5 Stellen aus JVA Waldshut-Tiengen • Mehrbedarf damit rechnerisch 154 Stellen (Einzustellen in den DHH 2024 / 25)

Ein Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahre zeigt, dass sich die Vollzugslandschaft insgesamt, dem erheblichen und weiterhin

anhaltenden hohen Belegungsdruck insbesondere im geschlossenen Männervollzug geschuldet, erheblich verändert.

So wurden und werden in den Justizvollzugsanstalten Ravensburg, Heimsheim und Schwäbisch Hall durch den Bau und die schrittweise Inbetriebnahme der sogenannten Modulbauten jeweils 120 neue Haftplätze geschaffen. Außerdem werden durch den Weiterbetrieb des Bau 1 der JVA Stuttgart weitere 320 Haftplätze vorgehalten und es werden in einem Erweiterungsbau bei der JVA Ravensburg weitere ca. 90 Haftplätze zukünftig realisiert werden.

Dass dies und der Neubau der JVA Rottweil dringend notwendig ist, zeigt ein Blick auf die Entwicklung und Unterbringung bei den sogenannten „Zustimmungsfällen“ bzw. der Auslastungsentwicklung im geschlossenen Männervollzug und der mittlerweile allgemein anerkannten Auffassung, dass eine Justizvollzugsanstalt schon bei einer Belegungsauslastung von 90 % als voll belegt einzustufen ist.

	14.03.22	30.04.2023	31.07.2023	31.08.2023	01.01.2024
Zustimmungsfälle	216	399	328	332	400
Auslastung gVz	90 %	99%	99%	97,6%	97,6%
Belegung gVz	-	6322	6269	6338	6424

Dieser hohe Belegungsdruck wurde sicherlich auch verschärft durch frühere aus Sicht des BSBD auch heute noch als kritisch zu bewertende Schließungen von Vollzugseinrichtungen (Wir berichteten hierzu im Vollzugsdienst 4-5/2017, Seite 13).

Schließungen seit 2013	Anzahl Haftplätze
Heidenheim	63
Crailsheim	24
Klein-Comburg	28
Sachsenheim	68
Ellwangen	37
Heidelberg	93
Pforzheim	133

Und wenn wir schon in die Berichterstattung des BSBD blicken und damit die Zeitschiene ein wenig verdeutlichen, dann blättern wir mal zurück ins Jahr 2012 und die folgenden Jahre auf dem Weg zu einer (gefühl und tatsächlich unendlichen) Standortentscheidung.

Vollzugsdienst 1 / 2012	Finanzministerium und Justizministerium bekennen sich zur Notwendigkeit einer JVA Rottweil Neu (Bitzwäde oder Stallberg). Aber auch die Kommunen Villingen, Hechingen, Meßstetten und Rottenburg heben den Finger.
Vollzugsdienst 2 / 2013	Brief des BSBD mit Fragenkatalog zur Weiterentwicklung der Vollzugslandschaft an Minister Rainer Stichelberger (SPD).
Vollzugsdienst 1 / 2014	Vorlage des Ergebnisses des Standortsuchlaufs durch die Hochbauverwaltung an die Landesregierung zur Entscheidungsfindung.
Vollzugsdienst 2 / 2014	Entscheidung für den Standort Tuningen (Liapor-Gelände) ist durch das JM und FM gefallen (Medieninformation vom 20.02.2014).
Vollzugsdienst 3 / 2014	Ankündigung Bürgerentscheid zum Standort Tuningen für den 6.7.2014. Ergebnis: 43,2 % Zustimmung / 56,8 % Ablehnung
Vollzugsdienst 2 / 2015	Standortsuche und kein Ende in Sicht
Vollzugsdienst 1 / 2016	Justizminister Rainer Stichelberger entscheidet im Einvernehmen mit der Landesregierung pro Standort „Im Gewinn Esch“ bei Rottweil. Der nachfolgende Bürgerentscheid endet mit 58,4 % Zustimmung bei 41,5 % Ablehnung positiv . Bürgerbeteiligungsgruppe unter Beteiligung des BSBD nimmt ihre Arbeit auf.

Der BSBD hat mit seiner Berichterstattung, seinen zahlreichen politischen Initiativen in Richtung eines Standortes, der maximal sozialverträglich für die Bediensteten ist und seiner aktiven gestalterischen Mitarbeit in den verschiedensten Gremien auf dem Weg zur finalen Entscheidung für eine JVA Rottweil Neu „Im Esch“ und auch danach durch seine Mitarbeit in der sogenannten „Beteiligungsgruppe“ zum Neubau der JVA Rottweil, wie wir meinen, Bestmögliches erreicht.

Doch wir enden hier noch lange nicht..... und berichten weiter auf dem Weg zur Großanstalt JVA Rottweil Neu.

Bericht: Alexander Schmid



Foto: Homepage JVA Rottweil

GITTERPARTY
VOL. 2

23.11.2024 21.00 UHR

Four Runners Asperg
Heckenwiesen 14, 71679 Asperg

Eintritt 5 Euro
BSBD Mitglieder frei (Nachweis erforderlich)

OV STUTTGART & ASPERG




Polizei und Justiz: Gemeinsame Sorgen – gemeinsame Lösungen

Treffen zwischen JVB und DPolG Bayern

Im Rahmen eines Treffens zwischen dem JVB und der Deutschen Polizeigewerkschaft Bayern (DPoIG) wurden gemeinsame Anliegen und Herausforderungen der Vollzugsdienste erörtert. Trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten verbinden viele Themen beide Gewerkschaften. Die Vertreter von DPoIG und JVB trafen sich Anfang März 2024 in München. DPoIG-Vorsitzender Jürgen Köhnlein begrüßte den JVB-Vorsitzenden Alexander Sammer sowie weitere Mitglieder der JVB Landesleitung herzlich.



Dienstkleidung und Rechtsschutz

Zentrale Themen waren unter anderem die Dienstkleidung und der gewerkschaftliche Rechtsschutz. Die Diskussion über die blaue Uniform und das LZN verdeutlichte erneut, dass angegebene Lieferzeiten nicht eingehalten werden und die Qualität der Kleidung zunehmend mangelhaft ist. Dieses inzwischen chronische Problem betrifft Polizei und Justiz gleichermaßen. In der Vergangenheit konnten Polizeianwärter nur verzögert und teilweise unvollständig ausgestattet werden, wie Köhnlein berichtete. Mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung sehen die Gewerkschafter hier einen vermeidbaren Imageverlust. Leider wird die Versorgung durch das geplante Versorgungszentrum für Dienstkleidung in Hof noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Beim gewerkschaftlichen Rechtsschutz wurde die oftmals sehr schwierige Durchsetzbarkeit

von Schmerzensgeldforderungen der Kolleginnen und Kollegen bei Polizei und Justiz ausführlich behandelt. Zusammen diskutierten JVB und DPoIG Verbesserungsansätze und ein gemeinschaftliches Vorgehen.

Besoldung, Wohnraum und Arbeitsbedingungen

Weitere Diskussionspunkte, die während des Treffens aufgegriffen wurden, waren der neue Tarifvertrag (TV-L) und das aktuelle Besoldungsgesetz, einschließlich des Orts- und Familienzuschlags in Bayern. In diesem Zusammenhang blickte man auf die Wohnsituation vieler Kolleginnen und Kollegen in Ballungsräumen wie z.B. München. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um unter anderem in der Landeshauptstadt mehr bezahlbaren Wohnraum für Staatsbedienstete zu schaffen. Beim

Thema Homeoffice, das naturgemäß bei Vollzugsdiensten aufgrund der besonderen Anforderungen keine leichte Umsetzbarkeit aufweist, wurden im Justizvollzug überwiegend positive Erfahrungen gemacht und sogar um Einsatzmöglichkeiten erweitert.

Bei der Polizei hingegen zeigten sich vereinzelt Probleme bei der Durchführung von Homeoffice oder sogenannte Flexi-Tagen. Auch die Sicherheitsausrüstung wurde von den Gewerkschaftern diskutiert, einschließlich der Einsatz von Taser und Jet-Protektor.

JVB-Chef Alexander Sammer bedankte sich für den wertvollen Austausch. Das nächste Treffen zwischen JVB und DPoIG ist in einer bayerischen Justizvollzugsanstalt geplant.

Bericht und Bilder:
Stefan Greulich und Thomas Benedikt



(v.l.) Mark Lempenauer, Heinz Peter Hofmann, Iris Rädlinger, Alexander Sammer, Jürgen Köhnlein, Kerstin Hofmann, Reinhold Merl, Stefan Greulich und Michael Reo

JVA Regensburg: bis zu 75 % Ausländeranteil

Landesvorstand vor Ort

Am 26. April 2024 tauschte sich der JVB Landesvorstand mit dem neugewählten Ortsverband, der Anstaltsleitung und dem Personalrat über die Arbeitsbedingungen in Regensburg aus. Die Belastungen mit ausländischen Gefangenen, die Nachwuchsgewinnung und die damit verbundene bayernweite Einsetzbarkeit von Justizvollzugsbeamten bereiten derzeit die größten Sorgen.

Marcus Hegele, Leiter der Justizvollzugsanstalt Regensburg, und seine Stellvertreterin Susanne Hollnberger standen für einen konstruktiven Gedankenaustausch zur Verfügung. Dabei äußerten sie ihre aufrichtige Anerkennung für die hervorragende Arbeit ihrer Mannschaft in Regensburg, die ein gutes Arbeitsklima als wesentlich erachtet. Die Führung durch die Anstalt übernahmen Personalchef Thomas Luthermoser, PR-Vorsitzender Bastian Ederer und Mitglied des JVB Ortsverbands Susanne Wörner. Auch der neu gewählte Ortsverbandsvorsitzende Florian Glatzel und sein Stellvertreter Manuel Hirche nahmen an den Gesprächen teil.

Die steigende Kriminalität am Regensburger Hauptbahnhof und die verstärkte Präsenz der Polizei brachten viele Neuzugänge für die JVA. Das führte zu einem massiven Anstieg des Ausländeranteils auf bis zu 75 Prozent. Besonders herausfordernd gestaltet sich der Umgang mit Gefangenen tunesischer Staatsangehörigkeit für die Kolleginnen und Kollegen.

Schwierig zeigt sich auch die Besetzung freier Stellen. Die Bewerberzahlen in der JVA Regensburg schrumpfen, da viele potenzielle Kandidaten den öffentlichen



Dienst oder das Beamtensystem nicht mehr als attraktive Optionen betrachten. Hoher Bedarf besteht aktuell im Vollzugs- und Verwaltungsdienst der 3. Qualifikations-ebene, nicht zuletzt aufgrund zunehmender Verwaltungsaufgaben wie der neuen Pflicht zur Umsatzbesteuerung, Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen und Bauprojekten.

Der Landesvorstand im JVB besteht aus den acht Mitgliedern der Landesleitung sowie aus der Vorsitzenden der JVB-Gleichstellung&Frauen, der JVB-Jugend, dem Vorsitzenden der JVB-Senioren sowie den Sprechern der Ortsverbände und der Personalräte. Traditionell werden für Sitzungen Justizvollzugseinrichtungen in Bayern besucht.

Bericht und Bilder:
Thomas Benedikt



BSBD-Interview mit Justizsenatorin Frau Dr. Felor Badenberg

1. Vor etwa einem Jahr haben Sie Ihr Amt als Justizsenatorin angetreten und u.a. dankenswerter Weise die BSBD-Proteste bei der Justizministerkonferenz im vergangenen November gegen den Reformstau im Justizvollzug und die zögerliche Haltung der Arbeitgeber vor Abschluss des TV-L unterstützt. Die Tarifverhandlungen konnten erfolgreich abgeschlossen werden, wann können die Beschäftigten erste überfällige Reformschritte wie die Modernisierung des Laufbahnrechts und der Entgeltordnung erwarten?

Eine moderne, gut ausgestattete und vorausschauend handelnde Justiz ist wesentlicher Bestandteil eines funktionierenden Rechtsstaats. Deshalb habe ich auch die Tarifverhandlungen unterstützt. Dazu gehört unter anderem die Modernisierung des Laufbahnrechts, welches sich aktuell in der Vorbereitung befindet.

Wesentliche Neuerungen sind unter anderem die Möglichkeit der Einstellung in einem höheren Amt als dem Eingangsamt, die Absenkung der für eine Verbeamtung erforderlichen Dauer einer hauptberuflichen Tätigkeit von zwei auf ein Jahr, und der Verzicht auf langjährige laufbahnrechtliche Dienstzeiten vor Beförderungen. Damit schaffen wir modernere und attraktivere Arbeitsbedingungen in der Berliner Justiz!

2. Der neue Doppelhaushalt 2024/2025 ist beschlossen. Was sind die Besonderheiten, wovon profitiert der Berliner Justizvollzug im aktuellen Haushalt und wie sieht es mit der Umsetzung aus?

Ich freue mich, dass die Teilanstalt I in der JVA Tegel gebaut wird und dadurch sowohl die Haftbedingungen aber auch die Arbeitssituationen unserer Bediensteten deutlich verbessert werden können. Die Wiederbelebung des Projekts ist ein großer Schritt hin zu einem modernen Justizvollzug.

Für den Berliner Justizvollzug konnten zusätzlich neue Stellen geschaffen werden. Dies ist notwendig, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen und den Allgemeinen Vollzugsdienst zu stärken.



Foto: BSBD Berlin

Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg im Portrait - © Hans-Christian Plambeck

Besonders freut mich, dass die Anwärterzulagen von 60% auf 70% dauerhaft angehoben werden konnten, um den Beruf für Einsteiger attraktiver zu machen.

3. Das sogenannte Cannabis-Gesetz trat bereits am 1. April in Kraft, zieht aber im Justizbereich einen ganzen Rattenschwanz noch ungelöster Probleme nach sich. Konkrete Hinweise, wie mit der Liberalisierung von Cannabis in den Haftanstalten umgegangen werden soll, fehlten bislang vollständig. Und wegen der rückwirkenden Amnestie dürften allein auf die Berliner Strafverfolgungsbehörden ca. 3500 Altverfahren zukommen. Ist der Verwaltungsaufwand bzw. der zusätzliche Personalbedarf schon beziffert bzw. angemeldet worden?

Die Teillegalisierung von Cannabis soll unter anderem die Justiz entlasten und den Schwarzmarkt eindämmen. Parteiübergreifend sind wir uns in der Justiz jedoch einig: Das Gegenteil ist der Fall! Gerade die Amnestie bedeutet einen enormen Zeit- und Personalaufwand, der die ohnehin starkbelastete Justiz zusätzlich beansprucht. Bei der Prüfung der Amnestieregelung sprechen wir über mehrere Tausend Fälle im Bereich der Strafvollstreckung – das ist ein enormer Verwaltungsaufwand.

In der Hauptabteilung Vollstreckung sind seit dem 22. März 2024 einige Rechtspfleger in Vollzeit damit beschäftigt die Verfahren zu überprüfen. Die dazu gehörigen Vollstreckungsdezenten (Staatsanwälte) waren ebenfalls fast ausschließlich mit der Umsetzung der Amnestieregelung ausgelastet.

Andere Aufgaben, nämlich unter anderem die Strafverfolgung von schwerer Kriminalität und die Vollstreckung gewichtiger Verfahren mussten in dieser Zeit zurückstehen.

4. Der BSBD hat immer wieder auf die Gewaltvorgänge in den Haftanstalten hingewiesen. Beleidigungen und Bedrohungen sind fast an der Tagesordnung? Was muss aus Ihrer Sicht geschehen, um die Beschäftigten besser zu schützen?

Erst vor kurzem gab es Brandanschläge an Autos auf dem Mitarbeiter-Parkplatz des Berliner Gefängnisses Heidering. Durch die Aufmerksamkeit der Mitarbeitenden und die vorhandene Sicherheitstechnik ist es den Tätern zum Glück nicht gelungen, größere Schäden anzurichten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug leisten eine extrem wichtige und wertvolle Arbeit. Selbstverständlich

wird ihrem Schutz eine hohe Bedeutung beigemessen. Es ist mir ein Anliegen auch die persönliche Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug zu verbessern. So habe ich mich dafür eingesetzt, dass Ausnahmegenehmigungen für die Parkraumbewirtschaftung für den Schichtdienst zur Verfügung gestellt werden. Die Öffnungszeiten des Parkhauses in Moabit wurden angepasst. Das ALBO hat zugesagt, die Erteilung von Meldesperren zu erleichtern. Außerdem haben wir im Haushalt zusätzliche Mittel für Schutzrüstungen sichergestellt. Zudem werden bei Gewaltvorfällen alle Mittel bis zur Sicherheitsverlegung in ein anderes Bundesland in den Blick genommen.

Vorrangiges Ziel ist es natürlich, übergreifende Situationen im Vollzugsalltag erst gar nicht entstehen zu lassen. Wesentliche Dienstabläufe sind daher so geregelt, dass Gefahrensituationen bestmöglich vermieden werden. Auch durch den Einsatz von Überwachungskameras in bestimmten Bereichen können wir für ein höheres Sicherheitsempfinden sorgen.

Am wichtigsten für die Verhinderung von gewalttätigen Übergriffen sind jedoch ausreichend Personal und die Beziehungsarbeit zwischen Gefangenen und Beschäftigten.

Wichtig ist zudem, dass die Mitarbeitenden an Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können, um in schwierigen Situationen so weit wie möglich zu deeskalieren. An die guten Erfahrungen mit den vorhandenen Schulungen wollen wir auch zukünftig anknüpfen.

5. Die für den Justizvollzug prognostizierte Personalentwicklung in den nächsten Jahren ist alarmierend. Etwa 50 Prozent der Beschäftigten werden bis 2031 ausscheiden. Auf welche Weise soll die Lücke angesichts des leergefegten Arbeitsmarktes geschlossen werden?

Zum Glück sind es nicht 50 Prozent, sondern 25 Prozent. Aber auch das ist eine Herausforderung. In unserer größten Berufsgruppe, dem Allgemeinen Justizvollzugsdienst mit insgesamt 1.780 Beschäftigten, werden bis 2030 ca. 453 Beschäftigte in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Die Gestaltung dieses demografischen Wandels gehen wir an. Deshalb wurde durch meine Verwaltung ein Maßnahmenbündel initiiert. Kernstück ist hierbei die Werbekampagne – „Arbeiten im Justizvollzug #VOLLDEINS“,

die einen digitalen Ansatz verfolgt und den Schwerpunkt auf die Rekrutierung für den Allgemeinen Justizvollzugsdienst setzt. Der Justizvollzug versteht sich – insbesondere in einem Stadtstaat wie Berlin - als ein besonderer Teil der Stadtgesellschaft und will und wird sichtbarer werden. Und die Maßnahmen zahlen sich aus: Es konnte bereits ein positiver Trend bei der Besetzungsperspektive verzeichnet werden, insbesondere bei der Auslastung der Ausbildungsplätze im Allgemeinen Justizvollzugsdienst. Diesen Weg gehen wir entschlossen weiter. So fand am 04.05. in der JSA unter dem Titel #KnastKarriere die erste Berufsmesse des Berliner Justizvollzuges statt, bei der es darum ging, Interessenten die Berufsbilder des Vollzuges in Theorie und Praxis nahezubringen. Ich hoffe, dass Maßnahmen wie diese für weiteren Zulauf sorgen.

6. Geschätzte 500 Millionen Euro sollen die Sanierung und Instandsetzung der teilweise über hundert Jahre alten Berliner Anstalten kosten. Ist der Bau einer komplett neuen, modernen Haftanstalt, z.B. am Standort der JVA Heidering, nicht sinnvoller?

Die Frage nach einer neuen Haftanstalt am Standort der Justizvollzugsanstalt Heidering anstelle von beträchtlichen Investitionen für Sanierungen und Instandsetzungen der historischen Bestandbauten des Berliner Justizvollzuges ist eine von mehreren Optionen. Allerdings ist die Sachlage sehr komplex und würde erst langfristig Abhilfe schaffen. Ich freue mich sehr, dass wir das Projekt TA I in Tegel wieder angehen.

Daneben sind Umbauten, Sanierungen und Instandsetzungen nötig und wir gehen sie entschlossen an: Sie sind vorgesehen in der Teilanstalt II und Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel sowie in der Teilanstalt II der Untersuchungshaftanstalt Moabit und dem Haus 8 der Jugendstrafanstalt Berlin. Erste Baurealisierungen sind bereits zum nächsten Jahr geplant. Dabei werden vorhandene Ressourcen und Strukturen in den jeweiligen Anstalten genutzt und optimiert, um Synergien zu erzielen.

Durch die Instandsetzungen schaffen wir zukunftsfähige, bedarfsgerechte, rechtskonforme und weiterhin verfassungsgemäße Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Vollzug bzw. für Personen in der Sicherungsverwahrung sowie zeitgemäße und attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal im Berliner Justizvollzug.

7. Was würden Sie ganz persönlich dem Justizvollzug in den kommenden Jahren am meisten wünschen?

Besonders wichtig ist es mir, die Attraktivität einer Tätigkeit im Justizvollzug zu erhöhen. Deshalb setze ich mich auch für ein höheres Sicherheitsempfinden unserer Beschäftigten in den Justizvollzugsanstalten ein. Das erreichen wir unter anderem durch notwendige baulichtechnische Vorhaben und bedarfsgerechte Behandlungsangebote für Gefangene.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist, den Herausforderungen des demografischen Wandels bestmöglich zu begegnen, indem wir Personal gewinnen, an uns binden und Talente für uns begeistern.

Dafür müssen wir auch die Chancen der Digitalisierung nutzen. Mit Projekten wie der Einführung der elektronischen Verwaltungsakte und dem Haftraummediensystem sind wir auf einem guten Weg, den wir weiterverfolgen werden.

Die für die Berufsgruppe des Justizvollzugsdienstes wichtigste Veränderung wird aber die Einführung einer Laufbahn des sogenannten gehobenen Dienstes sein. Derzeit werden in meinem Haus dafür die Voraussetzungen geschaffen. Auch diese Maßnahme dient ganz spezifisch der Verbesserung der Perspektiven für unsere größte Berufsgruppe im Justizvollzug.

An dieser Stelle möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen im Berliner Justizvollzugswesen für ihren unermüdlichen Einsatz danken! ■

Berufsmesse im Justizvollzug

Zum aller ersten Mal hat der Berliner Justizvollzug für seine vielen verschiedenen Berufsbilder im Rahmen einer eigenen Berufsmesse geworben.

Unter dem Motto „Knast-Karriere“ wurden am 4. Mai 2024 die Tore in der Jugendstrafanstalt für einen ganzen Tag geöffnet.

Exklusive Einblicke in den Berufsalltag im Gefängnis wurden geboten; darüber hinaus spannende Aktionen und interessante Infos. Einen Tag lang konnte man hautnah in die Rolle eines/r Justizvollzugsbeamten/in eingetauchen und man bekam eine Vorstellung davon, wie der Alltag im Justizvollzug aussieht.

Neben einem nachgebauten Haftraum mit der Möglichkeit einer durchgeführten Haftraumkontrolle, viele Videos auf Großbildschirmen, der vorhandene Schutzraum war das Highlight die digitale Brille, mit der der Alltag erlebt werden konnte. Auch präsentierten sich alle Anstalten mit vielen Informationen und Gimmicks und stellen ihre jeweilige besondere Form der Haftanstalten vor. Von der JVA für Frauen, über den offenen Vollzug, bis hin zur Jugendstrafanstalt und natürlich den geschlossenen Vollzugeinrichtungen.

Die aktuelle Werbekampagne für die Ausbildung im Justizvollzug. Voll vielfältig. Voll abgesichert. #volldeins ist über die Home-



Infostand des BSBSD Berlin: Thomas Goiny, Dirk Feuerberg, Frank Becker, Bernd Loran

page zu erreichen: <https://www.berlin.de/justizvollzug/personal/bildungsakademie/ausbildung-und-bewerbung/>

Unterstützt wurde die Veranstaltung zusätzlich durch den Karriere-Bus des Landes Berlin.

Der BSBSD Berlin ließ es sich nicht nehmen, ebenfalls an dem Tag dabei zu sein. Ein-

mal weil der Berliner Justizvollzug und der BSBSD untrennbar miteinander verbunden sind und weil die Aufgaben von Gewerkschaften ein gesellschaftlicher Aspekt ist, den es zu vermitteln gilt. Das gilt ganz besonders für den öffentlichen Dienst. Und so konnten am Stand viele Kontakte geknüpft oder erneuert werden, Fragen beantwortet und auch für den Justizvollzug geworben werden.



Sven Rösler (Personalratsvorsitzender der JSA), Frank Becker, (Landesvorsitzender des dbb berlin,) Bernd Loran, Tarifvertreter des BSBSD Berlin

Die Eröffnungsrede wurde durch den Staatssekretär, Dirk Feuerberg, persönlich vorgenommen. Und auch der dbb Landesvorsitzende Frank Becker ließ es sich nicht nehmen, bei der ersten Veranstaltung dieses Formates dabei zu sein. „Ich bin sehr dankbar, dass der Strafvollzug zur Gewinnung von Nachwuchskräften neue Wege bestreitet und wünschte für die erste Karriere-Messe alles Gute. Der öffentliche Dienst benötigt in allen Bereichen dringend nachwuchs und da muss man auch mal ungewöhnliche Wege gehen.“, unterstrich der Landesvorsitzende Becker die Bedeutung der Messe.

„Wir haben uns sehr gefreut, dass wir Teil dieser tollen Veranstaltung sein durften und hoffen das dieses Konzept dauerhaft fortgeführt wird. Erstmals wurden die Pfor-



Messestand

ten geöffnet, um einen Einblick hinter die Mauer zu erhalten! Wir hoffen sehr das nun alle Anstalten die Gelegenheit erhalten, dieses Format der Werbung auch für sich direkt zu nutzen,“ kommentierte der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, die Veranstaltung.

Aus Sicht des BSBD Berlin muss die ins Leben gerufene AG Personalgewinnung dauerhaft bestehen bleiben. Vor allem haben sich hier viele Beschäftigte direkt mit ihren Ideen und Vorstellungen einbringen können. Das hat sich bewährt.



Gefangenentransporter

Besonders erfreulich ist auch, dass so viele Anwärter/innen sich aktiv einbringen und ihre persönlichen Erfahrungen weitergeben können.

„Besonders der Eisstand der Kollegen aus der JVA Moabit, mit ihren vielen selbst hergestellten Eissorten, war ein Genuss, sodass unserem Infostand direkt daneben unserem Infostand eine echte Bereicherung war! Danke für die großartige Idee an einen schönen Frühsommer Tag. Aber einen besonderen Dank möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen aussprechen, die aus allen Anstalten, vor sowie hinter den Kulissen für den erfolgreichen Tag gesorgt haben. Das war ganz großes Kino, lobt Thomas Goiny den Einsatz. ■



Knast-Karriere



Fotos (6): BSBD Berlin

Fußballturnier des Justizvollzug

Nach langer Coronapause fand endlich wieder ein Fußballturnier des Justizvollzuges statt. Den ganzen Tag stritten im sportlichen Wettkampf die Mannschaften aus den Vollzugsanstalten, der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und dem AG Tiergarten um die begehrten Pokale!

Diesmal am Standort des SC Siemensstadt durchgeführt, konnte der Staatssekretär Dirk Feuerberg, die Siegespokale überreichen an die Mannschaft aus der JVA des offenen Vollzuges für den Platz 3, für den Platz 2 an die Mannschaft der JVA Plötzensee I, und den Wanderpokal und den Siegespokal an die Mannschaft der Jugendstrafanstalt I. Wir sagen herzlichen Glückwunsch und Danke an alle Mannschaften für die Teilnahme und an das Organisationsteam, das dieses Turnier wieder so nebenbei mit organisiert hat!

Wir freuen uns auf das nächste Turnier im Jahr 2025!



Siegermannschaft JSA I mit der Vollzugsleiterin, Frau Becker (rechts im Bild)

Foto: BSBD Berlin

WIR
stehen
zusammen!

Aus dem
Vollzug,
für den
Vollzug

BSBD

Mehr
Informationen:
www.bsbd.de

dbb berlin:

Keine Arbeitszeitverlängerung ohne Abbau der Besoldungsdefizite!

„Erst müssen die Besoldungsdefizite, unter denen die Berliner Landesbeamtinnen und -beamten seit vielen Jahren leiden, abgebaut werden, bevor eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch nur andiskutiert werden kann“, kommentierte dbb Landeschef Frank Becker Informationen, wonach den Spitzenverbänden des öffentlichen Dienstes in Berlin noch im Mai 2024 ein Gesetzentwurf zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf das 67. Lebensjahr zugehen soll.

Die Stellungnahme des dbb berlin wäre dazu mehr als eindeutig: Zustimmung auf gar keinen Fall geben, bevor der Senat und das Abgeordnetenhaus nicht endlich ihre besoldungspolitischen Hausaufgaben erledigt haben! Und die sind außerordentlich umfangreich!

Auch wenn Berlin das zweite Bundesland war, das die Inflationsausgleichszahlung

an die Beamtinnen und Beamten gezahlt hat, so fehlt doch immer noch ein Gesetzentwurf zu der von der Regierungskoalition fest zugesagten Angleichung der Berliner Besoldung an das Bundesniveau. Und in Sachen amtsangemessener Alimentation kneift der Senat vor analogen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bei den Richtern weiter beide Augen zu und setzt, wie schon die Vorgängerregierungen, auf eine Verzögerungstaktik zulasten der Betroffenen, anstatt seiner Verpflichtung zu einer verfassungsgemäßen Bezahlung nachzukommen.

Einbußen beim Weihnachtsgeld und die komplette Streichung des Urlaubsgeldes sind entgegen anderslautender fester Zusagen nicht wieder kassiert worden und von den Nullrunden, die das Besoldungsniveau in Berlin jahrelang auf den bundesweiten Tiefstand gedrückt haben, will niemand mehr etwas wissen.

Unverständnis und Empörung Angesichts dieses Berges unerledigter Altlasten muss ein Gesetzentwurf zur Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit, bevor noch nicht einmal das Ergebnis der letzten Tarifrunde auf die Beamten gesetzlich geregelt ist, auf völliges Unverständnis stoßen, wenn nicht gar provokativ auf die Betroffenen wirken.

Empörung dürfte insbesondere auslösen, dass ausgerechnet ein Ländervergleich dafür herhalten soll, um den sich Berlin bei seiner Beamtenbesoldung nicht geschert hat, bis das Personal in Scharen abgewandert ist und die Funktionsfähigkeit der Exekutive auf der Kippe stand. ■



Abgeordnetenhaus von Berlin

Mitteilung des geschäftsführenden Vorstands:

Hiermit wird satzungsgemäß der

9. Ordentliche Gewerkschaftstag

des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands,
Landesverband Brandenburg e.V.
zum 15. November 2024 einberufen.



Eine Einladung sprechen wir hier auch
Vertretern aller Landesverbände des
BSBD aus.

Wir bitten aus organisatorischen
Gründen um eine Rückmeldung
bis zum 2. September 2024.

Kontakt:

Dörthe Kleemann

Doerthe.Kleemann@bsbd-brb.de

Geschäftsstelle des Landesverbands

Geschaeftsstelle@bsbd-brb.de

Veranstaltungsort ist der
Mehrzwecksaal
im Aus- und Fortbildungszentrum
Schillerstraße 6
15711 Königs Wusterhausen

Tagungsbeginn für den Gewerkschaftstag
ist um 9:00 Uhr. Die erforderlichen Unterla-
gen werden den Delegierten über die Orts-
verbände zugestellt.

Der öffentliche Teil beginnt
um 13:00 Uhr.



... Änderung im Landesbeamtengesetz – Verfassungstreue-Check ...

Gesetz zur Verbesserung des Schutzes des Berufsbeamtentums in Brandenburg vor Verfassungsgegnern

... und ein Paradigmenwechsel im Landesdisziplinalgesetz (LDG) ...

Vorweg möchte ich ausdrücklich anmerken, dass der BSBD Brandenburg die Auffassung vertritt, dass Personen, die sich nicht der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen und eine extremistische Auffassung vertreten, nicht geeignet sind, im öffentlichen Dienst beschäftigt zu werden. Gleichwohl bedarf es bei der Umsetzung dieser Zielsetzung eines besonderen Augenmaßes und entsprechendem Fingerspitzengefühl.

Alles begann mit einem Beschluss der Innenministerkonferenz im Dezember 2019, wonach die Länder etwaigen extremistischen Tendenzen im Öffentlichen Dienst begegnen und deren Entstehung vorbeugen sollen. Im August 2020 hat dann der Brandenburger Landtag die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen eines konsequenten Vorgehens gegen Rechtsextremismus zu prüfen, wie die entsprechenden Rechtsgrundlagen dafür anzupassen wären.

Der dann im August 2022 dazu eingebrachte Gesetzentwurf beinhaltete u.a. die Einfügung eines neuen § 3a - Verfahren zur Prüfung der Verfassungstreue im Landesbeamtengesetz und eines neuen § 30a - Informationen an und durch die Verfassungsbehörde im Landesdisziplinalgesetz. Schon 2022 wurde strittig diskutiert, ob dieser Gesetzentwurf seinen präventiven Ansätzen gerecht werden könne und man wies darauf hin, dass höchstwahrscheinlich in der Umsetzung bei den Einstellungsbehörden unterschiedliche Auslegungsvarianten möglich seien. Im Ergebnis blieb es bei der Feststellung, dass die Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde nach § 2 Absatz 1 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes ein geeignetes Mittel darstellt.

... „Denn mit der Regelanfrage ist es den Einstellungsbehörden möglich, abseits möglicher strafrechtsrelevanter

Vorkommnisse, die zu Eintragungen im Bundeszentralregister geführt haben, Erkenntnisse über Bewerberinnen und Bewerber zu erlangen, die zu berechtigten Zweifeln an der Geeignetheit für den Beamtenberuf führen können. Insofern kommt es auch nicht darauf an, wie geschickt es Bewerberinnen und Bewerbern gelingt zu verbergen, dass sie sich in Wirklichkeit nicht zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen, auch wenn sie im Einstellungsverfahren das Gegenteil beteuern. Daher ist die Regelanfrage bei der Verfassungsschutzbehörde geeignet, in Bezug auf den Zweck die Funktionstüchtigkeit des Berufsbeamtentums dadurch zu schützen, dass nur solchen Bewerberinnen und Bewerbern der Zugang zum Beamtenverhältnis ermöglicht wird, die die erforderliche Gewähr für Verfassungstreue bieten.“... (Zitat aus Drucksache 7/6164 Parlamentsdokumente Landtag Brandenburg)

Von Anfang an war erkennbar, dass dieser Gesetzentwurf auch Auswirkungen auf die Bestandsbeamten haben werde, wenn im Rahmen eines behördlichen Disziplinarverfahrens der Verdacht einer Verletzung der Verfassungstreuepflicht Gegenstand der Ermittlungen sei.

Der eingebrachte Gesetzentwurf der Landesregierung wurde am 15. September 2022 in den Ausschuss für Inneres und Kommunales zur Beratung verwiesen. Es gab noch in 2022 eine öffentliche Anhörung. Dann rührte sich sehr lange nichts, bis zu einem Anfang März 2024 eingereichten Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Dieser beinhaltete, wie zuvor im Bundesdisziplinalgesetz verabschiedet, einen Paradigmenwechsel im Landesdisziplinalgesetz. Denn das bisherige Disziplinarklageverfahren soll durch umfassende Disziplinarbefugnisse der Dienstherren abgelöst werden. Künftig sollen sämtliche

Disziplinarmaßnahmen mittels Disziplinarverfügung ausgesprochen werden können. Von diesen gravierenden Änderungen und einer solchen Verschärfung des Landesdisziplinarrechts gegen mögliche schon im Öffentlichen Dienst tätige Verfassungsfeinde, war in der Ursprungsfassung nichts erkennbar.

Nach Bekanntwerden dieses Änderungsantrags konnte trotz gewerkschaftlicher Kritiken hinsichtlich der Art und Weise des Einbringens dieses Antrags nur noch eine schriftliche Anhörung im Ausschuss für Inneres und Kommunales erwirkt werden. Kleine Änderungen gab es zwar, aber vom Paradigmenwechsel im LDG wurde nicht abgewichen. So ging die Drucksache 7/6164 mit Beschlussempfehlung und Bericht (Drucksache 7/9552) am 24. April 2024 in die 2. Lesung des Landtags und wurde am 26. April 2024 in 3. Lesung – in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses (Drucksache 7/9591) - beschlossen.

Das Gesetz zum Schutz des Berufsbeamtentums in Brandenburg vor Verfassungsgegnern und die damit verbundenen Änderungen im LBG und LDG sind noch nicht in Kraft. Dazu bedarf es noch vorbereitender Schritte – u.a. einem Rundschreiben mit Anwendungshinweisen aus dem Ministerium des Inneren und für Kommunales.

Es wird sich zeigen müssen, ob das was lange währt, auch seinen Zweck erfüllt.

D. Kleemann
Landesvorsitzende



... mit Sonne im Herzen...

Frühjahrstagung des Landeshauptvorstandes

Zu Gast in der Justizakademie Königs Wusterhausen

In diesem Jahr haben wir es aus verschiedenen Gründen nicht geschafft, unsere Hauptausschusssitzung bereits Ende Februar/Anfang März stattfinden zu lassen... es waren im Übrigen neben einem schlechten Timing auch Kostengründe entscheidend.



Fotos BSBD

Aber der Wonnemonat Mai war uns hold und wir konnten bei strahlendem Sonnenschein in der Justizakademie Königs Wusterhausen zueinanderfinden.

Der geschäftsführende Vorstand wurde für die Arbeit in 2023 entlastet... wir waren in vielen Dingen aktiv... Schwerpunkt waren die Tarifverhandlungen und ist noch immer die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten sowie die damit verbundene aktive Beteiligung in dem dazugehörigen Gesetzgebungsverfahren und die Kasse des Landesverbandes stimmte natürlich auch.

Fazit: Der Landesvorstand hat gut und im Sinne seiner Mitglieder gearbeitet.

Wie in jeder Hauptausschusssitzung üblich, wurde zunächst aus den Ortsverbänden (OV) berichtet und was die Mitarbeitenden gerade bewegt. Die Ortsverbände (OV) Cottbus, Luckau-Duben und Neuruppin-Wulkow haben in 2024 neue Ortsvorstände gewählt. An dieser Stelle zunächst herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die Arbeit!

Was alle Mitarbeitenden im Vollzug des Landes Brandenburg gerade tief bewegt, ist der Übergriff eines Gefangenen auf zwei Bedienstete in der JVA Cottbus-Dissenchen. Diese wurden dabei schwer verletzt. Wir wünschen ihnen an dieser Stelle alles erdenklich Gute, aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen in der JVA Cottbus-Dissenchen, die dieses Ereignis nun verarbeiten müssen.

Es war nicht der einzige Übergriff auf Mitarbeitende. Auch in anderen JVAen kam es zu tätlichen Angriffen auf Bedienstete.

Leider wird mit solchen Ereignissen nicht immer mit der gewünschten Transparenz umgegangen und es gibt Nährboden für Gerüchte und Spekulationen. Dabei ist es für alle wichtig, tatsächliche Fakten zu erfahren.

An dieser Stelle möchten wir nochmals alle Mitarbeitenden sensibilisieren, an ihren Eigenschutz zu denken und aus den, sich vielleicht eingeschlichenen Alltagsroutinen auszurechnen.

Denn Fakt ist auch, die Gefangenen werden immer gewaltbereiter und psychisch auffälliger. Dem hat der Vollzug mit den rückläufigen Mitarbeiterzahlen im AVD bald nichts mehr entgegenzusetzen.

Es ist an der Zeit, dass das Land Brandenburg im Justizvollzug seine Personalpolitik überdenkt und aufhört, die Mitarbeiterzahlen an den gegenwärtig rückläufigen Gefangenzahlen zu orientieren.

Teuerstes Gut sind und bleiben die Mitarbeitenden in den JVAen und denen sollte die notwendige Fürsorge und Aufmerksamkeit des Arbeitsgebers gelten, denn nur körperlich und psychisch gesunde Mitarbeitende können 24/7 die täglichen Aufgaben in den Vollzugseinrichtungen erfüllen.

Danach ging es in die Kaffeepause, auch weil wir nach den Berichten aus den Ortsverbänden eine Pause brauchten.

Gestärkt von Schoko-Cookies und Erdbeeren begannen wir mit dem zweiten Teil unserer Hauptausschusssitzung, denn der 9. Gewerkschaftstag des Landesverbandes Brandenburg e.V. war zu planen.

Und klar haben wir einen Plan, ferner die Fristen im Kopf und auch das dafür erforderliche Geld, was natürlich trotzdem sorgsam verwendet werden wird.

Es ist bei der Hauptausschusssitzung immer wieder schön zu erleben, dass die Gewerkschaftsarbeit gemeinsam gestemmt wird. Das sich jeder mit Ideen und Engagement einbringt, denn so macht Ehrenamt Spaß.

Aber wir alle werden nicht jünger und müssen dafür sorgen, dass junge engagierte Mitglieder gefunden werden, die die Aufgaben des BSBD in der weiteren Zukunft fortführen.



Fotos © BSBD Brandenburg



Weinflasche

Und wie das bei 2-tägigen Veranstaltungen so ist, ging unsere Ideenschmiede auch am Abend bei einem guten Glas Wein weiter.

Auch der zweite Tag stand zunächst unter dem Motto 9. Gewerkschaftstag in 2024 - es darf ja auch nichts vergessen werden. Wer wird eingeladen, wer übernimmt welche Aufgaben, was wird alles benötigt – von A – wie Anträge an den Gewerkschaftstag, B – wie Blumen, S – wie Satzung bis Z – wie Zimmerreservierung... wurde nochmal alles zusammengetragen.

Natürlich durften auch die Berichte der einzelnen Gremien nicht vergessen werden, denn auch die Senioren-, Frauen-, Jugend- und Tarifvertretung sowie die Rechtsschutzkommission haben in den zurückliegenden Monaten fleißig gearbeitet.

... und schon sind wir wieder in der kreativen Phase unserer Gewerkschaftsarbeit...!

Dorit Franke
Landesschatzmeisterin

.... wenn Besoldung Ländersache ist Kein Sockelbetrag im Land Brandenburg

... systemgleich ist nicht wirkungsgleich

Am 10. April 2024 war es endlich soweit. Die Landesregierung brachte den Gesetzentwurf zum Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2024 im Land Brandenburg in den Landtag ein.

Dieses Einbringen basiert auf einem „Problem“, welches verursacht wurde, da die Tarifvertragsparteien für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder am 9. Dezember 2023 eine Erhöhung der Entgelte der Beschäftigten in zwei Schritten vereinbart haben.

Welche zwei Schritte waren das denn nochmal? In einem ersten Schritt sollen zum 1. November 2024 die Tabellenentgelte um einen Sockelbetrag von 200 Euro angehoben werden. In einem zweiten Schritt soll dann der erhöhte Betrag zum 1. Februar 2025 linear um 5,5 Prozent angehoben werden. Wenn die Summe dieser Erhöhungen nicht 340 Euro erreicht, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt. Die Ausbildungsentgelte sollen sich zum 1. November 2024 um 100 Euro und zum 1. Februar 2025 um weitere 50 Euro erhöhen. So die kurze Zusammenfassung.

Und nun steht doch wirklich im Brandenburgischen Besoldungsgesetzes (BbgBesG) und im Brandenburgischen Beamtenversorgungsgesetzes (BbgBeamtVG)

das die Dienst- und Versorgungsbezüge entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse durch Gesetz regelmäßig anzupassen sind. Also wird eine Lösung per Gesetzentwurf präsentiert und das hinsichtlich der Entgelterhöhung erzielte Tarifiergebnis vom 9. Dezember 2023 soll auf die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger systemgerecht übertragen werden. Warum denn nun systemgerecht? Im Oktober 2023 – noch vor Beginn der Tarifverhandlungen - wurde zugesichert, dass es eine wirkungsgleiche Übertragung geben soll. Auch zu diesem Zeitpunkt gab es bereits die Thematiken Abstandsgebot und amtsangemessene Alimentierung.

Aber der Gesetzentwurf sieht nun etwas ganz Besonderes vor, denn die Dienst- und Versorgungsbezüge sollen rückwirkend ab 1. Januar 2024 um 4,76 Prozent und ab 1. Juli 2024 um zusätzlich 5,54 Prozent erhöht werden. Der Familienzuschlag für berücksichtigungsfähige Kinder soll rückwirkend ab 1. Januar 2024 angehoben werden. Außerdem sollen die Anwärtergrundbeträge rückwirkend ab 1. Januar 2024 um 100 Euro und ab 1. Juli 2024 um weitere 50 Euro erhöht werden.

Derzeit ist Brandenburg das einzige Bundesland mit geplanten vorgezogenen

Besoldungserhöhungen. Was aber nicht darüber hinwegtäuscht, dass dieser Gesetzentwurf in den unteren Besoldungsgruppen für Unmut sorgt. Statt einer wirkungsgleichen Übernahme des Sockelbetrags von 200 € sollen die Dienstbezüge im ersten Schritt um 4,76 Prozent erhöht werden. Wird die Berechnungen mit prozentualen Erhöhungen fortgesetzt, kommt man zu der Feststellung:

- A5 / Erfahrungsstufe 10 (Endamt) – bekommt in der Summe keine 340 € und hätte damit eine monatliche Differenz in der Grundbesoldung im Vergleich zur Tarifvariente.
- A8 / Erfahrungsstufe 3 - bekommt in der Summe keine 340 €

Und sogar die A9 / Erfahrungsstufe 3 (Eingangsamts des gehobenen Dienstes) bekommt in der Summe keine 340 €. Systemgleich ist nicht wirkungsgleich, was zu beweisen war. Systemgleich soll aber das Abstandsgebot bewahren.

Was aktuell im Gesetzentwurf nicht auffindbar ist, sind die im Tarifvertrag unter III. vereinbarten Zulagen für Beschäftigte in der Pflege und in Gesundheitsberufen. Hier ganz speziell im Justizvollzug. Diese Zulagen sollen auch Beamtinnen und Beamten des Krankenpflegedienstes im Justizvollzug gezahlt werden. Der BSBD Brandenburg fordert daher eine Nachbesserung des Gesetzentwurfs.

Aktuell wurde der Gesetzentwurf zur Beratung in den Ausschuss Haushalt und Finanzen überwiesen. Dieser tagt am 6. Juni 2024. Die nächsten Plenarsitzungen sind auf den 19. – 21. Juni 2024 terminiert.

Dörthe Kleemann
Vors. Landesverband BRB

... Start in die Sommersaison...

Frühlingsfest des Ortsverbandes Wriezen

... der Sand ruft...

Am 26. April 2024 hatte der Ortsverband (OV) Wriezen seine Mitglieder zu einem kleinen Frühlingsfest eingeladen.

Natürlich sollte dabei auch gleich die Sommersaison im Sand im Dr. Koyenuma Beachpark des TKC Wriezen e. V. eröffnet werden. Denn jetzt kann donnerstags wieder regelmäßig gemeinsam Beachvolleyball gespielt werden.

Vorbereitet wurde der Beachplatz schon am Vormittag, damit am frühen Nachmittag gleich im Sand gestartet werden konnte. Das Wetter war uns hold und so konnte der erste kleine Fight im Sand losgehen.

Nebenbei köchelte bereist deftiges Kesselgulasch in einem Outdoor-Topf, denn für das leibliche Wohl sollte ja auch gesorgt werden.

Es war an der Zeit, sich mal wieder auszutauschen und miteinander zu quatschen, was leider im beruflichen Alltag viel zu kurz kommt.

Also machten wir es uns nach dem leckeren Essen gemütlich und genossen die letzten Sonnenstrahlen über Wriezen.



kleiner Fight



Abendsonne

Schade nur, dass nicht noch mehr Mitglieder des OV der Einladung des Vorstandes gefolgt sind.

Und zu guter Letzt ein großes Dankeschön an die Organisatoren für einen wunderschönen Frühlingsabend im kleinen Kreis!

Dorit Franke
Mitglied des OV Wriezen



Die Zehn Gebote

Auch heute noch gültig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gebote haben ein mieses Image. Manch einer fühlt sich von ihnen bevormundet oder gar verurteilt. So meiden wir den „mahnenden Zeigefinger“ im Alltag oder verzichten weise ganz auf sie.

Aber wie zu oft gibt es zwei Seiten. Gebote können auch Wegweiser sein. Zu Beginn meiner Anwärterzeit erhielt ich im Unterricht von einer für mich vorbildlichen Lehrkraft die „10 Gebote des/der Strafvollzugsbeamten/in“. Diese begleiten mich seitdem und lassen mich oft über mein Verhalten und das anderer nachdenken. Wer aufhört sich selbst zu reflektieren, darf vom gegenüber nicht besseres Verhalten erwarten.

Die immerfort gültig bleibenden Zehn Gebote für den Strafvollzugsbeamten

1. Tritt einen Gefangenen als deinem Nächsten gegenüber.
2. Beobachte kühl, urteile mild.
3. Sei korrekt in Haltung und Auftreten. Du gewinnst damit Ansehen und spornst zum Nacheifern an.
4. Wecke vor allem Sinn für Ordnung, Disziplin und Arbeit. Fange aber zuerst bei dir selbst an.
5. Verbessere, aber verbittere nicht. Mit einem verständnisvollen Rat erreichst du oft mehr, als mit „Strafen“, bzw. Sanktionen.
6. Sei gerecht. Dein Handeln sei nicht durch Zuneigung, Abneigung oder Launenhaftigkeit bestimmt.
7. Sei teilnehmend, aber nicht neugierig. Denke immer daran: Auch in Vollzugseinrichtungen musst du dein Versprechen halten.
8. Fühle dich stets mitverantwortlich. Ein einzig schwaches Glied lässt die Kette zerreißen.
9. Vermeide jedes unüberlegte Wort über Mitarbeiter oder Gefangene. Du schadest damit anderen und setzt dich selbst herab.
10. Lass dich durch Enttäuschungen nicht entmutigen. Halte aus.

(Aus einer Zeitschrift für den niederländischen Strafvollzug, Jahrgang 1949)

Vivian Wernert, JVA Billwerder

Es ist, was wir daraus machen

Hamburgs Soziales Training am Puls der Zeit

Seit Jahren tummeln sich im hamburgischen Vollzug Trainerinnen und Trainer für das soziale Training. Doch was ist das soziale Training eigentlich und ist es überhaupt noch zeitgemäß?

Das Soziale Training ist keine Therapie, sondern ein Verhaltenstraining. Innerhalb von Gruppengesprächen trainieren die teilnehmenden Insassen und Insassinnen aus den von ihnen gewählten Themen gesellschaftlich angemessenes Verhalten anhand von Rollenspielen. So wählen die Strafgefangenen z.B. aus den Bereichen Arbeit, Geld und Schulden, Freizeit oder Soziale Beziehungen Inhalte, die sie innerhalb der Gruppe behandeln möchten. Angeleitet wird es von einem Trainerteam aus den Kollegen und Kolleginnen unserer Anstalten. Es ist neben den von uns freiwillig angebotenen Freizeitgruppen die einzige planmäßig geführte Maßnahme, die für die Resozialisierung der Gefangenen durch den allgemeinen Vollzugsdienst durchgeführt wird.



Rene Wernert und Sabine Kermani

Wer sozialer Trainer oder Trainerin werden will, kommt an einer Fortbildung in der Vollzugsschule nicht vorbei. Sabine Kermani und René Wernert bilden seit 2014 die Trainer und Trainerinnen für Justizvollzugsanstalten Hamburgs aus. Die beiden Beamten arbeiteten Jahrzehnte zusammen in der JVA Fuhlsbüttel, integrierten vor Ort das soziale Training, machten es zu einem festen Bestandteil und führten es zusammen mit anderen Kollegen und Kolleginnen bei Langzeitsträtern durch. Diese unschätzbare Praxiserfahrung geben sie jährlich an die neuen Trainer in ihrer Fortbildung weiter. Die Plätze sind begehrt.

Doch wer das soziale Training kennt, der kennt auch die „alten Zöpfe“, die darin noch eingeflochten sind. Ursprünglich für den Jugendvollzug gedacht, weißt die Resozialisierungsmaßnahme nach Manfred Otto manch Themeninhalte auf, die nicht mehr zeitgemäß sind.

Durch die z.B. jährlich stattfindenden Treffen der sozialen Trainer aus der JVA Billwerder, werden diese überarbeitet und immer wieder für den Alltag der Gefangenen angepasst.

Wer denkt, dass das soziale Training eine gute Möglichkeit ist, um befördert zu werden, der liegt richtig. Es ist dennoch kein Selbstläufer. Jeder Trainer sollte sich darüber bewusst sein, dass eine Menge Arbeit und Verantwortung dahintersteckt. Verantwortung sowohl den Gefangenen als auch seinem Trainerteam sowie der Anstalt gegenüber. Das Training soll an die Gruppe angepasst werden und diese fordern. Die Möglichkeiten der Trainer dieses zu tun, lassen ihrer Kreativität Spielraum.

„Das soziale Training ist immer das, was man selbst daraus macht.“ – So Achim Niemann, Sozialer Trainer aus der JVA Billwerder.

Ein guter sozialer Trainer leitet die Gruppe, geht auf die Themen ein und versucht so begrifflich wie möglich Inhalte zu vermitteln. Wer in der JVA Billwerder seinen Dienst verrichtet, der hat eventuell das Glück, Frauen und Männern beim sozialen Training begleiten zu dürfen. Die Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern sind nicht von der Hand zu weisen. Frauen arbeiten schneller und emotionaler in einer Gruppe mit. Sie beschäftigen Themen wie das Muttersein in der Haft oft mehr als den Männern das Vatersein. Frauen gehen unterschiedlicher mit ihrer Haft um als Männer und kommunizieren anders über Themen, die sie belasten.

So ist das Konzept der Teilanstalt für Frauen etwas abweichend zu dem der Männer. Die Anstalt setzt auf ein festes Trainerteam und einem komprimierteren Ablauf. Themen wie Soziale Beziehungen sind auf weibliche Gefangene angepasst und der rote Faden der „guten Kommunikation untereinander“ zieht sich durch das gesamte Training.



Fotos (2): BSBD Hamburg

Vivian Wernert, Soziale Trainerin Teilanstalt für Frauen JVA Billwerder

Das Grundkonzept des Trainings sollte überall gleich sein. Dennoch hat jede Anstalt, jeder Trainer und jede Trainerin eine individuelle Art der Durchführung und des Ablaufs.

Dies bemerkten auch Sabine Kermani und René Wernert. Die beiden Ausbilder luden sich für die Fortbildung eine Trainerin aus der Teilanstalt für Frauen ein, die das Konzept und mögliche Themeninhalte für das soziale Training der Frauen vorstellte. Es galt Horizonte zu erweitern, Vorurteile zu überwinden und möglichen Input bezüglich der Durchführung zu erhalten. Insbesondere bei der Überwindung von Sprachbarrieren oder kreativen Ideen der Gestaltung des Trainings bei schwierigen Charakteren. Hamburg ist ein kleines Bundesland, welches innerhalb der Anstalten gut vernetzt ist, was sich auf das Soziale Training überträgt. Durch die Kommunikation der Ausbilder und Trainer werden Synergieeffekte untereinander genutzt, um Inhalte des Trainings zu verbessern und den eigenen Horizont bei der Durchführung zu erweitern. Wer soziales Training gibt, der stellt fest, dass er eine andere Beziehung zu Insassen und Insassinnen bekommt. Dieser besondere „Draht“ kann im Alltag auf der Station im Umgang miteinander helfen.

Die sozialen Trainer und Trainerinnen agieren oft im Schatten, da nur wenige Informationen über den Inhalt und die Maßnahme bekannt sind.

Ihre Arbeit und den guten Willen etwas Greifbares für die Resozialisierung der Gefangenen beizutragen darf von ihrem Arbeitsumfeld nicht unterschätzt werden.

Landesleitung LVHS

Zu Besuch in der JVA Zwickau

Eine Delegation der Organisationseinheit Untersuchungshaftanstalt auf Reisen

Am 17. und 18. April 2024 besuchte eine Delegation der OE UH sowohl die bereits 1899 fertiggestellte JVA Zwickau/Zentrum als auch die im Bau befindliche JVA Zwickau/Marienthal.

Bereits bei dem Betreten der Torwache fand ein aufgeschlossenes Willkommensgespräch mit der BSBD OV - Vorsitzenden Nadine Müller und dem Anstaltsleiter Herrn Jürgen Frank der JVA Zwickau statt. Anschließend fuhren der Wirtschaftsleiter Herr Gränz und die Mitglieder des BSBD von der alten JVA Zwickau/Zentrum in die neue Zweiländeranstalt von Sachsen und Thüringen. Dort erwartete uns Herr Glänzel, Mitglied der Teilprojektgruppe. Er führte die sehr interessante Baubegehung durch. Auf dem ca. 34 Fußballfelder großem Areal, welches auch schon mit einer Mauerlänge von 2,4 km umgeben ist, sollen ca. 800 Haftplätze entstehen. In dem Rohbau der Häuser informierte er uns z. B., wie und wo die Aufteilung der Büro- und Sozialräume sowie der Durchsuchungsmöglichkeiten und Hafträume erfolgen soll. Zum Abschluss der Baubegehung durchliefen wir zahlreiche Werkstätten und die unterirdischen Verbindungsgänge für den Transport der Nahrungsmittel und dem Material. Der 18.04. war zunächst dem Thema: „Die Situation der AvD - Ausbildung“ gewidmet. Dazu fanden in der großen Runde mit Teilnehmern des FSJ/DRK sowie Frau Rudolph, aus der Fachgruppe der Psychologen, die Anforderungen und das Tätigkeitsfeld verschiedener Berufsgruppen, mit Schwerpunkt - AvD, ihren Widerhall.

Nach dieser Besprechung wurden nur mit dem im Vollzug beschäftigten Mitarbeitern das Thema: „Gewalt gegen Bedienstete“ angesprochen. Inhalt war z. B. die Rolle des Kriseninterventionsteams, aber auch die Beeinträchtigung der Sicherheit und Gesundheit der Betroffenen sowie die sich daraus entwickelnden psychischen Erkrankungen.

Am Ende der mehrtägigen Arbeitstagung stand unter anderem fest: Dringend sind notwendige Umstrukturierungen durch die laufenden Pensionierungen bei gleichzeitig schwindenden Ausbildungszahlen anzupacken. Ebenso sind die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten zu erhöhen. Wir brauchen politische Entscheidungsträger, welche die (finanziellen) Voraussetzungen schaffen, damit wir jenes Personal erhalten, das motiviert, engagiert und kognitiv in der Lage ist, die Sicherheit zu gewährleisten und die Resozialisierung zu begleiten.

Bedanken möchte ich mich – im Namen des LVHS – bei Nadine Müller, BSBD Sachsen, OV - Vorsitzende der JVA Zwickau für die Vorbereitung und angenehme Gesprächsatmosphäre. Von Anfang an wurde alles getan, um die gemeinsam bewegenden gewerkschaftlichen Themenkomplexe konstruktiv zu besprechen und die Zusammenarbeit – diesmal in Hamburg – fortzuführen.

LVHS Organisationseinheit Untersuchungshaftanstalt Hamburg
Thomas Barendt



Quelle - SMF Frick Krüger Nusser Plan2 GmbH

Wir sorgen für Sicherheit!

Der BSBD und der Tarifkonflikt

Zu diesem Thema fand vom 23.04. – 25.04.2024 das bundesweite Treffen der Tarifvertreter in Erfurt statt. Ende 2023 wurden die Tarifverhandlungen TV-L abgeschlossen, doch nach den Tarifverhandlungen ist vor den Tarifverhandlungen. Deshalb sind wir unsere Forderungen und Aktionen noch einmal durchgegangen und haben die Abläufe evaluiert. Wir haben gemeinsam Einiges erreicht, insbesondere mit unseren bundesweit einheitlichen Aktionen konnten wir die Problemlagen des Justizvollzuges deutlich hervorheben und in den Fokus bringen. Ein Meilenstein war die Einführung der Pflegezulage im Justizvollzug, den wir Dank eurer Unterstützung und unserer Beharrlichkeit nun erreicht haben. Unzufrieden stellt sich jedoch die Umsetzung dar, denn in noch keinem Bundesland wurde bereits die Auszahlung als vollzogen gemeldet. Für uns in Hamburg sind wir mit Nachdruck dabei die Auszahlung zu erwirken, denn auch die Umsetzung ist eine Sache der Wertschätzung. Bei dem bundesweiten Treffen wurde wieder eines deutlich: Fertig sind wir noch lange nicht! Im Justizvollzug fehlt weiterhin die EG 8 und EG 9, die Entgeltordnung muss maßgeblich überarbeitet werden, die Mitnahme von Erfahrungsstufen (analog zum TVöD) ist notwendig und wieso bekommen nicht auch Tarifangestellte die familienbezogenen Zuschläge? Als das und noch einiges

mehr sind Themen, die wir vorantreiben möchten und deshalb freuen wir uns über eure bei den Aktionen gezeigte Unterstützung und möchten euch auch weiterhin darum bitten für unser aller Forderungen und Rechte aufzustehen.

Fenna Grehm
Tarifvertreterin LVHS



Fenna Grehm

Jobrad nun auch für Tarifbeschäftigte

Warum nicht gleich so?

Nach langem Hin und Her ist es nun endlich auch für Tarifbeschäftigte der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) möglich, ein Fahrrad, E-Bike oder ähnliches über die Firma JobRad zu beziehen. Dadurch, dass die FHH dem Arbeitnehmenden per Überlassungsvertrag das ausgesuchte Fahrrad überlässt, profitiert die Kollegin oder der Kollege von steuerlichen Vorteilen. Hierbei spielt es keine Rolle, ob das Fahrrad dienstlich oder privat genutzt wird.

Eine Registrierung erfolgt über das meinJobRad-Portal im Internet. Hier kann man in der FHH bei über 300 Händlern nach einem geeigneten Fahrrad Ausschau halten. Sicherlich lohnt es sich auch in mehreren Läden vorstellig zu werden, um sowohl Leistung als auch Service vergleichen zu können. Durch den Vorteilsrechner kann man hier im Vorwege nachrechnen, welchen Betrag man dann netto zahlen muss. Nach Antragsstellung soll man dann Schritt für Schritt durch den Bestellprozess geführt werden.

Zu beachten ist, dass ein Fahrrad inkl. Zubehör mindestens 749€ kosten muss, maximal ein Betrag von 10.000€ aber nicht überschritten werden darf. Auch eine Vollkaskoversicherung muss über die JobRad-Vollkaskoversicherung abgeschlossen werden. Mehr als ein Fahrrad pro Person kann nicht bezogen werden.

Der LVHS begrüßt das Jobrad für Tarifbeschäftigte ausdrücklich und freut sich für die Kolleginnen und Kollegen diesen Service nun endlich nutzen zu können. Wir weisen jedoch darauf hin, dass sich jeder genau ausrechnen sollte, ob dieses System für ihn oder sie lohnend ist.

Sascha Möbius, Landesleitung



Gruppe der Tarifvertreter

LVHS und dbb Hamburg agieren gemeinsam

Der rot/grüne Hamburger Senat plant nur auf Sicht

Beim letzten Landesgewerkschaftstag hat der LVHS für seine Mitglieder zahlreiche Anträge zur Verbesserung der Lohn-/Besoldungsstruktur, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und dem Ausbau der beruflichen Perspektiven im Justizvollzug gestellt. Die Anträge sind bereits zum Teil umgesetzt, wie die Einführung der Pflegezulage für das medizinische Personal in den Justizvollzugsanstalten und die Änderung des Dienstrechtsänderungsgesetzes, um nur zwei zu nennen. Der BSBD/LVHS konnte in den letzten Tarifeinsetzungen endlich sein Etappenziel erreichen und wurde dabei vom dbb Bund und seinen Landesbünden unterstützt. Zwar sind die Zahlungen (Stand 02.05.2024) der Pflegezulage aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten an das Personal noch nicht erfolgt, sollen aber rückwirkend erfolgen. Wie auch in weiteren Bundesländern liegt das Augenmerk auf der Übernahme des Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft, so auch auf die Pflegezulage. Der LVHS und der dbb werden darauf achten, dass diese Zulage auch für das verbeamtete medizinische Personal übernommen wird. Auch das Dienstrechtsänderungsgesetz, welches gerade für den Justizvollzug in Hamburg eine perspektivische Erweiterung der mittleren Laufbahn enthält, steht kurz vor der Verabschiedung durch die Hamburgische Bürgerschaft. Hier wird dem jahrelangen, gemeinsamen Ringen von LVHS und dbb Hamburg Rechnung getragen. Der Vorstand des LVHS, inklusive seiner Tarifvertreterin, verabredete zur Umsetzung der Landesgewerkschaftsbeschlüsse die weitere Vorgehensweise, um die gestellten Anträge erfolgreich umzusetzen. So wurden neben Einzelgesprächen des LVHS-Vorstandes mit Vertretern der Bürgerschaft auch gemeinsame Gespräche mit dem dbb und den politischen Amtsträgern vereinbart, um allseits auf die Situation im Hamburger Justizvollzug und deren Probleme aufmerksam zu machen und auf dringend notwendige Veränderungen hinzuwirken. So hat es der rot/grüne Senat in der bisherigen Legislaturperiode weiterhin versäumt, für eine durchgehende Verbindung der Justizvollzugsanstalten an den ÖPNV zu sorgen und zudem weitere Hürden in der Mobilität der Mitarbeiter durch die Einführung der Einwohnerparkzone in Fuhlsbüttel und die Umwidmung freien Parkraums in kostenpflichtige Parkflächen um die Untersuchungshaftanstalt eingeführt. Das größte

Versäumnis liegt allerdings in der Vernachlässigung des Personaldefizits (der LVHS berichtete fortlaufend) und der Schaffung grundlegender Elemente, um Personal zu gewinnen. Obwohl der Staatsrat in seiner früheren Funktion als Amtsleiter das Projekt Justizvollzug 2025 initiierte, um auf die desaströse Personalsituation in den Folgejahren aufmerksam zu machen, wurde im politischen Raum in puncto Justizvollzug relativ wenig bewegt. Grundlegende Verbesserungen kamen, wie so häufig berichtet, nur halbherzig und schiebchenweise. Statt das Beamtentum in den Sicherheitsbereichen zu stärken, zukunftsfähige Perspektiven in großem Umfang für alle Berufsgruppen zu implementieren und Personal kontinuierlich aufzubauen und zu halten, wird unserer Ansicht nach nur "auf Sicht" geplant. Es reicht auch finanziell kaum, die Lücken im Dienstbetrieb notdürftig zu schließen. Getreu dem Motto von einem, der aus dem Hochhaus stürzt und an jedem an sich vorbeigleitenden Stockwerk sagte: "Soweit ging es gut!" Statt sich ein Herz zu nehmen und gerade für die Sicherheitsbereiche im Hamburger öffentlichen Dienst eine Zukunftsperspektive zu schaffen und Kontinuität mit ausreichendem Personal zu gewährleisten, wird wiederholt nur in Wahlperioden gedacht

und offensichtlich ausschließlich parteipolitisch opportunistisch gehandelt. Und wieder wird im Justizvollzug versucht, die Versäumnisse der vergangenen Jahre im Personalbereich zu kaschieren und die Scherben aufzufügen, die das Personaldefizit bisher gebracht hat. Auch wenn wir als Vorstand des LVHS Gefahr laufen, uns fortwährend zu wiederholen, so kann es im Hamburger Justizvollzug nicht weitergehen. Die letzten Vorschläge, Mitarbeitende für den Justizvollzug ausschließlich im unterbezahlten Tarifbereich zu rekrutieren, ist für einen rot/grünen Senat einfach nur peinlich. Der LVHS hat dazu diverse Vorschläge unterbreitet, wie man auch im niederschweligen Einstellungsbereich Menschen eine Perspektive, eine ausreichende Absicherung und vor allem ein auskömmliches Gehalt geben kann und damit gerade den AVD zukunftsorientiert und langfristig unterstützt. Der LVHS und der dbb haben sich weiter darauf verständigt, proaktiv Vorschläge zur Personalgewinnung zu unterbreiten und gemeinsam gegen die stellenweise unerträgliche Ignoranz von Teilen der regierenden Politik vorzugehen. Der Fahrplan steht, und der LVHS wird fortlaufend berichten.

LVHS Landesleitung



Auch die Kriminellen werden alt

Rentnerstationen im Justizvollzug?

Ungefähr 2200 Gefangene, fast ausschließlich Männer, sitzen aktuell in den Gefängnissen der Hansestadt Hamburg. Eine nicht geringe Zahl von Ihnen hat mittlerweile das 60. Lebensjahr überschritten und ist teilweise im rentenfähigen Alter oder sogar pflegebedürftig. Die Zweitgenannten sind auf Hilfe angewiesen, aber auch auf barrierefreie Hafträume und Stationen. Hilfe benötigen Sie nicht nur durch medizinisches Fachpersonal, sondern auch durch alle Professionen des Hamburger Strafvollzuges. Vor dem Hintergrund des massiven Personal Mangels, der momentan den medizinischen Bereich besonders, aber auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen betrifft, sind diese zusätzlichen und herausfordernden Aufgaben kaum leistbar. Auch der Anspruch an uns selbst, straffälligen Gefangenen im fortgeschrittenen Alter eine

angemessene Haftzeit zu ermöglichen, scheitert an vorgeanntem.

Auf lange Sicht muss sich der Hamburger Justizvollzug Gedanken darüber machen, ob man, wie in anderen Bundesländern, entweder komplette „Rentnerstationen“ mit entsprechend aus- und fortgebildeten Personal schaffen muss oder ob der demographische Wandel so hart zuschlagen wird, dass ein eigenes Gefängnis für Menschen ab 60 eröffnet werden sollte. Hierüber sollten wir uns heute schon Gedanken machen, damit wir nicht wieder in eine Situation kommen, aus der wir durch einen Schnellschuss ins falsche Handeln geraten. Diese Schnellschüsse kennen wir leider bereits seit Jahren und möchten frühzeitig davor warnen.

Sascha Möbius, Landesleitung



Schriftliche Kleine Anfragen (SKA) machen es deutlich

Defizite in der medizinischen Versorgung in den JVA`en

Eine Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Richard Seelmaecker (CDU) zur Situation des medizinischen Dienstes in den Hamburger Justizvollzugsanstalten machte die Defizite der medizinischen Versorgung und die hohe Vakanz an Krankenpflegekräften sowie die hohe Fluktuation in diesem Bereich deutlich. Noch immer sind die Stellen im medizinischen Dienst nicht ausreichend besetzt. In der Jugendanstalt Hahnöversand brach die Versorgung der jugendlichen Gefangenen durch Vollzug eigenes, medizinisches Personal mehrfach zusammen. Noch immer sind die Stellen dort im Krankenpflegebereich nicht ansatzweise ausreichend besetzt und die nächste Pensionierung eines Krankenpflegers steht bevor. Hilfe aus anderen Anstalten ist kaum zu erwarten, denn in den anderen Hamburger JVA`en sieht es nach wie vor nicht besser aus. Der Personalrat hat angemahnt,

die Anordnung zur Ausgabe der Medikation an Gefangene zu befolgen und diese ggf. auf Neuerungen zu überprüfen, damit sich unsere Kolleginnen und Kollegen nicht auf dienstrechtliches Glatteis begeben. Die Ausgabe verschreibungspflichtiger Medikamente obliegt dem medizinischen Personal und darf nur in Ausnahmen durch Mitarbeiter des AVD erfolgen. Was aber ist, wenn die Ausnahme die Regel bildet? Hier muss Klarheit und Rechtssicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschaffen werden. An dieser Stelle sei auf eine weitere Anfrage der CDU durch den Abgeordneten Sandro Kappe verwiesen. In dieser ist neben der allgemeinen Personalvakanz der Hamburger Behörden auch die Statistik der gemeldeten Gewaltübergriffe auf Bedienstete beantwortet. Es wird niemanden verwundern, dass die Gewaltübergriffe im Hamburger Justizvollzug von 2022 auf 2023 von 142

gemeldeten Übergriffen auf 169 gestiegen sind. Um sechzehn Prozent hat die Gewalt in einem Jahr zugenommen. Was allerdings verwundert, dass die Behörde trotz der gestiegenen Zahlen und angesichts der Härte der geführten Auseinandersetzungen in Erwägung zieht, zunehmend Tarifbeschäftigte unterer Einkommensklassen einzustellen, ohne Absicherung einer Berufsunfähigkeitsversicherung durch den Arbeitgeber. Während Beamte aller Laufbahnen der Fürsorge des Dienstherrn unterliegen und durch eine Mindestalimentierung abgesichert sind, sollen Tarifbeschäftigte die Personallücken schließen und laufen damit Gefahr, trotz Dienst an der Allgemeinheit, durch einen Übergriff im Vollzug zum Sozialfall zu werden. Fürsorge also nur für Beamte im Justizvollzug?

LVHS Landesleitung

Der „Colonel“ geht in Pension

Es wird ein bisschen leiser in der Untersuchungshaftanstalt.

Thomas Barendt, den alle nur liebenswert den Colonel nannten, der wie kein zweiter den Dienst in der Untersuchungshaftanstalt gelebt hat, geht in Pension. Egal wie lange ein Kollege dort seinen Dienst machte und egal mit welchem Anwärter man in den letzten Jahrzehnten gesprochen hat, eines hatten alle gemeinsam, jeder kannte den Colonel. Thomas war während seiner Dienstzeit bei den Kolleginnen und Kollegen immer gerne gesehen und vor allem durch und seit seinem Einsatz im Personalrat ab 2006 das Sprachrohr der Kollegenschaft in der Untersuchungshaftanstalt. Wann immer es ein Problem gab, Thomas war vor Ort und versuchte zu helfen, zu schlichten oder auch mal auf den Tisch zu hauen. Jede Anstaltsleitung, die in dieser Zeit mit Thomas zu tun hatte, schätzte und fürchtete seine offene und direkte Art. Thomas hat nie ein Blatt vor den Mund genommen und auch, wenn Probleme als Wiedervorlage mindestens drei Jahre auf seiner Agenda standen, mit aller Inbrunst vorgetragen und sich nicht beirren lassen.



René Müller und Thomas Barendt

Der Personalrat der Justizvollzugsanstalten konnte sich in all den Jahren immer auf Thomas verlassen. Musste ein Loch gebuddelt werden, fragte er nicht warum, sondern nur

wie tief. Thomas war für uns nicht nur ein Kollege, er wurde zu unserem Freund.

Lieber Thomas, wir danken dir für Dein Engagement, deine Herzlichkeit, deine Hilfsbereitschaft und vor allem für die Zeit, die du in den Personalrat, aber vor allem in den LVHS gesteckt hast und auch noch weiterhin stecken wirst in deiner Funktion als LVHS-Seniorenvertreter.

Für die Zukunft wünschen wir dir vor allem Gesundheit, viele schöne Reisen in bekannte und unbekanntere Gegenden und viel Zeit für deinen Garten.

Die Landesleitung

Da geht noch was!

Zeigt euren Unmut – geht auf die Straße!



Unter diesem Motto hatten wir und der dbb für Mittwoch, den 13.03.2024 zum Warnstreik, Demonstration mit Aufzug und anschließender Kundgebung nach Wiesbaden aufgerufen. Diesem Aufruf sind mehrere Kolleginnen und Kollegen aus Hünfeld, Kassel I, Schwalmstadt, Limburg, VCC Süd, Frankfurt Main I, Weiterstadt, Butzbach und Gießen gefolgt und haben nach den Demonstrationen in Fulda und Darmstadt noch eine Schippe draufgelegt. Vielen Dank dafür!

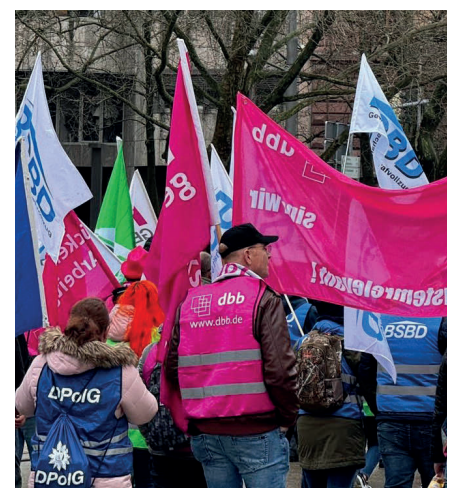
Wir konnten uns mit Westen, Fahnen und Lärm ordentlich darstellen. Das wurde auch in Wiesbaden gesehen und registriert. Denn nicht nur Beschäftigte, sondern auch Beamte/innen, sowie einige Pensionäre zeigten sich solidarisch und machten lautstark ihrem Unmut Luft.

Einen Tag vor Beginn der entscheidenden Runde der Tarifverhandlungen zur Einkommensrunde mit dem Land Hessen, kamen etwa 2.000 Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes nach Wiesbaden um für bessere Bezahlung zu streiken und zu demonstrieren. Die Forderungen sind dem Land lange bekannt. Ein Gegenangebot gab es bislang noch nicht.

Hauptforderung: 10,5 Prozent mindestens aber 500 Euro mehr.

Motiviert und gut ausgerüstet startete der Aufzug mit ordentlichem Lärm durch Trommeln, Trillerpfeifen, Martinshorn usw. vom



Bahnhofsvorplatz am Innenministerium vorbei, über die Friedrich-Ebert-Allee, Wilhelmstrasse an der Staatskanzlei vorbei in Richtung Kochbrunnenplatz in Wiesbaden.

Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern

In der anschließenden Kundgebung berichtete Volker Geyer, dbb Tarifchef und Verhandlungsführer, über den aktuellen Stand der Verhandlungen:

„Wir mussten uns in den vergangenen Gesprächen wieder und wieder die gleichen abgenutzten Argumente anhören – nämlich, dass die Kassen leer seien und man sparen müsse.“ Sparen im öffentlichen Dienst bedeutet aber entweder, die Leistungen, die die Bürgerinnen und Bürger erwarten und auf die sie vertrauen, zu drosseln oder eben die Beschäftigten schlechter zu bezahlen. Geyer machte deutlich: „Ein starker öffentlicher Dienst, der mit den aktuellen Herausforderungen mithalten soll, verdient auch eine Bezahlung, die mit den aktuellen Herausforderungen mithält. Die Arbeitgeber des Landes Hessen dürfen den öffentlichen Dienst nicht weiter kaputtsparen. Stattdessen sollten sie seine Attraktivität sowohl für bestehende Arbeitskräfte als auch für Nachwuchskräfte und andere Interessierte steigern. Und das geht eben nur mit einer besseren Bezahlung.“ Das Land Hessen hat in den vergangenen Gesprächen bereits erste Bewegungen in Richtung der Beschäftigten gemacht. „Diese kleinen Schritte reichen uns jedoch nicht“, betonte Geyer, „wir erwarten, dass uns die Arbeitgeberseite in der dritten Verhandlungsrunde ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegt.“

Nachwuchs-Arbeitskräfte dringend gesucht

Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen, machte auf die festgefahrene Personalsituation im öffentlichen Dienst des Landes Hessen aufmerksam: „Bei den Tarifverhandlungen kämpfen wir auch für diejenigen, die gerade am Anfang ihres Einsatzes für den öffentlichen Dienst stehen. Wir fordern die Erhöhung der Ausbildungsentgelte (BBiG und Pflege) sowie der Praktikantenentgelte um 260 Euro monatlich. Der öffentliche Dienst ist nur ein attraktiver Arbeitgeber, wenn auch der Berufsstart attraktiv ist.“ Das Land braucht aufgrund der gestiegenen Aufgabenlast und des demografischen Wandels dringend neue Arbeitskräfte. „Die Bezahlung in Hessen darf nicht zum Standortnachteil werden“, betonte Schmitt. „Wenn wir für neue und bestehen-



de Arbeitskräfte ein attraktiver Arbeitgeber sein und bleiben wollen, müssen wir den Beschäftigten auch eine Bezahlung anbieten können, die mit den 15 anderen Bundesländern mithalten kann. Dies gilt auch für die Übertragung eines Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen, Beamten, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Das sind unsere Forderungen an das Land Hessen, und wir hoffen, dass sich die Arbeitgeberseite dessen bewusst ist, wenn sie am 14. und 15. März 2024 in Bad Homburg mit uns zusammenkommt.“

Zum Abschluss der Veranstaltung betonte Kollege Moritz Otto in seiner Rede nochmals die Worte von Heini Schmitt und bekräftigte beispielhaft, wie wichtig es gerade jetzt ist, die Ausbildung im öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten.

Bad Homburg Verhandlungen und Tarifiergebnis

Nach zwei langen Verhandlungstagen in Bad Homburg haben der dbb und das Land Hessen die Einkommensrunde mit einem guten Abschluss für die Arbeitnehmenden im hessischen Landesdienst abgeschlossen. Außerdem gab es eine konkrete Ankündigung für die hessischen Landesbeamten zur zeitgleichen und systemgerechten Übernahme des Tarifabschlusses. Vorausgegangen war seitens des dbb eine gelungene Großdemo am 13. März 2024 in Wiesbaden, in deren Rahmen die Beschäftigten noch einmal ihre Entschlossenheit kundtaten. „Der TV-H bleibt eine harte Währung“, fasste dbb Verhandlungsführer Volker Geyer den Abschluss gegenüber den Medien prägnant zusammen. Geyer weiter: „Neben den spürbaren linearen

Erhöhungen, die für die Beschäftigten in diesen schweren Zeiten essentiell sind, bin ich vor allem sehr zufrieden damit, dass wir das Land davon überzeugen konnten, die Entgeltordnung anzupacken und zeitnah mit den entsprechenden Gesprächen zu beginnen. Das ist eine Nachricht mit Perspektive.

Ergebnis der Tarifverhandlungen mit dem Land Hessen

Die wesentlichen Eckpunkte der Einigung: Ein steuer- und sozialabgabenfreier Inflationsausgleich in Höhe von 3.000 Euro (stufenweise Auszahlung ab Mai 2024).

- ▶ Ab dem 1. Februar 2025 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und ab dem 1. August 2025 um 5,5 Prozent (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird).
- ▶ Ausbildungs- und Praktikantenentgelte werden zu den gleichen Zeitpunkten um insgesamt 150 Euro erhöht.
- ▶ Jahressonderzahlung: Bis Entgeltgruppe 8 erhöht auf 90 Prozent, ab Entgeltgruppe 9a erhöht auf 60 Prozent
- ▶ Vertragslaufzeit: 24 Monate.

Das Landesticket wird bis Ende 2026 fortgeführt.



Für uns waren in Bad Homburg vor Ort: Wilma Volkenand, Siggie Urbanek und Stefan Weber

Fotos (10): BSBD – Hessen

Tarifvertrag TV-H

Hessen verhandelte

Das gestern ist Geschichte – das Heute füllen wir mit Tatkraft – um das Morgen mit wichtigen und notwendigen Veränderungen füllen zu können.

Wir blicken zurück und sagen allen Teilnehmenden einen herzlichen Dank

Urlaubsverordnung für die Beamtinnen und Beamten im Lande Hessen

(Hessische Urlaubsverordnung - HUrIVO)

Bad News – mit dem Eindruck können wir das erste Halbjahr ruhig weitergestalten. Es wird unruhig in unseren Anstalten. Gerade die, die 24/7 für Ruhe und Ordnung in den Anstalten sorgen sollen scheinen einen „Schlag“ nachdem anderen zu kassieren.

Wir wurden von dem Inhalt der hessischen Urlaubsverordnung regelrecht überfahren. Einige von uns sind an die 30 Jahre im Dienst. Im Schichtdienst!!!

Bisher wurde der Zusatzurlaub für Nachtdienst nach dem § 14 (2) berechnet. Seit Jahresanfang finden wir uns im Justizvollzug

(AVD und Krankenpflegedienst) und dem Polizeidienst gemeinsam unter (9) wieder.

Von der Urlaubsverordnung wurden wir überrascht. Erreicht hat uns diese durch verärgerte Kollegen und Kolleginnen aus dem Justizvollzug.

Es ist uns auch kein Trost, dass wir im Justizvollzug über bzw. an die 30 Jahre in der falschen Gruppe geführt wurden. Nein, wir sind nicht dankbar dafür, dass die gesetzliche Möglichkeit, drei Jahre von allen Betroffenen, die gewährten Tage zurückzu fordern, nicht umgesetzt wird. Wie großzügig doch unser Dienstherr mit uns umgeht. Wir sind enttäuscht – unsere Kolleginnen und

Kollegen in den Anstalten sind enttäuscht!!! Sehr sogar. Wir haben das Gefühl, als ob uns ständig in die Tasche gegriffen wird.

Wir haben das Gefühl, wenn uns zum Nachteil etwas entdeckt wird, lässt die Umsetzung nicht lange auf sich warten. ■

Tarif ist nicht gleich Besoldung

In der letzten Woche des Aprils wurden alle Landesvorstandsmitglieder regelrecht mit einer Flut von Mail aufgeschreckt.

Am 22. April erreichte ein Erlass zur Einkommensrunde die Anstalten. Faszt unmittelbar danach brach eine Welle der Nachfragen – nein wir können sagen – ein regelrechter Shitstorm über uns herein. Bis hin zu einigen Erklärungen des Austritts. Man fühle sich nicht vertreten. Was ist mit uns Beamten? Warum kriegen wir das nicht?

Das gerade die unteren Besoldungsgruppen mit den prozentualen Erhöhungen nicht auf die Mindestbeträge von 200,- € kommen würden war oder wurde nun allen klar. Die Besoldung kennt keine Sockelbeträge. Wir sollten Rede und Antwort stehen. Am besten sofort und in Form von gültigen Erlassen. In der Tat haben wir leider Mitglieder verloren. Jeder EINZELNE von EUCH stärkt uns im Miteinander. Stärkt uns als Gewerkschaft. Gibt uns eine starke und bedeutungsvolle Rolle.

Nur Gemeinschaft macht stark. Der Einzelkämpfer wird nichts erreichen. Natürlich haben wir Verständnis über den mehrheitlichen Ärger. Wir kämpfen weiter!!!

Besonders gestört wurde sich an den Mitteilungen unserer Dachorganisation des dbb. In den dbb Hessen Nachrichten war zu lesen Zitat „wir gehen davon aus, dass ein solcher Gesetzentwurf ohne Probleme vom Parlament beschlossen werden wird.“ Dieser Schlüsselsatz löste ein wahres Beben aus. Zahlreich wurde die Formulierung mehr als erheblich kritisiert. Man fühlte sich verschaukelt. Als Kirsche auf der Torte thronte die Erkenntnis, dass Besoldung keine Sockelbeträge kennt. Die prozentuale Erhöhung in den unteren Besoldungsstufen würde bis zur A 9 nicht die 200,- € ausmachen.

Die Geduld vieler (aller) ist bereits seit einigen Jahren arg angespannt. Unser Dienstherr scheint es mit eindeutigen Gerichtsurteilen nicht besonders ernst zu nehmen. Die Besoldung ist in Hessen (nicht nur in Hessen) seit Jahren verfassungswidrig. Leichte Reparatur Schritte wurden gegangen. Der Mindestabstand zur Grundsicherung war bis zur Besoldungsgruppe A 9 bzw. A 10 nicht eingehalten. Über einige Jahre hat das bereits Bestand. Unsere Landesregierung (auch die Vorgänger der jetzigen – wollen sie doch Hessen weiterführen) hat den Vertrauensverlust zu verantworten. Wir haben die Welle der Unzufriedenheit nun auszuhalten. Jeder Austritt schmerzt und ungemain. Zumal er unsere Durchsetzungskraft minimiert.

Mit unserem Dachverband dem dbb sind wir sehr gut aufgestellt. Der Beamtenbund ist im Tarif als auch in allen Belangen des Beamtentums sehr sach- und fachkundig. Auch wenn Besoldung keine Sockelbeträge kennt gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um Ausgleiche bzw. Besoldungserhöhungen, die mit den im Tarifierreichten Ergebnissen mithalten können. Mitte Mai wird ein Gesetzentwurf unserer Landesregierung erwartet. Wir werden auf jeden Fall bei unseren Gesprächen mit der Politik und überhaupt mit allen Gesprächspartnern um gute Ergebnisse ringen. Ganz speziell für den Justizvollzug haben wir klare Vorstellungen. Denn eins ist sicher: Unsere Bedingungen in den Haftanstalten und auch in allen Bereichen des Justizvollzugs haben sich über die Jahre zum negativen gewandelt. Wir alle stehen mit dem Rücken zur Wand. Die Ausfälle auf Grund erheblicher Belastungen sind hoch und steigen merklich. Das Glas ist nicht nur voll – es läuft über!!! ■



Foto: jonasginter / stock.adobe.com

Was ist los bei der Beihilfe?

Zahlreich erreichen uns Beschwerden über die überlangen Wartezeiten bis die Beihilfe die Zahlungen ausgleicht.

Bei den derzeitigen Verhältnissen kann es auf keinen Fall bleiben. Wir stehen mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Kontakt. Berichtet wird von mehreren Wochen Bearbeitungszeiten. Dabei wird mehr und mehr von Monaten statt von Wochen berichtet. Wir kennen Fälle, die eine Bearbeitungszeit von 3 Monaten aushalten mussten. Während der Wartezeit werden Mahngebühren fällig.

Wir sind nicht überrascht, dass Kliniken innerhalb einer kürzeren Frist ihre Gelder für die Behandlungen einfordern. Das zahlreiche Klinken selbst am Tropf hängen ist hinlänglich bekannt. Zeitungsberichten zufolge trennt sich das Regierungspräsidium von über 20 befristet eingestellten Mitarbeitern. ERNSTHAFT!!!!

Wir fragen ganz deutlich, was das soll? Beamte sollen sich durch eine vorbildliche Lebensführung im dienstlichen und privaten von der Bevölkerung deutlich unterscheiden. Das Beamtentum legt uns allen ein „Wohlverhalten“ auf. Macht uns jedoch zu Schuldnern, ohne, dass wir etwas dazu können.

Ganz besonders chronisch erkrankte Menschen, die regelmäßige Verordnungen und Arztbesuche und sogar kostspielige Klinikaufenthalten auf Grund ihrer Erkrankung auszuhalten haben, müssen mit dem Wissen, das regelmäßig hohe Rechnungen offen sind, ihren Arzt aufsuchen.

Es hilft uns allen – ganz besonders den Betroffenen – nicht, dass Rechnungen über 5.000 € bei der Bearbeitung vorgezogen werden.

Bei allem Respekt – das spricht auf keinen Fall für unseren Dienstherrn!!! Wir fordern unverzüglich eine Aufklärung und unbedingt eine Optimierung.

Nicht wenige lassen sich bereits aus dem Dienstverhältnis entlassen – gehen zurück in die freie Wirtschaft.

Zu allem Überfluss ist die Beihilfestelle kaum bis nicht zu erreichen. Noch nicht einmal eine Kommunikation kann erfolgen.

Wir fühlen uns im Stich gelassen!!! ■

TV-H – Tarifvertrag „hinten-rum-alles-weg“

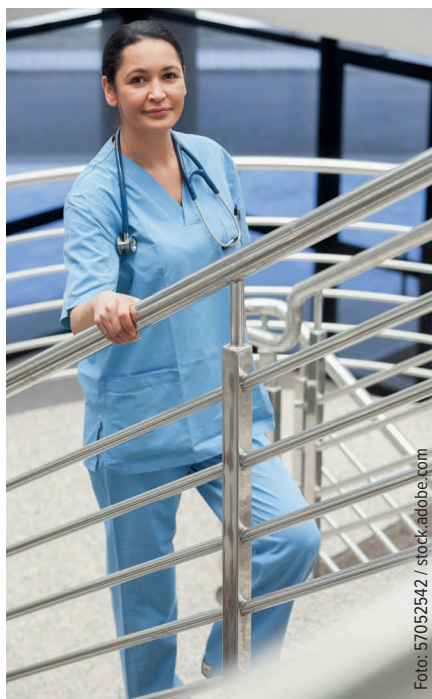
Der typische Ablauf eines Vorstellungsgesprächs von Pflegekräften im Justizvollzug: Geschäftsleitung: „In welcher Entgeltgruppe sind sie denn eingruppiert?“, Bewerber: „Ich bekomme die P8.“; Geschäftsleitung: „Oh das tut uns leid, im Vollzug können wir ihnen nur die KR7 geben. Allerdings gibt es noch einige Zulagen die das mit Wahrscheinlichkeit ausgleichen werden.“; Bewerber: „Na das hört sich doch gut an. Ich hoffe, dass ich dann ähnlich gut verdienen werde.“

Dem ist leider nicht so, der frisch Eingestellte wird sich bei Erhalt seiner ersten Bezügeabrechnung sehr enttäuscht zeigen. Versprochen werden Vollzugszulage, Psychiatriezulage, Wechselschichtzulage und natürlich Zuschläge – beispielsweise für Nachtarbeit.

Allerdings gibt es Klauseln im TV-H, die Kürzungen bei gleichzeitigem Anspruch bewirken. Die Vollzugszulage in Höhe von 131,20 € führt dazu, dass bei der großen Wechselschichtzulage in Höhe von 105,00 € sofort 25,56 € gekürzt werden. Eine gewährte Psychiatriezulage in Höhe von 90,00 € wird sofort vollständig weggekürzt, nur die Einbeziehung in die Zusatzversorgung der VBL erfolgt. Der Bewerber, der zuvor den Tarifvertrag grob studiert hat, rechnet also mit 326,20 € Zulagen, erhält real aber nur 210,64 €. Ebenso nachteilig wirkt sich aus, dass beispielweise Nachtarbeit nur mit dem uralten Satz von 1,28 € pro Stunde (früher 2,50 DM) honoriert wird, während im üblichen TVöD der kommunalen Krankenhäuser 20% des Stundenlohns vorgesehen sind. In der P7 sind das dann beispielsweise 4,21 € pro Stunde, als das 3 ¼ fache.

Auch die jüngste Entgelterhöhung im TV-H, die erst zum Februar 2025 erste Wirkung entfaltet, wird daran nichts ändern. Eine Überarbeitung der Eingruppierungsmerkmale sowie der Kürzungsvorgaben ist dringend erforderlich. Die Pflegekräfte im Justizvollzug werden schlechter eingruppiert als bei einer Tätigkeit in einem öffentlichen Krankenhaus. Das liegt daran, dass es dort viele anspruchsvolle Bereiche gibt, in denen Fachweiterbildungen gewünscht sind. Pflegekräfte ohne entsprechende Fachweiterbildung werden in diesen Bereichen in einer höheren Entgeltgruppe

eingruppiert und erhalten die P8 statt der P7. Im hessischen Justizvollzug werden jedoch sämtliche Pflegekräfte analog der P7 eingruppiert – in die Hessische KR7. Diese Schlechterstellung wird auch durch die im Tarifvertrag Hessen ausgewiesenen Zulagen nicht kompensiert.



Wir stehen in erheblicher Konkurrenz zu den kommunalen Krankenhäusern, die im Regelfall nach TVöD vergüten. Der Nettolohnnachteil einer Beschäftigung im Hessischen Vollzug muss ehrlich angesprochen

werden. Der daraus resultierende Gehaltsnachteil beträgt bei Teilzeitbeschäftigten bis zu 300 €, bei Vollzeitbeschäftigten bis zu 500 €. Die nach dem Wechsel in den Vollzug erlittene Nettolohnreduktion führt zu Existenzsorgen, aber auch zu Verlustängsten seitens der direkten Vorgesetzten – wenn das gerade neu akquirierte Personal mitunter darüber nachdenkt, rechtzeitig doch wieder einen anderen Weg einschlagen zu wollen. Die Existenzsorgen dürfen wir als Vorgesetzte auch nicht einfach wegwischen, neu eingestellte Bedienstete sind auch immer angreifbar für gewisse Gefangene – die vorgetragene Argumente sind aus dem Alltag vieler Menschen bekannt: „Wir haben ein Haus abzubezahlen“, „Wir haben Kinder und bezahlen Schulgeld“, „Wir möchten trotz Landesticket auch weiter 2 Kraftfahrzeuge fahren“, „Die Wochenend-Einkäufe sind teurer geworden“. Der eintretende Nettolohnverlust macht „super ängstlich“. Die kommende Inflationsausgleichsprämie ist nur ein kleines Salär und wirkt sich beispielsweise nicht auf die Beitragszahlung zur gesetzlichen Rentenversicherung aus. Unsere neu akquirierten Pflegekräfte denken aber auch an ihre Zukunft und an ihre spätere Rente! Mit der aktuellen Eingruppierung und deren Vergütung schaffen sie sich einen weiteren Stolperstein, der die Abkehr vom Justizvollzug fördert. Nachwuchswerbung ist mit den vorhandenen Fakten praktisch aussichtslos! ■

Stand: 01.06.2024	KR7 im TV-H	P7 im TVöD	P8 im TVöD
Grundgehalt in letzter Stufe	3796,22 €	4066,15 €	4239,52 €
Pflegezulage	124,85 €	133,80 €	133,80 €
Vollzugszulage	131,20 €	---	---
Psychiatriezulage	90,00 €	46,02 €	entfällt
Wechselschichtzulage	105,00 €	155,00 €	155,00 €
Kürzungen	- 115,25 €	Keine	keine
Nachtarbeit je Stunde	1,28 €	4,21 €	4,40 €
Beispiel: 40 Stunden Nachtarbeit	51,20 €	168,40 €	176,00 €
Rechnerisches Gesamtbrutto	4183,22 €	4569,37 €	4704,32 €

Forderungskatalog der Fachgruppenvertreter der Pädagogen und Psychologen im Justizvollzugsdienst

Die mehr als angespannte Personalsituation sowie die Arbeitsbedingungen im hessischen Vollzug bemängelt der BSBD bereits seit Jahren. Gleichzeitig hat die Regierung bislang kaum etwas unternommen, um diesen Bedingungen angemessen zu begegnen.

Einsparungen sind in allen Bereichen immer noch der Leitsatz, der den hessischen Vollzug immer handlungsunfähiger macht. Während Unternehmen in der freien Wirtschaft mit immer innovativeren Ideen und einer Vielzahl an Möglichkeiten versuchen attraktive und engagierte Mitarbeiter zu gewinnen, hält die hessische Justiz seit Jahrzehnten an überholten Strukturen und Vorgehensweisen fest. Die veralteten Arbeitsstrukturen sind dabei einerseits ein wesentlicher Grund für die hohe Unzufriedenheit unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und andererseits ein Grund, warum der Öffentliche Dienst in Hessen allgemein, aber die Hessische Justiz im Speziellen, als unattraktiver Arbeitgeber gilt. Auf Grund dieser erheblichen Unzufriedenheit über diese überalterten Strukturen und Arbeitsweisen sowie die mangelnden Innovationen oder wenigstens Initiativen den Vollzug moderner zu gestalten, haben die Fachgruppensprecher der Psychologen und Pädagogen, Frau Cora Kuhn und Herr Roman Nickel, den nachfolgenden Forderungskatalog für die Fachdienste im Hessischen Justizvollzug erstellt:

Allgemeine Forderungen

1. Bürokratie abbauen

Die bürokratischen Prozesse in den Vollzugsanstalten sind der Art überladen und vollgestopft, dass ein signifikanter Teil der Arbeitszeit der Mitarbeiter durch umständliche und zeitraubende Abläufe verloren geht. Deshalb arbeitet der Vollzug so wahn-sinnig ineffizient, verboten unwirtschaftlich und ist erschreckend langsam. Diese schwerfälligen Arbeitsprozesse führen auf Mitarbeiterseite zu Recht zu Frustration und Resignation, wodurch die Arbeitsabläufe noch langsamer werden. Es ist dringend nötig, eine gründliche Arbeitsprozessanalyse durchführen zu lassen, um Arbeitsprozesse zu verschlanken und zu optimieren. Die Produktivität ließe sich hier also trotz einer gleichzeitig geforderten allgemeinen

Reduzierung der Wochenarbeitszeit (Allgemeine Forderungen an den dbb, Punkt 1) erheblich verbessern, was natürlich auch zu einer nicht zu unterschätzenden Kosteneinsparung führen dürfte. Nur so lässt sich effizient und wirtschaftlich arbeiten.



Folglich wird gefordert, eine Arbeitsprozessanalyse durchzuführen mit der Absicht, bürokratische Abläufe zu verschlanken, zu beschleunigen und zu vereinfachen, um die Produktivität zu steigern und die Frustration der Mitarbeiter zu mildern.

2. Mitarbeitergewinnung und Mitarbeiterpflege

Es ist kein Geheimnis, dass das Land Hessen kein guter oder attraktiver Arbeitgeber ist. Der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schon lange bemängelte Geiz gilt spätestens seit Feststellung der verfassungswidrigen Beamtenbesoldung durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof als empirisch belegt. Dieser Umstand hat zu einem dramatischen Imageschaden geführt, der nach wie vor Wirkung zeigt, wie unsere Bewerberzahlen ja überdeutlich illustrieren. Das Land Hessen hat sich davon aber nicht beunruhigen lassen und setzt sein enttäuschendes Personalmanagement ungerührt fort, während viele andere Arbeitgeber, auch im öffentlichen Sektor, verstanden haben, dass sie als Unternehmen oder Behörde den aktuellen Fachkräftemangel nicht überstehen können, ohne die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass sie karrierebewusste und leistungsfähige Mitarbeiter anziehen. Auf diesem Weg ließe

sich eine Bestenlese bei der Bewerberauswahl auch in Zeiten eines ungünstigen Arbeitsmarktes aufrechterhalten. Schließlich galt schon immer: Attraktive Arbeitgeber ziehen interessierte Mitarbeiter an, unattraktive Arbeitgeber teilen sich die Reste. Dass die Justiz ein uninteressanter Arbeitgeber ist, zeigt sich aber natürlich nicht nur an den sehr geringen Bewerberzahlen, sondern auch an dem Umstand, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Vollzug verlassen, die schon einige Jahre im Dienst sind. Teilweise besteht hier sogar die Bereitschaft, die eigene Verbeamtung aufzugeben, nur um dem Dienstherrn zu entkommen. Ein schlechteres Zeugnis kann man einem Arbeitgeber gar nicht ausstellen.



Folglich wird gefordert, die verkrusteten und veralteten Arbeitsbedingungen zu überarbeiten und das blumige Versprechen vom familienfreundlichen und attraktiven Arbeitsplatz endlich umzusetzen. Dies bedeutet konkret: Flexiblere Arbeitszeiten, unkomplizierte und undogmatische Homeofficeregelungen, echte Leistungsanreize, keine ständigen Versetzungen mehr im gehobenen und höheren Dienst, eine stabile und verlässliche Personalplanung, Beförderungen müssen sich zukünftig an der Arbeitsleistung orientieren, BGM und andere mitarbeiterorientierte Angebote dürfen keine Papiertiger mehr sein, müssen aufgewertet und mit echten Kompetenzen ausgestattet werden. Die Fachgruppensprecher stehen hierzu mit noch vielen weiteren Ideen gerne beratend zur Seite. ■

Jede Berufsgruppe hat IHRE spezifischen Forderungen – unser Ziel als Fachgewerkschaft ist jeder Berufsgruppe eine – IHRE – Stimme zu geben.

Unsere Fachgruppen bringen sich ein!!!

Wir starten die Serie – „aus den Fachgruppen“
Herzlichst laden wir DICH/SIE zur Diskussion ein.

Gerne tauschen wir uns mit Euch/Ihnen aus.
Kontakt unter redaktion@bsbd-hessen.de

#von der Basis – für die Basis

Seit Dezember 2023 sind wir im Amt. Regelmäßig werden wir euch von unseren Aktivitäten berichten.

Rund um die Tarifverhandlungen hatten wir alle Hände voll zu tun. Zahlreiche Veranstaltungen bis hin zu den Verhandlungen füllten unsere Terminkalender. Wir haben berichtet.

Die Tarifverhandlungen liegen hinter uns. Nun dreht sich unserer Tagesgeschäft um die Besoldung. Wie werden sich die Ergebnisse aus dem Tarifvertrag auf die Besoldung auswirken? Wir alle sind mit euch gespannt, was die Gesetzgebung plant. Eins ist sicher wir werden uns mit allen Mitteln die wir als Gewerkschaft zur Verfügung haben mitbringen. Ganz sicher!!! Wir werden umfassend berichten.

Mitte März haben wir uns in der Geschäftsstelle des dbb Hessen in Frankfurt getroffen. Zahlreiche Aktivitäten mussten dringend geplant werden. Die Ergebnisse der Tarifverhandlungen und unsere Erwartungen, die wir für die Beamten- und Versorgungsempfänger berechtigter Weise haben. Ein Forderungskatalog für unsere Gespräche mit den politischen Verantwortlichen und die Wahlen für die Hauptpersonalräte; Personalräte und die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretungen auf unserer Agenda. Die Wahlen stehen kurz bevor. Wenn die Ausgabe vor euch liegt – kennt ihr bereits das Ergebnis.

Beim Schreiben dieser Zeilen ist noch alles offen. Die Mitglieder des Landesvorstandes haben sich geschlossen zur Wahl des Hauptpersonalrates gestellt. Wir bringen gute Erfahrungen aus unseren Tätigkeiten in den Anstalten mit. Im Landesvorstand haben sich gleich sechs Menschen, die die Arbeit der Personalräte in den jeweiligen Anstalten gut und umfassend ausgeübt haben, gefunden. Einige haben sich in ihren Stammanstalten abermals zur Wahl gestellt. Heute sind wir noch gespannt – und morgen werden wir in der 4. Ausgabe „der Vollzugsdienst“ berichten.



*#von der Basis für die Basis
Frühlingsempfang SPD Wiesbaden*

Mitte April sind wir mit einer Abordnung unseres Landesvorstandes der Einladung der SPD zum Frühlingfest nach Wiesbaden gefolgt. Kontakte zur der im Landtag vertretenen Parteien wollten und müssen unbedingt gepflegt werden. Auf unserer



#von der Basis für die Basis JVA_Schwalmstadt

gewerkschaftspolitischen Agenda steht auf jeden Fall – WIR TRAGEN DEN JUSTIZVOLLZUG UNGESCHMINKT VOR UNSERE MAUERN – nicht jedem scheint das so zu passen. # von der Basis – für die Basis ist unser voller Ernst!!! Lippenbekenntnisse reichen uns nicht. Endlich müssen echte Taten folgen.

Unsere Aprilsitzung führte uns in die JVA Schwalmstadt. Unsere Sitzungstermine haben wir für das komplette Jahr mit viel zeitlichem Vorlauf geplant. Zeit und Ort stehen langfristig fest. Das eine ist die Planung und das andere sind die Lebenswirklichkeiten. Kurzfristig mussten wir den Sitzungsort verlegen. Unsere Sitzungen haben stets engen Bezug zu den Behörden/Anstalten. Wir bedanken uns sehr herzlich bei dem Leiter der JVA Schwalmstadt, Herrn Dr. Fleck, für die kurzfristige „Aufnahme“. In unserer Mittagspause wurden wir von den Kochkünsten der Anstaltsküche mehr als überrascht. Wir durften uns von den Fertigkeiten der Kochausbildung überzeugen. Wir sind nachhaltig beeindruckt.

Natürlich gilt dem Team des Ortsverbandes Schwalmstadt ebenso unser Dank. Die kurzfristige Organisation habt ihr meisterhaft erledigt. Für euere Ausführungen über EUREN Vollzug in Schwalmstadt danken wir sehr. Wir wollen wissen wo der Schuh drückt. Nicht überrascht sind wir davon, dass die Beamten und Beamtinnen endlich eine Besoldung, die gesetzeskonform ist haben wollen. Eine Beihilfe, die entstandene Aufwendung zügig begleicht ohne die Beamtenschaft zu Schuldnern zu machen. WERTSCHÄTZUNG sieht anders aus!!! Da können wir uns nur anschließen. ■



BSBD Landesvorstandssitzung Geschäftsstelle dbb Hessen

Fotos (3): BSBD - Hessen

ZDF – Die Reportage

Darüber müssen wir berichten!!!

Gewerkschaftliche Arbeit ist durchaus sehr fordernd. Wir erzählen Euch unsere Story!!! Vor gar nicht allzu langer Zeit erhielt ich ein Anruf des ZDF. Für die Reihe „ZDF – die Reportage“ sollte eine Sendung über Übergriffe/Angriffe, die im Stationsalltag vorkommen gedreht werden.

Zahlreiche Berichte über Gewaltübergriffe bei Polizei; Rettungsdiensten und Feuerwehren sind uns allen nur zu gut bekannt. Spürbar hat sich was in unserem Land verändert. Der Hass auf die Politik wird häufig an denen, die dem Land dienen ausgelassen.

Der ehemalige hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, warb für die Anerkennungsschleife. Er warb für das Tragen. Die Schleife sollte Symbol für Anerkennung, Verbundenheit und die Wertschätzung sein. Die Farben Blau, Rot und Weiß stehen dabei für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst. Der Aufruf jeder sollte mit dem Tragen ein Zeichen setzen.

Alle im Justizvollzug Tätigen nahmen den Akt der Anerkennung durchaus sehr positiv auf. Waren die zahlreichen Angriffe sehr deutlich am Steigen. Die Medien berichten über die Behinderungen, Anfeindungen und körperliche Gewalt, die Uniformträger und alle anderen Beschäftigten im Dienst des Landes auszuhalten hatten und haben.



Foto: BSBD – Hessen

Der dbb Hessen veranstaltete 2018 ein Symposium in Frankfurt. Über 150 Mitarbeitende, aus allen Bereichen des Landes Hessens, kamen zusammen. Diskutiert wurde mit Behördenleitungen und der damaligen Justizministerin Eva Kühne-Hörmann. Übergriffe aus dem Justizvollzug wurden nicht erwähnt. Alles was hinter den Mauern stattfand – blieb und bleibt bis heute dort.

Schon damals fanden wir das der Justizvollzug in die Öffentlichkeit gehört. Im Vollzug hat sich sehr viel verändert. Wir sind der Spiegel der Gesellschaft. Die Gewaltbereit-

schaft zahlreicher Gefangener ist enorm hoch. Die Zahlen psychisch auffälliger Gefangener steigen merklich. Dabei ist der Justizvollzug ein regelrechtes Auffangbecken für Menschen, die im zivilen Leben gescheitert sind. In unseren Anstalten tummeln sich schwer leit- und führungsfähige Menschen. Nicht selten beherbergen wir Menschen, die u. E. in einer Psychiatrie besser aufgehoben wären. Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen die Kollegen und Kolleginnen auf den Stationen kaum. Übergriffe/Angriffe gibt es. Einige davon sogar mehr als heftig. Genau über diese mehr als heftigen Angriffe wollte das „ZDF die Reportage“ berichten. Wandte sich an uns als Fachgewerkschaft. Übrigens ist die Aktion nicht auf Hessen beschränkt. Wir starteten eine Abfrage bei unseren Ortsverbänden und Fachgruppenvertretenden. Gab es in einer Anstalt jemand, der vollkommen anonym bereit wäre über das erlittene zu berichten?

Unsere Abfrage wurde einer Anstaltsleitung bekannt. Die Meldekette bis zum Ministerium wurde aktiviert. Die Order des Schweigens wurde erlassen. Das ZDF hatte lediglich die Absicht uns „den Justizvollzug“ sichtbar zu machen. Die rücksichtslose Gewalt, die in unsere Gefängnisse Einzug gehalten hat, darf nicht im Verborgenen bleiben. Wir wollen gesehen werden!!! Wir fordern Sicherheitsstation!!! Wir fordern unsere Sicherheit!!! Wir fordern gute Ausrüstung!!! Wir fordern eine gute personelle Ausstattung!!! Wir fordern bei Personalausfällen – einen darauf angepassten



v. l. ehemalige Justizministerin Eva Kühne-Hörmann; mit Prof. Dr. Roman Poseck nachfolgende Justizminister 2018 war er Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zugleich Präsident des Staatsgerichtshofes, des Verfassungsgerichts des Landes Hessen – aktuell Innenminister und Heini Schmitt dbb-Landesvorsitzender

Justizvollzugsalltag!!! Ist eine Station nicht besetzt – gehört sie unter Verschluss. Zahlreiche Übergriffe sprechen Bände. Heftige Übergriffe. Dabei stehen die Betroffenen oft allein da. Haben erhebliche Verletzungen erfahren und zum Dank müssen die Betroffenen auch noch darum kämpfen, dass sie nicht auf ihren Behandlungskosten sitzen bleiben. Unsere dienstjungen Kollegen und Kolleginnen, die noch keine Lebenszeit haben, fürchten bei massiven Verletzungen sogar um die Verbeamtung. Wir fordern eine, für die Angestellten und Beamten auf Widerruf und Probe, kostenfreie Absicherung!!!

Nicht nur in den Anstalten wurde auf die Betroffenen eingewirkt. Das Ministerium bat selbst mich zum Gespräch. Wollte an mich appellieren. Darauf aufmerksam machen, dass im Falle von Aussagen die Betroffenen ersthafte Schwierigkeiten bekommen würden. Eine Aussagenehmigung müsse beantragt werden.

Wir würden, wenn die Übergriffe der Bevölkerung bekannt würden, möglicherweise der Personalgewinnung erheblich im Wege stehen. Ernsthaft!!! Das einzig was der Bewerbergewinnung im Wege steht ist der Umgang mit dem Personal. Von der Besoldung bis hin zu verlässlichen Schichtplanungen. Wertschätzendem Umgang mit dem anvertrauten Personal und Anerkennung der Leistung. Einige, die den Weg in den Justizvollzug gefunden haben, kehren diesem wieder den Rücken. Allein in dieser Ausgabe berichten wir über einige Baustellen, die zur großen Unzufriedenheit im allgemeinen führt. Wir rufen allen in der Verantwortung stehender zu – ändern sie ihren Kurs. Setzen Sie gesprochenes Recht um. Besolden Sie ihr Personal – so wie es das Abstandsgebot Ihnen aufgibt. Recht wurde gesprochen!!!

Eine Frage der verantwortlichen im Ministerium möchte ich hier beantworten. Warum hat sich das „ZDF die Reportage“ nicht an sie gewandt? In jeder Justizvollzugsanstalt wird das Haus vor einem angekündigten Besuch auf Hochglanz poliert. Gezeigt werden die Sonnenseiten. Ein regelrechte Vorzeigeprogramm wird erstellt. Das „Protokoll“ steht. Der Hof kann gehalten werden. Das Drehbuch schreibt einen reibungslosen Justizvollzug vor. Schöner Schein. Alles was nicht passt – passt unter den Teppich.

Weil wir den Justizvollzug und auch „ihre Werkzeuge“ kennen haben wir die hessischen Beiträge auf Eis gelegt. Aufgeschoben

ben ist nicht aufgehoben. Wir bedanken uns bei allen für die grundsätzliche Bereitschaft. Einen Angriff zu erleben. Mit allen begleiteten Folgen alleine dazustehen reicht vollkommen. Das soll niemand das Ende der Karriere bevor sie angefangen hat aushalten müssen. Aber wundern sie sich in den verantwortlichen Führungsetagen nicht warum sich ihr Personal nicht verstanden und gesehen fühlt. Vielen Dank dafür!!! Wir bleiben kampfbereit # von der Basis für die Basis!!!

Wir verstehen grundsätzlich die Bedenken der Anstaltsleitungen und auch des Ministeriums. Allerdings sind wir denn noch erstaunt aber nicht überrascht, dass die Leitungsebenen in einigen Anstalten enormen Druck auf die Bediensteten auszuüben scheinen. Ein Kleinklima der Angst scheint ziemlich flächendeckend zu herrschen. Nicht verschweigen wollen wir, dass es auch andere Leitungen zu geben scheint. Die, die Mut machen – Niemanden überzeugen wollen lieber zu schweigen. So darf man sich nicht wundern, dass sich im Besonderen die, die im direkten Kontakt mit den Gefangenen stehen, nicht gesehen fühlen. Die Reportage gibt den betroffenen Kollegen und Kolleginnen große Aufmerksamkeit. Erlebtes zu berichten. Zu berichten was ein erlebter Angriff bedeutet. Gemeinsam auf Veränderungen hinwirken. Die Chance ihr Personal zu stärken und zu begleiten. All das wäre ein Zeichen der Anerkennung. WERTSCHÄTZUNG sieht anders aus!!!

Werdet Mitglied in unserer Fachgewerkschaft – ein einzelnes Hölzchen ist leichter zu brechen!!!

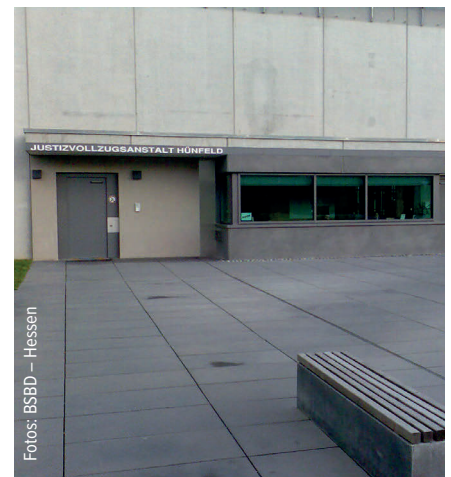
Wilma Volkenand – Landesvorsitzende

BSBD-Ortsverband Hünfeld

Einen ganz besonders eindrucksvollen Beitrag zu den Tarifverhandlungen in Hessen hat der Ortsverband Hünfeld geleistet. Mit seinem Team hat der Ortsverbandsvorsitzende Luca Borello mit einer aktiven Mittagspause auf die hessischen Tarifverhandlungen aufmerksam gemacht.

Zeitgleich fand in Dietzenbach die 2. Verhandlungsrunde statt. In Hünfeld kamen in der Zeit von 13:00 – 15:30 Uhr rund 60 Kollegen und Kolleginnen zusammen.

Am Stand vor der JVA konnte sich die Fröhschicht; die Spätschicht und einige in ihrer Mittagspause mit einer leckeren Grillwurst und einem Softgetränk stärken.



Fotos: BSBD – Hessen

Aus der Gemeinschaft des dbb kamen Hanna Sauer von der VDSTRA und Richard Thonius von der Komba zum Stand vor der JVA. Ganz besonders willkommen war die kleine Stärkung der Fahrzeugbesatzung eines Vor- und Rückführungsdienst der Polizei. Gestärkt mit einem kleinen Imbiss und einer Tasse Kaffee konnte die letzte Etappe Richtung Feierabend gut bewältigt werden. Rundherum war es eine sehr gelungene Aktion!!! Sogar mit hessenweitem Alleinstellungsmerkmal!!!

Wir bedanken uns bei der Ortsverband Hünfeld und bei dem Anstaltsleiter der JVA Hünfeld, Herrn Streiberger, für die Genehmigung und den Besuch am Stand vor der Anstalt.

Der BSBD Landesverband Hessen bedankt sich bei allen, die an der Aktion mitgewirkt haben. Ihr seid echt einmalig!!!

Die JVA Butzbach gewinnt Hessische Hallenfußballmeisterschaft für Justizvollzugsbedienstete



So sehen Sieger aus!!!!

In der TopSoccer-Halle in Alten-Buseck fand am 17.02.2024 die Hessische Hallenfußballmeisterschaft statt.

Unter den sieben Teilnehmenden Anstalten traten die JVA Gießen, JVA Fulda, JVA Limburg, JVA Weiterstadt, JVA Wiesbaden, JVA Frankfurt am Main IV und JVA Butzbach gegeneinander an. Besonders erfreulich war, dass sowohl eine Mannschaft aus der JVA Limburg – die in der Vergangenheit häufig ein Team mit der JVA Gießen zusammen bildeten – als auch der JVA Fulda antreten konnten.

Auf den zwei Kunstrasenplätzen spielten alle JVAs gegeneinander unter der Turnierleitung des Kollegen Kevin Whitcher im Modus „Jeder gegen Jeden“.

Trotz zweier Niederlagen in der Gruppenphase erreichte die JVA Butzbach das Halbfinale. Beim spannenden Elfmeterschießen gewannen sie gegen die JVA Frankfurt am Main IV. Im Finale besiegten sie dann die JVA Weiterstadt und gewannen die Hallenfußballmeisterschaft.

Zu Gast waren u.a. Herr Uwe Röhrig mit seiner Frau Carmen Röhrig, Frau Anja Müller, Frau Jutta Staudt-Treber, Frau Mareike Knappik und der ehemalige Vorsitzende des BSG Butzbach Herr Hartmut Mattis. Ein großer Dank ging anschließend auch an die ehrenamtlichen Helfer und Schiedsrichter, darunter der Kollege Marco Märke.

Susanne Leib



Fotos (2): BSGD – Hessen

Abschlusstabelle								Sp.	g	u	v	Tore	Diff.	Pkt.	
1.	Weiterstadt		6:4	2:0	8:5	2:5	5:0	9:1	6	5	0	1	32 : 15	17	15
2.	Frankfurt/M. IV	4:6		3:1	2:2	4:3	7:2	6:1	6	4	1	1	26 : 15	11	13
3.	Butzbach	0:2	1:3		7:1	7:1	2:1	7:3	6	4	0	2	24 : 11	13	12
4.	Limburg	5:8	2:2	1:7		4:1	3:1	5:2	6	3	1	2	20 : 21	-1	10
5.	Gießen	5:2	3:4	1:7	1:4		6:1	5:0	6	3	0	3	21 : 18	3	9
6.	Wiesbaden	0:5	2:7	1:2	1:3	1:6		4:3	6	1	0	5	9 : 26	-17	3
7.	Fulda	1:9	1:6	3:7	2:5	0:5	3:4		6	0	0	6	10 : 36	-26	0

Anstaltsleiter Uwe Röhrig verabschiedet sich nach 45 Dienstjahren



Abschied Anstaltsleiter Röhrig

Dieser trat am 1. August 1979 seinen Dienst in der JVA Butzbach an und wird am 30. September 2024 diesen offiziell beenden. Herr Uwe Röhrig hatte in dieser Zeit in insgesamt 7 hessischen Anstalten und im Justizministerium viermal seinen Dienst verrichtet. Seine Laufbahn begann damals im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst. Ab dem Jahr 2000 wurde er im höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst tätig.

Innerhalb der JVA Butzbach implementierte er das neue Verwaltungs-Competence-Centrum Mittelhessen (VCC) und richtete etwas später im Justizministerium die Stabsstelle NeDiS (Extremismusbekämpfung) mit ein. Einige Jahre unterrichtete er nebenamtlichen in dem Fach Beamten- und Tarifrecht die Anwärterinnen und Anwärter des allgemeinen Justizvollzugsdienstes.

Zudem engagierte er sich lange aktiv im BSBD und stellte sogar für 4 Jahre von 2005 bis 2009 den Landesvorsitzenden des BSBD Hessen.



Anstaltsleiter Röhrig

In der JVA Butzbach wurde er anlässlich seines letzten Arbeitstages im aktiven Dienst vor der Ruhestandsversetzung am Donnerstag, den 21.03.24 feierlich verabschiedet. Die Bediensteten stellten sich im Vorhof und Lazarethhof in Reihen auf für seinen Weg in die Turnhalle zu seiner letzten großen Dienstbesprechung.

Mit den Worten: „Im Job ist es wie beim Banküberfall: Ohne die richtigen Komplizen geht es nicht.“ bedankte sich Herr Röhrig ganz besonders bei den vielen motivierten Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitskraft tagtäglich äußerst engagiert eingebracht und ihn bei der Aufgabenfülle maßgeblich unterstützt hatten.

Sich für den Justizvollzug und die im Justizvollzug tätigen Bediensteten, deren Qualifikation und Ansehen in der Öffentlichkeit einzusetzen, war ihm ein großes Anliegen über all die Jahre, so Röhrig.

Zuletzt wünschte er den Bediensteten alles Gute, Zufriedenheit mit sich selbst und auch bei der Tätigkeit, viel Gesundheit, und – gleichwohl auch in dem Wissen um die immer schwieriger werdende Personalgewinnung – viel Überzeugung und Freude an der Arbeit im hessischen Justizvollzug und explizit in der JVA Butzbach.

Susanne Leib

Guten Morgen...

 A photograph of a white ceramic mug with the BSBD logo and the text 'Gewerkschaft Strafvollzug' printed on it. Three copies of the magazine 'Der Vollzugsdienst' are leaning against the mug. The background is a blurred outdoor scene with green foliage and flowers.

Justizvollzug in Deutschland
Der **BSBD** gehört dazu.

NACHRUF



Heinrich Roßkopf

*11.09.1957 – † 22.04.2024

Wir trauern mit dem dbb Hessen um seinen Tarifausschussvorsitzenden Heinrich Roßkopf. Am 22.04.2024 verstarb im Alter von nur 66 Jahren in Stockstadt am Rhein unser Heinrich.

Seit 2015 leitete er den Tarifausschuss des dbb Hessen und engagierte sich über all' die Jahre in mehreren Einkommensrunden mit großem Engagement sehr erfolgreich für die Belange der Tarifbeschäftigten in Hessen. Zuletzt gestaltete er den erfolgreichen Abschluss eines neuen Tarifvertrags für die Beschäftigten in der hessischen Landesverwaltung (TV-H) am 15. März dieses Jahres ganz maßgeblich mit. Er war ein ausgewiesener Fachmann des Tarifrechts, sein Rat war weithin gefragt und unzählige Kolleginnen und Kollegen erhielten wertvolle Antworten auf komplexe Fragestellungen von ihm.

Seit 2015 gehörte er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Tarifausschusses auch der Landesleitung des dbb Hessen an. In seiner Heimatgewerkschaft, der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbediensteten VDS-tra., war er von 2007 bis 2015 stellv. Landesvorsitzender und von 2015 bis 2022 deren Landesvorsitzender. 2022 wurde er dann zum Landesehrenvorsitzenden der VDS-tra. Hessen gewählt.

Dem Bundesvorstand der VDStr. gehörte er von 2007 bis 2022 an, ab 2015 war er Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand. Seit 2022 hatte er das Amt des stellv. Kassenprüfers inne. Von 2005 bis 2022 war Heinrich Roßkopf Mitglied bzw. Vorsitzender des örtlichen Personalrats beim damaligen Amt für Straßen- und Verkehrswesen (später Hessen Mobil) in Darmstadt, außerdem stellv. Vorsitzender des Bezirks- bzw. später Gesamtpersonalrat bei Hessen Mobil.

Auch in der Kommunalpolitik engagierte er sich über viele Jahre zum Wohl der Allgemeinheit. So war er u. a. viele Jahre Vorsitzender der CDU in Stockstadt am Rhein. Für seine Tätigkeiten in der Kommunalpolitik, in der Gewerkschaft und im Personalrat wurde er 2017 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet.

Heinrich Roßkopf war „Der Tarifmann“ des dbb Hessen, er verkörperte die kompetente und kämpferische Vertretung der Interessen der Tarifbeschäftigten in idealer Weise. Er war ein gradliniger, absolut zuverlässiger und verlässlicher Teamplayer, stets mit einer Portion Humor ausgestattet. Besonders zeichnete ihn aus, dass die Belange der Kolleginnen und Kollegen für ihn immer wichtiger waren als seine eigenen.

Nicht nur für den dbb Hessen war Heinrich von unschätzbarem Wert. Der BSBD ist im Tarifausschuss des dbb vertreten. Heinrich war uns stets ein guter und verlässlicher Kontakt. Im Besonderen Masse stand Heinrich uns bei allen Fragen als geduldiger Auskunftsgewerker zur Verfügung. Wir verlieren einen hoch geschätzten Ratgeber in allen Tariffragen gut aufgestellten und hilfsbereiten Menschen. Heinrich war einen Gewerkschafter im besten Sinne und seine Kampfbereitschaft war uns in den Tarifverhandlungen stets ein gutes Vorbild. Wir werden Heinrich stets in guter Erinnerung behalten.

In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen,
wir trauern mit ihnen.

NACHRUF



Heinz Fischer

*11.01.1935 – † 21.03.2024

**Gemeinsam mit dem dbb Hessen trauern wir um Rechtsanwalt Heinz Fischer.
Am 21. März 2024 verstarb Herr Heinz Fischer im Alter von 89 Jahren in Frankfurt am Main.**

Heinz Fischer arbeitete seit dem 1. Juni 1969 über mehr als fünf Jahrzehnte sehr erfolgreich als Rechtsanwalt für den dbb Hessen. 30 Jahre verantwortete er den Rechtsschutz alleine. Nach Übertragung der Geschäfte auf Dr. Andrea Fischer nahm er die Aufgaben vertretungsweise wahr. Unzählige Kolleginnen und Kollegen profitierten von seiner hochkompetenten juristischen Beratung, unzählige Verfahren hat Heinz Fischer erfolgreich für sie geführt.

Wegweisende Verfahren wie beispielsweise Gerichtsentscheidungen zur Freistellung von Personalratsmitgliedern trugen seine Handschrift. Zuletzt war er 2019 erfolgreich in einem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht auf einen Vorlagebeschluss des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs hin.

Er war das hoch geschätzte und honorige Aushängeschild für den Rechtsschutz des dbb Hessen. Auch für die Landesleitung und die weiteren Entscheidungsgremien des dbb Hessen waren sein juristischer, aber auch sein menschlicher Rat von unschätzbarem Wert.

Am 1. Juni 2019 wurde Heinz Fischer für seine überragenden Verdienste für den dbb Hessen im Rahmen einer eigenen Veranstaltung besonders geehrt. Neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt führte er auch Personalratsschulungen durch, nach dem Mauerfall auch in den neuen Bundesländern, wofür ihm der Ehrenbrief des Landes Hessen verliehen wurde. Auch in der städtischen Schulkommission in Frankfurt a. M. war er über viele Jahre tätig. Dafür wurde er mit den „Römerplaketten“ in Bronze, Silber und Gold ausgezeichnet.

Seine vornehme Zurückhaltung, seine Diskretion, seine Hilfsbereitschaft, sein feinsinniger Humor und seine Verschmitztheit zeichneten Heinz Fischer in besonderer Weise aus.

In Gedanken sind wir bei seinen Angehörigen,
wir trauern mit ihnen.

MdL Bernd Lange: „... um die kümmern, die noch da sind ...“

Neubrandenburg, 21.03.2024 Heute trafen sich die Mitglieder des BSBD Landesvorstandes Matthias Kleemann und Matthias Nicolai mit dem Mitglied des Landtags Mecklenburg-Vorpommerns Bernd Lange, Sprecher für Polizei und Strafvollzug sowie Mitglied des Innen- und Rechtsausschuss für die SPD Fraktion.

Als ehemaligem Uniformträger im operativen Polizeivollzugsdienst, der sich seine ersten Sporen als Streifenpolizist verdiente, waren Herrn Lange die Forderungen und Argumente des BSBD Landesvorstandes nicht fremd und stießen bei ihm auf offene Ohren. Dabei zog er auch Parallelen zum Polizeivollzugsdienst des Landes M-V, wo es in den vergangenen Jahren gelungen sei, die meisten dieser Probleme zu lösen, so das Fraktionsmitglied der SPD.

Für Herrn Lange war klar, dass die Berufsbilder für Justizvollzugsdienst, Justizwachtmeisterdienst und ambulante Straffälligenarbeit, als Teil der inneren Sicherheit, gerade mit Blick auf die beruflichen Ent-

wicklungsperspektive attraktiver gestaltet werden müssen. In der Vergangenheit, so Herr Lange, sei vieles aus dem Blick verloren worden, obwohl Schlagworte wie "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" oder Mitarbeiterzufriedenheit" nach wie vor ungehemmt Verwendung finden würden.

Es würde immer noch zu viel darüber geredet, aber zu wenig dafür getan, stellte das Landtagsmitglied fest. So seien letztend-



v.l.n.r. Matthias Kleemann, Bernd Lange, Matthias Nicolai

lich immer mehr Probleme aufgelaufen, die nicht gelöst wurden. Die Identifizierung der Mitarbeiter mit dem Beruf und der Dienststelle könne am Ende nur durch die Schaffung von Anreizen und Motivation entwickelt werden, führte Herr Lange weiter aus. Daher sollten Laufbahnen grundsätzlich mehr als nur drei Stufen beinhalten, so dass beispielsweise für Beamte im mittleren Dienst, die während der Abwesenheit der Behördenleitung in Nacht- und Wochenenddiensten die Dienststellen leiten, das Endamt A10 oder A11 angebracht erscheint.

Ein höherer Nachteilsausgleich für Schicht-, Wechselschicht- und Wochenenddienste seien weitere monetäre Anreize.

Insgesamt müsse sich vor allem um diejenigen gekümmert werden, die noch da sind.

Die Erfüllung des Resozialisierungsauftrags, des Sicherungsauftrags als auch die Eigensicherung sind ohne Personal nicht machbar, schloß das Fraktionsmitglied der SPD. ■

Treffen der AG Justiz M-V

Schwerin, 27.03.2024. Erfahrungen teilen, Schnittmengen ausloten und gemeinsame Vorgehensweisen koordinieren - dafür trafen sich heute die Vertreter der Justizgewerkschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Kühn für den Deutschen Anwaltsverein (DAAV),

Katja Rosenau für die Deutsche Justizgewerkschaft (DJG), Christian Meier für den Bund Deutscher Rechtspfleger (BDR) und Matthias Nicolai für den Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschland (BSBD) im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Justiz, in der königlichen Dampfwäscherei.



v.l.n.r. Christian Meier, Katja Rosenau, Matthias Nicolai, Sylvia Kühn

Trotz unterschiedlicher Aufgabenbereiche kamen die Mitglieder der AG Justiz schnell überein, dass für die Zukunftsfähigkeit der Justiz und damit der Sicherung rechtsstaatlicher Aufgaben, im Wettstreit mit Bund und Ländern um Fachpersonal und Auszubildende, die Weiterentwicklungen der Besoldungsstruktur, insbesondere die Anhebung der Eingangssämter, die Veränderung der Stellenobergrenzen zugunsten der Beförderungssämter und die Anhebung von Zulagen, wie bereits in anderen Bundesländern geschehen, alternativlos erscheint.

Die AG Justiz fordert daher, neben der Besetzung aller offenen Stellen und einer deutlichen Attraktivitätssteigerung für alle Laufbahngruppen und Einstiegsämter in der Justiz, die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung um dieser Wettbewerbsspirale, welche letztendlich die finanzärmeren Bundesländer benachteiligt, entgegenzuwirken. ■

Vorschläge und Anregungen zur Attraktivitätssteigerung

Stellungnahme des BSBD MV (18.04.2024)

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht der Bitte um Vorschläge und Anregungen zur in Aussicht gestellten Verbesserung in der Erschwerniszulagenverordnung MV und nach meiner Kenntnis auch des Landesbeamtengesetzes MV, sowie der sich momentan in den Ausschüssen des Landtags MV befindenden Gesetzesvorlagen zur Besoldungsstrukturanpassung und zur Neuregelung des Besoldungsrechts möchten wir zu allen angedachten Maßnahmen insgesamt wie folgt Stellung nehmen:

Aufgrund stetig wachsender Anforderungen an die Mitarbeiter der Vollzugsdienste von Justiz, Polizei und Feuerwehr, nicht zuletzt auch bedingt durch die wachsende Konflikt- und Gewaltbereitschaft gegenüber dieser Berufsgruppen, ist eine deutliche Attraktivitätssteigerung für alle vollziehenden Fachrichtungen und Laufbahngruppen geboten, um im Wettstreit mit Bund und Ländern, um Fachpersonal und Auszubildende, die Zukunftsfähigkeit der Exekutive und Legislative und damit der Sicherung rechtsstaatlicher Aufgaben zu gewährleisten.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist im Ländervergleich, mit Blick auf die Gewährung finanzieller Anreize und beruflicher Entwicklungsperspektiven, weit zurückgelassen.

Um o. g. Konkurrenzfähigkeit herzustellen, damit die Sicherung rechtsstaatlicher Aufgaben zu gewährleisten und sowohl die Mitarbeiterzufriedenheit als auch die Mitarbeitermotivation zu stärken, sind folgende Änderungen im LBG MV, in der EZuV MV, im LBesG MV und der Stellenobergrenzenverordnung erforderlich:

1) Die in §4 EZuV MV genannten finanziellen Beträge sollten mindestens verdoppelt werden.

Die jetzige Höhe dieser Zulage ist eine entscheidende Ursache für die fehlende Attraktivität des Justizvollzugsdienstes.

Kaum jemand ist bereit wenigstens jedes zweite Wochenende in der Dienststelle zu verbringen, während die Familie diese arbeits- und schulfreie Zeit für gemeinsam Erholung verbringen kann.

2) Die in §20, Abs. 2 EZuV MV genannten finanziellen Beträge sollten, nachdem sie bei der letzten Änderung der EZuV MV keine Berücksichtigung fanden, nunmehr angepasst werden, um den ursprünglichen Abstand zum Betrag nach Abs. 1 wiederherzustellen.

- a) Von 61,36 nach 100 €
- b) Von 46,02 nach 70 €
- c) Von 35,79 nach 60 €

3) Die in §21 EZuV MV genannte Zulage sollte sich an der Zulage im aktuellem TV-L orientieren.

4) Die in §18a LBG MV genannten Höchstaltersgrenzen sollten angehoben werden. Im Vergleich der Länder hat MV hier einen klaren Nachteil (z. B. in Brandenburg bis zum vollendeten 47. Lebensjahr).

5) Dass die Aufgaben der Vollzugskräfte von Justiz, Polizei und Feuerwehr in der Schwere ihrer Aufgaben gleichrangig sind, erkennen inzwischen immer mehr Bundesländer an und haben entsprechend reagiert. (z. B. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, usw.)

Der § 115 LBG MV sollte daher neu formuliert werden und folgendermaßen lauten:

„Für die Beamten des Vollzugsdienstes im Justizvollzug und Justizwachtmeisterdienst gelten die §§ 108, 109, 111 Absatz 1 Satz 1, §§ 112 und 113 entsprechend. § 108 Absatz 4 gilt mit der Maßgabe, dass neben dem Wechselschichtdienst auch Schichtdienst berücksichtigt wird.“

„Strafvollzug ist soziale Arbeit im Dienst der Gesellschaft, hat aber gleichzeitig die Sicherheit der Allgemeinheit zu gewährleisten. Hieraus resultiert eine Aufgabenstellung, die ohne Konfliktsituationen kaum vorstellbar ist. Daneben führt die unter negativen Vorzeichen veränderte Gefangenenklientel zu hohen psychischen und physischen Belastungen. Der BSBD sieht es deshalb als geboten an, dass der Dienstherr die Absicherung der Beamtinnen und Beamten über die Beihilfe hinaus ausweitet und sich zur Einführung der freien Heilfürsorge entschließt, um die beruflichen Risiken für den Vollzugs- und Werkdienst nachhaltig zu entschärfen.“

Den zentralen sachlichen Grund für die Ein-

führung der freien Heilfürsorge sieht der BSBD im Übrigen in dem Umstand, dass die Gefahreneignis der Tätigkeit im Vollzug nach einer vollständigen Absicherung der Beamtinnen und Beamten im Vollzugs- und Werkdienst im Krankheitsfall verlangt. Wenn Dienstherr und Allgemeinheit von diesem Personenkreis erwarten, dass sie im Konfliktfall ihre Gesundheit und körperliche Unversehrtheit riskieren, dann sollten Vollzugs- und Werkdienst auch Anspruch auf eine vollständige Absicherung dieser Risiken durch den Dienstherrn erhalten.“ So dass beispielgebende Plädoyer des stellvertretenden BSBD Bundesvorsitzenden Horst Butschinek.

Es sind also nicht nur die Regelaltersgrenze, auch für den Vollzugsdienst der Laufbahngruppe 2 und für den Justizwachtmeisterdienst, welcher polizeiliche Aufgaben in Gerichten und Staatsanwaltschaften vollzieht, zu berücksichtigen, sondern auch die freie Heilfürsorge, möglicherweise mit einem Wahlrecht zwischen freier Heilfürsorge und Beihilfe.

6) § 45 LBesG MV

Eine das Grundgehalt ergänzende ruhegehaltsfähige Stellenzulage sollte in Laufbahngruppe 1 ab dem ersten Einstiegsamt, für den Justizwachtmeisterdienst, gezahlt werden.

7) Die Zulage nach § 50 LBesG MV, für Beamtinnen und Beamte bei Justizvollzugseinrichtungen und Psychiatrischen Krankeneinrichtungen, sollte auf 200 € angehoben werden, um im Ländervergleich mithalten zu können (z. B. Brandenburg 200 €, Niedersachsen 180 €, usw.).

8) Die Laufbahngruppe 1, erstes Einstiegsamt sollte als nicht mehr zeitgemäß abgeschafft werden.

Das Bild des älteren Justizwachtmeisters, der den Postwagen durch die Flure des Amtsgericht schiebt, ist längst überholt. Die erhöhten Anforderungen im Bereich der EDV sowie der Verfahrenssicherung in Gerichten und nicht zuletzt die Schaffung neuer gesetzlicher Vorgaben machen eine längere Ausbildung und weitere stetige Schulungen notwendig. Diesem haben bereits die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Thüringen Rechnung getragen.

Auch ist es nicht mehr vermittelbar, dass sich die Besoldung der Landesbeamten im ehemaligen einfachen Dienst nicht an Leistungsanforderungen, sondern ausschließlich an der Höhe des Bürgergelds orientiert.

9) Die Stellenobergrenzen für Beförderungämter sollten zugunsten aller Einstiegsämter erhöht werden, um mit der Schaffung von beruflichen Entwicklungsperspektiven eine anhaltende Motivation aufrechtzuerhalten. (Beispielgebend für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt des Justizvollzugs das

Land Niedersachsen mit 20% im Einstiegsamt, 40% im ersten Beförderungsamte und 40% im End Amt.)

Alternativ ist auch die Erhöhung der Einstiegsämter denkbar (z. B. A8 in Brandenburg und Schleswig – Holstein für den Justizvollzugsdienst Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt).

10) Ferner sollte die Möglichkeit des prüfungsfreien Bewährungsaufstiegs für alle Laufbahngruppen geschaffen werden, wie z. B. in Hamburg bereits praktiziert.

11) Abschließend wird die Schaffung von Arbeitszeitmodellen für den früheren Eintritt in den Ruhestand angeregt (von Altersteilzeit bis zur Anrechnung von Mehr- und Überarbeit auf Lebensarbeitszeitkonten), um die Mitarbeiterzufriedenheit insgesamt zu erhöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Der BSBD Landesvorstand
Mecklenburg-Vorpommern

Ich bin da mal hin



BSBD MV
Seniorenvertreter
Bernd Raubold

Unter der Schirmherrschaft der DBB Akademie fand vom 08.04.24 bis 10.04.24 unter dem Motto

**„Im Prinzip
ist das Altwerden gewünscht –
aber es wird nicht gern gesehen“**

(Zitat: Dieter Hildebrand)

das alljährliche Seminar unserer Gewerkschaft zur Seniorenarbeit in Regensburg statt.

Seminarleiter und Dozent Winfried Conrad hatte zu Beginn mit Informationen zur aktuellen Lage der Senioren in den Ländern und dem Bund alle Teilnehmer auf das Seminar eingestimmt. Höhepunkt des ersten Tages war die Vorstellung der Seniorenarbeit des JBV Bayerns durch den Referenten Bernhard Heim. Er und sein Mitstreiter betreuen ca. 1500 Ruheständler. Für mich war beeindruckend, dass es in Bayern die Möglichkeit gibt, sich schon mit 57+ auf die Zeit nach der Dienstzeit vorzubereiten (nachlesbar auf der Internetseite des Verbandes).

Der zweite Tag wurde durch die Vorträge der Kollegen des Polizeipräsidiums Regensburg gestaltet. Das Team um Ludwig Gradl – Präventionsbeamter - stellte uns anschaulich die Gefahren des Alltages, hier nur ein Stichwort „Enkelbetrüger“ vor. Die Vorträge und die anschließende Diskussion waren so interessant, dass es den Zeitrahmen sprengte und der Kollege Werner Schäfer seinen Vortrag zum Thema Brandschutz erst am dritten Tag halten konnte. Tag drei blieb dem Thema: Bleiben die „Alten“ auf der Strecke? Vorbehalten. Hier wurde die Entwicklung der Rente und Pension beleuchtet, bewertet und zur Achtsamkeit gemahnt. Welche Aufgaben sich für die Vertreter der Gewerkschaften in der Zukunft daraus ergeben wurde diskutiert und soll über das Seminar hinaus, zwischen den Seminarteilnehmern, weiter ausgetauscht werden.

In Erinnerung wird mir auch der Rundgang durch die UNESCO Welterbe Stadt an der Donau bleiben.

Nicht unerwähnt soll auch die Unterkunft, das ibis Regensburg City Hotel.

Wir waren nicht nur gut untergebracht und gepflegt worden, nein auch das Personal war toll.

Ich bin schon mal da

Nach dem Seminar trafen sich die Vertreter der Länder zur Sitzung des Seniorenausschusses des BSBD Bund zu ihrer Jahressitzung. Die Teilnehmer berichteten über ihre Arbeit in den Ländern, gaben Informationen zu den aktuellen Entwicklungen und

stellten sich den Fragen der Anderen. Informiert wurde unter anderem über den Bundeskongress 2023 in Berlin. Beraten wurde die Notwendigkeit einer eigenen Seite für die Senioren im Vollzugsdienst (bei Bedarf). Ich habe viel Neues erfahren und freue mich darauf, einige dieser Aufgaben in unserem Landesverband MV umzusetzen, mindestens aber anzuregen. Dies wird aber nur gelingen, wenn ich von allen Ortsverbänden Unterstützung bekomme.

Euer Seniorenvertreter
Bernd Raubold

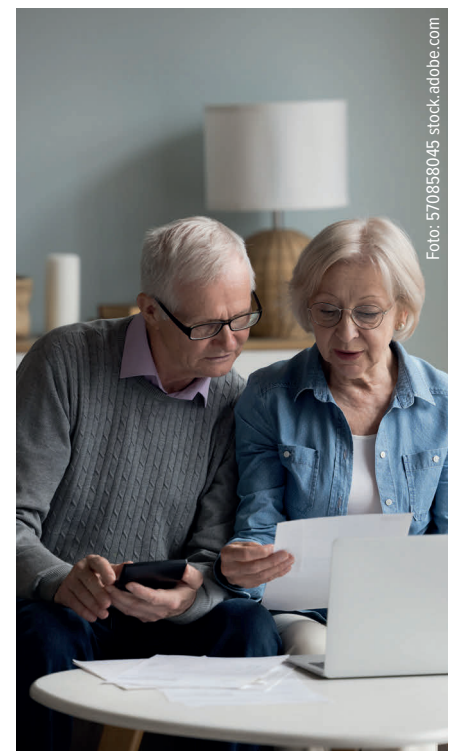


Foto: 570858045 - stock.adobe.com

Treffen mit Die Linke

Schwerin 12.04.24. Der Landesverband traf sich mit Herrn Michael Noetzel, MdL für die Fraktion Die Linke und Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtages zum Gespräch. Themenschwerpunkte waren hierbei unter anderem die personelle Aufstockung in den JVA'en und im Justizwachtmeisterdienst.

Kontrovers wurde über die Sinnhaftigkeit der Einlasskontrollen an den Gerichten diskutiert, hier konnten wir durch erlebte Situationen einen anderen Blickwinkel schaffen.

Einvernehmen bestand indes in der Forderung nach einer bundeseinheitlichen Besoldung und die Fortschreibung der Erfahrungsstufen.

Herr Noetzel bekräftigte zum Abschluss unseres Gesprächs, den Wunsch nach einem Besuch in einer JVA des Landes, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. ■



v.l.n.r. Michael Noetzel, Sarina Rackwitz, Matthias Nicolai, Matthias Kleemann, Stanley Mengel, Alexander Mrowiec

Gespräch mit der FDP

Schwerin, 05.04.2024. „Wir brauchen endlich mal einen richtig großen Wurf“, sagte René Domke, Vorsitzender des FDP Landesverbandes und der FDP Fraktion im Landtag MV, anlässlich eines Gesprächs zwischen BSBD und FDP zum Thema „Attraktivität und Perspektiven in Besoldungsstruktur und beruflicher Entwicklung“.

In einem zweistündigen Austausch wurden durch den BSBD Wege aufgezeigt, die Attraktivität unserer Berufsgruppen signifikant zu steigern und damit dem steigenden Konkurrenzdruck im Wettstreit mit den benachbarten Bundesländern um Fachkräfte und Auszubildende zu begegnen.

René Domke, welcher auch als Mitglied des Finanz- und des Rechtsausschusses fungiert, regte dabei an, zusätzlich das Mittel „Petitionen“ zu nutzen, um die Interessen des Verbandes stärker in den Fokus zu rücken. ■



v.l.n.r. Alexander Mrowiec, Ines Greil, Stanley Mengel, René Domke, Matthias Nicolai, Matthias Kleemann

BSBD Stammtisch in Neustrelitz

Am 17. April wurde die Neustrelitzer Stammtisch-Saison für das Jahr 2024 eröffnet.

Wie immer ging es in den Gesprächen um dienstliche und persönliche Belange der Beschäftigten, um Personalentscheidungen wie Umsetzungen, Beförderungen und Beurteilungen, wer ist krank, wer im Urlaub, wer geht demnächst in Pension, wer verstärkt unsere Reihen usw. usf..

Und natürlich rundeten denkwürdige Erlebnisse und alte Geschichten den geselligen Abend ab.

Der Stammtisch trifft sich in „Jana's Bierkeller“, vierteljährlich und ist offen für alle BSBD Mitglieder, Sympathisanten und Interessierten. Dabei erfreut er sich stetig wachsender Beliebtheit bei den Kolleginnen und Kollegen.



■ *Bier ist gesund und macht das Reden einfacher.*

Benefizkicken...

Am Sonntag, den 21. April 2024 veranstaltete der Lions Club Stralsund-Hansestadt zugunsten zum 7. Mal das traditionelle Benefiz-Fußballturnier zugunsten des Kreisdiakonischen Werkes mit der mobilen Jugendküche (Jugendküche in Stralsund - KDW Stralsund (kdw-hst.de)).

Los ging es um 9:00 Uhr mit der Begrüßung der 12 Mannschaften. Die Diesterweg-Halle war schon reichlich gefüllt. Neben dem Team der JVA Stralsund traten unter anderem verschiedene Vereine und Institutionen der Hansestadt für den guten Zweck an. Die Startgebühr in Höhe von 80 € wurde durch den OV-Stralsund übernommen. Gespielt wurde in zwei Gruppen mit 8 Minuten Spielzeit pro Partie. Dort konnten wir nach einem umkämpften Auftaktsieg gegen unsere örtlichen Nachbarn von „Osteestaal“ die Platte mit 1:0 verlassen.

Sieger des Turniers wurde das Team des SV Hanse-Klinikum Stralsund vor dem Team der Stralsunder Werkstätten. Wie in den Jahren zuvor erwartete den Gästen ein kleines Rahmenprogramm: Bastelangebote und Kinderschminken luden auch die Kleinsten zum Verweilen ein.

Nach der Gruppenphase wurde in einer amerikanischen Versteigerung ein signiertes FC Hansa Rostock Trikot von unserem ehem. "Stralsunder Jung" Enrico Gaede versteigert. Dann gab es eine weitere Versteigerung, es wurde ein Fußball mit allen Unterschriften der deutschen Fußballnationalmannschaft der EM 2020 angeboten. Hier kam es in der Halle zu einem wahren Bietergefecht. Nicht nur der OV Vorsitzende Thomas Mielke sondern auch die Berufsfeuerwehr Stralsund treibten den Preis nach oben. Am Ende konnte sich der OV Vorsitzende freuen, denn der letzte Zuschlag ging an ihn und seinen Sohn, der sich riesig freute. Am Ende beider Versteigerungen kam eine Summe von 435 € zusammen.

Für das leibliche Wohl war stets in Form von Kaffee, Bier, Soljanka und Bockwurst reichlich gesorgt.

Der Erlös fließt dieses Jahr in die aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit des Kreisdiakonischen Werkes mit der mobilen Jugendküche (Jugendküche in Stralsund - KDW Stralsund (kdw-hst.de)). Bei der nächsten Auflage des Turniers werden wir wieder mit dabei sein und streben dabei das Podium an.



■ *Gemeinschaft schafft Zusammenhalt*



■ *Kicken für den guten Zweck*

Gewerkschaftsempfang zum Tag der Arbeit – Oldenburger Rathaus

Am 24.04.2024 fand anlässlich des Tages der Arbeit der alljährliche Maiempfang im Rathaus Oldenburg statt. Eingeladen wurden zu diesem Event alle Vertreter der Gewerkschaften und Personalvertretungen, sowie Mitglieder des Stadtrates und der Stadtverwaltung. Als Vertreter des Landtages war Herr Ulf Prange anwesend.

Durch die Veranstaltung führte uns die Bürgermeisterin der Stadt Oldenburg, Frau Wolff.

Als Redner traten der Vorsitzende des DGB Christian Altkirch und der Vorsitzende des DBB-Landesverbandes Alexander Zimbehl an.

Im Anschluss gab es dann die Gelegenheit, sich mit den Vertretern der anderen Gewerkschaften, der Stadt Oldenburg sowie der Politik bei einem Getränk in lockerer Atmosphäre auszutauschen.

Für den Ortsverband Oldenburg nahmen die Kollegen Schimmelpenning, Webling und Moritz, sowie in Doppelfunktion für den NBB auch der Kollege Waßerberg an der Veranstaltung teil und nutzten die Gelegenheit, um verschiedene gewerkschaftliche und gesellschaftliche Themen zu diskutieren.

Als Kernthema wurde bereits in der Ansprache der Bürgermeisterin das klare Bekenntnis zu Demokratie und Mitbestimmung gesetzt. In den folgenden Reden wurde die gesellschaftliche und arbeitspolitische Entwicklung, insbesondere die Anforderungen der jungen Generation, jedoch auch der Fachkräftemangel und die Möglichkeit des längeren Arbeitens über die Rentenaltersgrenze hinaus, zur Diskussion gestellt.

Alles in Allem ein gelungener Abend mit interessanten Gesprächen. ■



VNSB im Oldenburger Rathaus

Ausfahrt des Ortsverbandes Göttingen in die JVA Moabit

Mit 37 Kolleginnen und Kollegen ging es in diesem Jahr zum Besuch in die JVA Moabit. Am frühen Freitagmorgen traf man sich am Bahnhof Göttingen, um nach kurzer Zeit feststellen zu müssen, dass der reservierte Zug nach Berlin gestrichen war. Nichts desto trotz, wurde die Reise verspätet angetreten. Leider ohne Sitzplätze.

Wie bei jeder Ausfahrt des Ortsverbandes Göttingen wurden wir mit Regen begrüßt. Aber auch das Aprilwetter tat der Stimmung keinen Abbruch.

Nass und durchgefroren wurden wir vom LDAV, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Vorsitzenden des öPR begrüßt und nach einer kleinen Einführung begann dann auch schon die Besichtigung.



Begrüßung - JVA Moabit



Besichtigung JVA Moabit

Die anno 1881 in Betrieb genommene JVA Moabit verfügt über 855 U-Haftplätze, die seit Monaten restlos belegt sind. Mit 20 bis 30 Zugängen am Tag wird in diesem Jahr wohl die Grenze von 4.000 Zugängen geknackt werden.

In drei Gruppen wurden wir durch die Anstalt geführt. Gesprächsthema Nr. 1 war der im bgH angebrachte Touchscreen, an dem sicher untergebrachte Gefangene ihre Zeit mit Spielen und Musik verkürzen können. Für uns noch etwas ungewohnt, betonen die Kollegen aus Moabit aber, dass die Gefangenen sich für den Aufenthalt im bgH bedanken.

Die Führung durch die Anstalt, die von der Anstaltsleiterin liebevoll „Museum“ genannt wird, war sehr interessant und man hat jederzeit gemerkt, dass die Kollegen dort, trotz aller Widrigkeiten, sehr gerne arbeiten.



Monitor BgH



Gruppenbild JVA Moabit

Verspätet, aber wieder etwas schlauer, trafen wir im Zollpackhof zum Mittagessen ein, wo sich dann danach unserer Gruppe zweiteilte. Die eine Gruppe verbrachte den Nachmittag in Berlins Unterwelten, die andere unternahm eine Spreefahrt um das Regierungsviertel.

Als wenn es unser Ortsverbandsvorsitzender und Bayernfan, Frank Laufer, so planen würde, trafen wir, wie im letzten Jahr in Bremen, auf den FC Bayern München. Diesmal nahmen sich Thomas Tuchel und Manuel Neuer auch Zeit, um Autogramm-wünsche zu erfüllen.



Gruppenbild Bundestag



Manuel Neuer



Zollpackhof-Mittagessen

Die Rückreise mit der Deutschen Bahn lief widererwartend ohne besondere Vorkommnisse, sodass alle kaputt aber glücklich wieder in Göttingen ankamen.

Kollege Laufer kündigte für das nächste Jahr eine Ausfahrt nach München an. Ich tippe, die Bayern haben ein Heimspiel. ■



Schiffahrt

Mitgliedertour des Ortsverbandes Emsland führte am 19.04.2024 zum VW-Werk Emden

Gestartet wurde am Freitag um 09.30 Uhr mit einem gemeinsamen Frühstück bei der Bäckerei Wintering in Meppen.

Anschließend war geplant, mit dem Zug Richtung Emden durchzustarten...

Aus 11.09 Uhr Abfahrt wurde 11.54 Uhr, somit konnten wir nicht pünktlich im VW Werk eintreffen. Unser Cheforganisator hat kurzerhand einen Extra Bus in Emden organisiert, somit konnte die Besichtigung leicht verspätet starten.

Im Besucherzentrum wurden wir herzlich begrüßt, es folgte ein kurzweiliger Vortrag über 60 Jahre VW Werk Emden mit Daten, Fakten und Hintergründen.

Nun wurde es Zeit, die Produktion zu besichtigen. Es standen 6 Bullis für den Transport zu Halle 18 zur Verfügung, ein sehr weitläufiges Gelände.

In Halle 18 läuft die Produktion des ID 4 und des ID 7, VW wird die Verbrennerproduktion in Emden einstellen.

1.200 Fahrzeuge werden pro Tag produziert. Die Mitarbeiterzahl schwankte in den Jahrzehnten zwischen 8.000 – 12.000 Arbeitnehmern.

Beeindruckend auch die Ausmaße von Halle 18: 120 Meter breit, 500 Meter lang.

Viele Roboter sind im Einsatz, um mit den Menschen diese technischen Meisterwerke zu produzieren.

Nach zweieinhalb Stunden ging es zurück in die Stadt Emden, Zeit zur freien Verfügung, um 18.00 Uhr wurde die Heimreise angetreten.

Ein besonderer Dank geht an Rainer Töben, der diese Fahrt letztmalig in seiner Funktion organisiert hat.

Auf der Mitgliederversammlung am 15.05.2024 werden weitere Planungen bekannt gegeben.

Thomas Gersema
Landesschatzmeister im VNSB ■



OV Emsland in Emden

Der Ortsverband und die Betriebssportgemeinschaft

Heute wurden durch Torsten Hentschel und Dirk Schmidt-Salewski (VNSB OV Wolfenbüttel) an den Vorstand der BSG Wolfenbüttel Mario Loba und Andreas Klingenhagen Aufwärmshirts für die Kolleginnen und Kollegen übergeben.

Dazu der VNSB Ortsverbandsvorsitzende Dirk Schmidt-Salewski:

„Viele unserer Verbandsmitglieder sind in unserer BSG sportlich sehr erfolgreich aktiv und repräsentieren damit unsere JVA. Aus diesem Grund haben wir uns gedacht, dieses Engagement mit ein wenig Equipment zu unterstützen.“



Mario Loba (BSG WF):

Der Austausch zwischen BSG und VNSB ist uns sehr wichtig. Es gibt in beiden Bereichen Schnittstellen, was die Mitglieder angeht. Daher beabsichtigen wir auch, zukünftig 2mal jährlich gemeinsame Veranstaltungen auszurichten.

„Super Sache! Die Warmmachshirts sind echt klasse! Vielen, herzlichen Dank!“

Na das ist doch mal was!
Gemeinsam erfolgreich!



Fotos (2): BSBD NS

IMPRESSUM

71. Jahrgang
Der Vollzugsdienst (VollzD)

Zeitschrift des
Bundes der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Herausgeber und Verlag
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

**Schrift- und Verlagsleitung,
Anzeigenverwaltung**

Martin Kalt
c/o Geschäftsstelle BSBD
Waldstein 50 – 21717 Deinste

Mobil: 0176 40509127
E-Mail: martin.kalt@bsbd-bund.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort:
35576 Wetzlar

Erscheinungsweise

Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“ sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigefügt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Gesamtherstellung:

Pauli Offsetdruck e. K.
Am Saaleschlößchen 6, 95145 Oberkotzau

www.pauli-offsetdruck.de
E-Mail: oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

Konstruktives Treffen der Fachschaft des allgemeinen Vollzugsdienstes des BSBD NRW in der Düsseldorfer Geschäftsstelle

Am 10. April 2024 traf sich die Fachschaft des allgemeinen Vollzugsdienstes im erweiterten Rahmen in der Geschäftsstelle des BSBD Landesverbandes NRW in Düsseldorf.

Im Vorfeld hatte der Fachschaftsvorsitzende Andre Schicht die Ortsverbände im Land kontaktiert und darum gebeten, ein Mitglied des jeweiligen Ortsverbandes zu dem in Rede stehende Termin zu entsenden. Keine Einrichtung sollte außen vor bleiben, wenn es darum geht, Lösungen für die Probleme und die Weiterentwicklung der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes zu eruiieren.

Neben zahlreichen anderen Themen stand insbesondere die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine zeitgerechte Work-Life Balance auf der Agenda der Teilnehmer. Entgegen den mannigfaltigen Möglichkeiten anderer

Laufbahnen, ist die gesetzlich garantierte Inanspruchnahme von Teilzeitbeschäftigung und die Realisierung von familien- und kinderfreundlichen Dienstzeiten im allgemeinen Vollzugsdienst ausschließlich zu Lasten der ohnehin knappen übrigen personellen Ressourcen möglich.

Entweder versehen Eltern vollschichtig in einem mit dem Elternsein nicht zu vereinbarenden Dienstzeitenmodell ihren Dienst oder andere Bedienstete aus dem Team müssen die übrigen Zeiten in unverhältnismäßigem Umfang kompensieren, was leider regelmäßig zur sozialen Ächtung der Teilzeitkräfte führt.

Diesen Missstand sahen die Teilnehmer unter anderem als eines der dringlichsten Probleme bei stetigem Anstieg des Anteils weiblicher Bediensteter und einem gesellschaftlich fortschreitenden Einstellungswandel pro Familie bei den männlichen Kollegen.

Hier ist u.a. neben der örtlichen Personalvertretung im Hinblick auf die Anregung entsprechender Dienstvereinbarungen für die gewerkschaftliche Flankierung die BSBD-Landesleitung gefragt. Erste Vorschläge, z. B. die Einrichtung eines Stellenpools analog zum pädagogischen Dienst an den Schulen oder eine für den Justizvollzug eigens zugeschnittene AZVO könnten erste Ansatzpunkte sein, eine Lösung der Problematik herbeizuführen.

Die Fachschaft des allgemeinen Vollzugsdienstes wird sich alsbald erneut mit der Landesleitung treffen, um spezifischer gemeinsam Lösungsansätze zu formulieren, die entsprechend in das Ministerium der Justiz und den Landtag kommuniziert werden sollen.

Andre Schicht
BSBD NRW
Vorsitzender Landesfachausschuss AvD ■

Der OV Wuppertal-Vohwinkel im Austausch mit der Politik

Am 8. März 2024 führte der Personalausflug des BSBD-Ortsverbands Wuppertal-Vohwinkel in den Landtag NRW nach Düsseldorf. Zur Teilnahme eingeladen waren alle Bediensteten der JVA Wuppertal-Vohwinkel.

Nach einem gemeinsamen Frühstück in der Kantine informierten sich die Vohwinkler Kolleginnen und Kollegen gestärkt im Plenarsaal über Historie und die aktuelle Zusammenstellung des Landtags sowie das Zustandekommen politischer Entscheidungsprozesse auf Landesebene.

Im Anschluss trafen die Bediensteten die Abgeordnete der GRÜNEN-Fraktion und Sprecherin für Jugend- und Rechtspolitik, Dagmar Hanses, zu einem fachlich sehr informativen Austausch.

Als ordentliches Mitglied des Rechtsausschusses zeigte sich Frau Hanses als ideale Gesprächspartnerin für sämtliche Themen innerhalb der Justizverwaltung und des Justizvollzuges.

Schnell entwickelte sich eine interessante Diskussion über unterschiedliche Themen aus dem Vollzugsalltag der Kolleginnen



Foto: BSBD NRW

und Kollegen. So wurde einmal mehr deutlich, wie wichtig und notwendig eine nachhaltige, fachgewerkschaftliche Stimme in der Politik ist.

Besprochene Inhalte wurden vom Ortsverband im Nachgang gebündelt an den BSBD-Landesvorstand weitergeleitet, um an den problematischen Themenfeldern

dranzubleiben und weiter an konstruktiven Lösungen mitzuwirken.

Die interessanten Gespräche rundeten einen außergewöhnlich sonnigen sowie informativen Tag in der Landeshauptstadt Düsseldorf ab.

Christian Helbing ■

Das Gefängnis – das etwas andere Mehrgenerationenhaus

Der Werte- und Generationenwandel macht auch vor den Mauern von Vollzugseinrichtungen keinen Halt. Die demographische Entwicklung führt aktuell dazu, dass bis zu vier Generationen gleichzeitig miteinander arbeiten. Unter den Bediensteten tummeln sich die sogenannten Babyboomer und die Generationen X, Y sowie Z. Dabei versucht sich jede Generation von der vorherigen abzugrenzen. Werte, Ideale, Ansprüche und auch das Konsumverhalten derer, die für den Dienst im Vollzugssystem begeistert werden wollen, werden regelmäßig durch den technischen Fortschritt und prägende historische sowie gesellschaftliche Ereignisse verändert.

Das Problem mit der Nachwuchsgewinnung

Umkämpfte Arbeitsmärkte, erhöhte Wechselraten und gesteigerte Erwartungen an einen zeitgemäßen Arbeitsplatz erschweren die Nachwuchsgewinnung in Zeiten erhöhten Einstellungsbedarfs.

Noch weisen die Babyboomer eine große Population innerhalb der Generationen auf. Fakt ist also: Weil diese besonders geburtenstarken Jahrgänge nach und nach aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, schrumpft die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte. Die Nachwuchskräfte aus den jüngeren Generationen werden somit zum raren und umworbene Gut.

Wenn Jobsuchende zwischen verschiedenen Arbeitgebern wählen können, müssen Anreize geschaffen werden, um qualifizierte Mitarbeiter für sich gewinnen zu können. Auf gewandelte Ansprüche muss also reagiert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben, offene Stellen zu besetzen und Dienstanfänger auch langfristig zu halten. Lockte früher noch die Sicherheit des Beamtenstatus, so stehen bei der jungen Generation nun eher flache Hierarchien und Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung hoch im Kurs.

Jüngere Generationen tendieren eher zu flachen Hierarchien, weil diese mehr Flexibilität und Entscheidungsmöglichkeiten mit sich bringen.

Da sich aber flache Hierarchien in Justizvollzugsanstalten, die eine totale Institution mit verfestigter hierarchischer Kultur darstellen, nur schwerlich und langfristig etablieren lassen könnten, braucht es an-

dere Anreize, Mitarbeitende zu gewinnen und zu halten!

Es braucht substantielle Verbesserungen der Arbeitssituation

Es braucht moderne, attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, die flexibel auf die verschiedenen Lebensentwürfe und -phasen der Beschäftigten Rücksicht nehmen. Es braucht eine neue Dienstpostenbewertung mit leistungsgerechten Aufstiegschancen, die sich unabhängig von haushaltsrechtlichen Beschränkungen erreichen lassen.

Das sture Festhalten an der überlangen Wochenarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte, belastende Schichtdienste ohne wertschätzende finanzielle Vergütung derer, die zu besonders ungünstigen Zeiten geleistet werden müssen, sowie der fortbestehende Personalmangel erschweren den ohnehin kräftezehrenden Arbeitseinsatz in häufig veralteten Justizeinrichtungen.

Es braucht:

- ▶ die längst überfällige Angleichung der Arbeitszeit von Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst auf 38,5 Stunden
- ▶ eine angemessene Vergütung von Diensten zu ungünstigen Zeiten
- ▶ nachhaltige Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen

Erweiterte technologische Möglichkeiten können Chancen bieten und Möglichkeiten eröffnen. Mit dem Erlass des Ministeriums der Justiz zur Telearbeit ist ein Schritt getan – auch, wenn von diesem nur wenige Dienstposten profitieren können.

Wertewandel als Chance

Generationen treffen in unseren Vollzugseinrichtungen mit unterschiedlichen Werten, Erfahrungen und Lebenseinstellungen im Arbeitsalltag aufeinander. Das bedeutet eine große Chance, wenn die Kompetenzen der verschiedenen Generationen gleichermaßen Wertschätzung erfahren. Altersgemischte Teams betrachten Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven, da sie abweichende Erfahrungen, Fachwissen und Interessen mitbringen.

Beispielhaft sollte also der langjährige Erfahrungsschatz der dienstälteren Generation ebenso gewürdigt werden, wie der

Wissensvorsprung der dienstjüngeren Generation im Bereich der Digitalisierung. Generationenkonflikte entstehen meist durch unterschiedliche Vorstellungen und Erwartungshaltungen bei gleichzeitig bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen. Insbesondere in gewachsenen Systemen wie dem Strafvollzug kommt dem Transfer von Wissen und Erfahrung immense Bedeutung zu. Damit der Transfer gelingt, ist Vertrauen ineinander maßgeblich. Nur, wer sich dienstlich schätzt und an gemeinsame Ziele glaubt, wird Wissen weitergeben oder annehmen können.

„Nicht fehlendes Wissen, sondern Vertrauensvorbehalte sind die Basis für Wertkonflikte und Innovationsblockaden im Generationenwechsel. Vertrauen ist die fehlende Ressource der alternden Institutionen unter Erneuerungsdruck.“

(Kade 2003, S. 188)

Natürlich dürfen die Bedürfnisse einer Generation nicht über die Bedürfnisse anderer Generationen gestellt werden. Was der Großteil der Belegschaft vom Dienstherrn erwartet, wird sich zudem wohl nur schwerlich an der Zugehörigkeit zu Geburtsjahrgängen festmachen lassen können. Dass es Entwicklungsperspektiven, Chancengleichheit und eine ausgewogene Work-Life-Balance aber für alle braucht, dürfte außer Frage stehen.

Der Teamspirit ist etwas, was der Vollzug schon immer zu bieten hatte. Dass dieser sich selbst in schwierigsten Zeiten aus der Belegschaft speist, beweisen wir täglich! Wie sich das im Rahmen der Nachwuchsgewinnung an jüngere Generationen vermitteln lässt, hat unlängst die JVA Kleve mit einem eindrucksvollen Imagefilm bewiesen, der sowohl technisch als auch inhaltlich überzeugt:



Der Jugendarrest – eine vertane Chance?

Ich habe mal die wunderschöne Stadt Weimar besucht. Irgendwann stand ich ganz unerwartet vor einem Gebäude, welches als Jugendarrestanstalt ausgewiesen war. Heute gibt es die Jugendarrestanstalt Weimar nicht mehr. Sie ist umgezogen. Mich hatte es damals in den Fingern gejackt, einfach mal zu klingeln und um eine Besichtigung zu bitten – mal über den Tellerrand zu schauen, zu gucken, wie der Jugendarrest in Thüringen so abläuft.

Die Chance habe ich vertan und bereue sie noch immer ein wenig. Grund genug für mich, euch heute mal unseren Düsseldorfer Jugendarrest und seine Besonderheiten aufzuzeigen. Im Jugendarrest kann man sich, wenn man die Karte NRWs mit all den großen JVAen betrachtet, wie das fünfte Rad am Wagen des Justizvollzuges vorkommen. Dabei ist meine Versetzung in die Jugendarrestanstalt ein echter Glücksgriff gewesen, denn es macht mir hier riesigen Spaß zu arbeiten und das ist keine abgetane Floskel.

Warum macht mir die Arbeit im Jugendarrest so viel Spaß? Nun, dazu möchte ich erst einmal erklären, was der Jugendarrest ist und was nicht. Der Jugendarrest ist nämlich kein Strafvollzug, sondern eine Erziehungsmaßregel. Hier sollen die straffällig gewordenen Jugendlichen ein letztes Mal drastisch aufgezeigt bekommen, wohin sie der eingeschlagene Weg führen wird. Ihnen sollen im Arrest Alternativen aufgezeigt werden, welche Abzweigung sie im Leben einschlagen sollten, möchten sie nicht wieder straffällig werden.

Vielleicht noch kurz zu den Jugendlichen. Die Jungs sind zwischen 14 und 24 Jahren alt. Das Durchschnittsalter unserer Arrestanten liegt bei 18/19 Jahren und der statistische Deliktschwerpunkt liegt bei Diebstahl und Körperverletzung.

Bis zu vier Wochen Dauer

So weit so gut. Aber wie genau lässt sich das Ziel des Jugendarrestes erreichen? Man muss wissen, dass es verschiedene Arrestarten gibt. Der kürzeste ist der sogenannte Freizeitarrrest. In Düsseldorf bedeutet dies den Antritt am Samstagmorgen und die Entlassung am Sonntagabend. Der Kurzarrest beträgt zwei bis vier Tage und darüber hinaus gibt es den Dauerarrest von einer bis zu vier Wochen. Was kann man in so kurzer Zeit bei den Jungs bewegen?

Zugegeben, es ist nicht einfach und nicht alle werden erreicht. Aber die Möglichkeiten in unserer Jugendarrestanstalt sind in den letzten 15 Jahren wesentlich verbessert worden – und das nicht nur personell. Knapp 30 Kolleginnen und Kollegen des AVD dienen in der Jugendarrestanstalt. Vor 15 Jahren war bei uns eine Sozialarbeiterin für 70 Arrestanten zuständig. Nun haben wir vier und eine halbe Sozialdienststelle für 60 Arrestanten. Dazu kommt noch eine Lehrerstelle. Je eine Kollegin in der Vollzugsgeschäftsstelle und der Wirtschafts- und Personalverwaltung sorgen für den reibungslosen Ablauf der administrativen Dinge und geleitet wird unsere Anstalt von einer Richterin als Vollzugsleiterin.

Gemeinsam mit vielen Ehrenamtlichen und externen Anbietern können die Arrestanten nun viel individueller und engmaschiger betreut werden als vor 15 Jahren.

Familiäre Atmosphäre

Ein großer Vorteil des Jugendarrestes ist meiner Meinung nach die „familiäre“ Atmosphäre einer kleinen Einrichtung. Engagierte Bedienstete des AVD können sich hier auf vielfältige Art und Weise einbringen, von der Planung eines Sportevents, bis hin zum Gruppenangebot für gesunde Ernährung.

In großen Anstalten spielen hierarchische Abläufe eine große Rolle, sind die Zuständigkeiten klar abgesteckt – ja, ich mag es als „einengend“ bezeichnen. Womöglich sind auch Nickeligkeiten zwischen den verschiedenen Diensten oder Abteilungen ein Hemmnis, ohne die eine große Anstalt leider nicht auskommt.

Der AVD ist bei uns im Jugendarrest flexibler aufgestellt. Es gibt nur wenig „feste“ Posten, jeder muss alles können und machen. Neben den typischen Aufgaben rund um Sicherheit und Ordnung, haben die Uniformierten die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten direkt mit einzubringen. Und das ist von großem Vorteil für die Arrestanten, wie für das ganze Team.

So lässt sich der falsche Vorwurf, die Jugendlichen würden im Arrest nur stumpf weggeschlossen und verwahrt, schnell entkräften. Die Zeit, welche die Arrestanten im Arrestraum verbringen, verringert sich rapide. Zwischen dem Wecken und dem Nachtverschluss steht ein vielfältiges Programm zur Verfügung. Schwerpunkt: Perspektiv-

wechsel. Sucht- und Gewaltprävention stehen neben dem Erwerb von Skills für den Alltag ganz oben auf dem Tagesplan.

Vielen der Arrestanten fällt es schwer, zusammenhängende Texte zu lesen. Dies ist eine ganz besondere Stärke des Arrestes, denn TV-Geräte und Spielekonsolen gibt es in den Arresträumen nicht. Wer hier nicht nur gegen Wände starren will, der „muss“ auf das Medium Buch zurückgreifen. Eine einmalige und ganz besondere Chance der Leseförderung im Vollzug.

Ausflüge möglich

Der wohl größte und auffallendste Vorteil gegenüber dem Jugendstrafvollzug ist aber: Die Arrestanten können, bis auf wenige Ausnahmen, die Anstalt für Ausflüge und Workshops verlassen. Das ist in der geschlossenen Strafhafte nicht ohne weiteres möglich. Das macht es viel einfacher, die Arrestanten in ungezwungener Atmosphäre und Umgebung zu erreichen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, und mit ihnen zu arbeiten. Eine professionelle Beziehung zwischen Bediensteten und Arrestanten kommt unter diesen Umständen möglicherweise schneller zustande als im geschlossenen Vollzug. Und somit auch die Chance auf Veränderung. Zudem machen die nahezu wöchentlich stattfindenden Ausflüge, Workshops und Sportveranstaltungen die Atmosphäre zu einer ganz anderen als im geschlossenen Justizvollzug.

Aber machen wir uns nichts vor, die Chance muss halt auch ergriffen werden. Und so kann die vergleichsweise lockere und „offene“ Atmosphäre nur die jungen Männer erreichen, die dies auch annehmen wollen. Der Arrest ist also wirklich gut aufgestellt. Klar gibt es auch Probleme. Oftmals bekommen die Sport-Bediensteten gar keine Fußballgruppe zusammen und wenn doch, fallen zwei Drittel der Teilnehmer nach zehn Minuten wegen Konditionsproblemen aus. Dabei sind Teamsportarten eine wichtige und gute Wahl, will man den Jugendlichen soziale Kompetenzen vermitteln. Die jungen Männer sind träge, wollen lieber pumpen und posen statt herumzulaufen und einen Ball ins Netz zu schießen oder zu werfen. Der Daumen ist vom Swipen auf dem Handy trainierter als die Beine. Die Aufmerksamkeit, die intellektuellen und körperlichen Fähigkeiten, welche die Arrestanten vor Jahren mitbrachten, sie

lassen sich heute leider vermissen. Aber das ist eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, mit der auch der Arrest umgehen muss. Ein wirkliches Problem ist das nicht. Eher eine neue Herausforderung, der wir mit vermehrt niederschweligen Angeboten begegnen müssen.

Und da komme ich noch einmal zurück zu dem kleinen Team und der Zusammenarbeit. Gerade die unterschiedlichen Erfahrungen, Meinungen und Ansichten des AVD und des Sozialdienstes bringen den Gruppenangeboten, welche von Bediensteten beider Gruppen gemeinsam geleitet werden, das nötige Salz in der Suppe. Zum Beispiel das Soziale Training gewinnt dadurch extrem.

So, wo drückt denn dann der Schuh? Klingt doch alles super positiv...

Ein meiner Meinung nach großes Problem des Jugendarrestes ist, dass sich im Vorfeld bei Gericht niemand ausreichend Gedanken macht, wo der Weg des Angeklagten hingehen soll. Mancher Richter oder manche Richterin mögen sich denken: „Na, für die Jugendhaft reicht es noch nicht, dann geht er halt in den Arrest.“ Das läuft dann ebenso am Sinn des Arrestes vorbei wie, einen jungen Mann nach sieben Wochen U-Haft für zwei Wochen in den Warnarrest zu schicken, um ihm aufzuzeigen, wie es im Gefängnis so ist. Hier wird der Arrest meiner Meinung

nach missbraucht, um eine „milde“ Gefängnisstrafe verhängen zu können.

Gute Möglichkeiten

Aber das meine ich gar nicht mit den Gedanken. Mir geht es eher darum, dass sich scheinbar niemand interessiert, welche Möglichkeiten der Arrest bietet und wie er der Anfang einer guten und erfolgreichen Präventionsarbeit sein kann. Mit den Urteilen ergehen keine Handlungsanweisungen an die Arrestanstalt, wo der junge Mann Unterstützung benötigt, wie er gefördert und ihm geholfen werden kann. Welche Vernetzungen sollen genutzt werden, eben um dem jungen Mann zu helfen, fortan ein Leben ohne weitere Straftaten führen zu können? So beginnt die Arbeit im Arrest bei Null und das kostet wertvolle Zeit, an deren Ende dann meist einfach nur die Entlassung und die Rückkehr in alte Gewohnheiten und Umgebungen steht.

Beim jetzigen Verfahren hängt dann alles Weitere vom Engagement der Eltern, der Betreuerin oder des Betreuers ab – und natürlich vom jungen Mann selbst. Ich denke, es ist wenig überraschend, dass dies nicht viel Erfolg verspricht. Hat man den jungen Mann gerade vielleicht in die richtige Richtung gestoßen, hat man ihn abseits seiner Gang oder dem Freundeskreis, so wird er allzu oft ohne Rettungsanker oder unter-

stützende Rettungsweste zurück in sein altes, toxisches Umfeld entlassen, was in den meisten Fällen unweigerlich zu einer neuen Straftat führt.

Was nützen dann all die Bemühungen, Gespräche und das Engagement der Bediensteten im Jugendarrest, wenn am Ende letztlich nur ein Reboot des vorherigen Lebens steht? Dieses Problem gehen wir jetzt in der Praxis an. Das Übergangsmanagement ist dabei, erweitert zu werden. Damit stehen bald vielfältige Möglichkeiten der kontinuierlichen Nachsorge zur Verfügung. Dadurch können die Arrestanten in naher Zukunft an individuell passende weiterführende Maßnahmen und Betreuer vermittelt werden und eben nicht einfach aus dem Arrest entlassen werden.

So weit so gut. Bleibt dennoch das Problem der Vorbereitung. Denn eine erfolgreiche Vermittlung nach dem Arrest kann nur geschehen, wenn man den jungen Straftäter bei den richtigen Wurzeln packt und die offenbaren sich doch meist im Gerichtsverfahren. Da würde ich mir wünschen, dass die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichtshilfen uns besser zuarbeiten könnten. Ansonsten ist der Arrest nichts weiter als eine große Chance, die nur zum Teil genutzt wird.

Autor: Christian Wolff

Abgehängt!?

... wenn der Dienstweg zum Holzweg wird...



DIE SCHARFE ZUNGE

Neulich auf dem Dienstweg...

Auf meinem frühmorgendlichen Weg in Richtung meiner Dienststätte fuhr auf der Autobahn ein kleiner Lieferwagen einer Gas-Wasser-Firma neben mir. In großen Lettern prangte auf der Heckseite: „Bock auf 4-Tage-Woche?!“.

Diese Frage konnte ich umgehend mit einem glasklaren „Ja!“ beantworten.

Während ich mir auf den nächsten Metern vor meinem geistigen Auge mein Leben in der 4-Tage-Woche in den buntesten Farben ausmalte, kam mir ein Gedanke: Was würde wohl geschehen, wenn dort geschrieben stehen müsste:

„Bock auf Arbeit, an 12 Tagen am Stück?!“ oder „Bock auf ein garantiertes, freies Wochenende im Monat?!“ oder „Bock auf eine 41-Stunden-Woche?!“

Ob eine solche Attraktivitätskampagne den Mangel an Fach- und Nachwuchskräften unserer Justizeinrichtungen beheben würde?

Ich pfeif mir ein Liedchen, bin froh, einen gesicherten Arbeitsplatz zu haben und lasse mich von der freien Wirtschaft überholen.

Markus Bruck (BSBD OV Attendorf)

Eva Lehmann (stellvertretende Landesleitung BSBD NRW)

Gesetze für die Galerie?

Heute im Visier: das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz des Landes NRW (FaNaG)

Hömma, da bin ich neulich im Internet am Surfen und bin über dat „Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz des Landes NRW (FaNaG)“ gestolpert. Da die Neugierde geweckt war und ich als passionierter Fahrradfahrer bestimmt betroffen von dem Gesetz bin, hab ich mir dat komplett durchgelesen.

Total interessante Lektüre! Vor allem der § 27 „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber Land“ hat mich richtig vom Hocker gehauen. Da steht drinne:

- 1) Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt als moderner, fahrradfreundlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion wahr. Das Land Nordrhein-Westfalen ergreift geeignete Maßnahmen, um seine Dienststellen fahrradfreundlicher zu gestalten. Dies kann auch im Rahmen eines betrieblichen Mobilitätsmanagements erfolgen.*
- (2) Die Behörden, Landesbetriebe, Sondervermögen, Organe der Rechtspflege und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen sollen bis zum 31.12.2026 für jede fünfte regelmäßig das Dienstgebäude nutzende Person einen barrierefrei zu erreichenden und nutzbaren Radabstellplatz in einer wettergeschützten Radabstellanlage auf festem Grund einrichten. In jeder Dienststelle des Landes soll eine möglichst barrierefreie Duschgelegenheit pro Geschlecht vorgesehen werden.*
- (3) Absatz 1 gilt auch für Liegenschaften des Landes Nordrhein-Westfalen, die vermietet werden.*

Donnerwetter, hab ich gedacht, da mach-se ma ne Bestandsaufnahme!

Gesagt, getan, ich die Kumpels angerufen und die nächste Radtour geplant. Treffen war Samstag anne Zeche Nordstern in Gelsenkirchen. Wetter astrein und pünktlich um 9 Uhr ging dat los. Erste Station: die JVA Gelsenkirchen. Ma gucken wat da an überdachte Radabstellplätze für die Kollegens so zur Verfügung steht. Nach

ner lockeren Viertelstunde radeln angekommen, siehste direkt rechts und links von der Einfahrt ca. 25 überdachte Radabstellplätze. Hut ab, dat geht ja schonma gut los. Jetzt is dat noch nich so ganz die Vorgabe vom Gesetz, aber besser als nix. Kurz de Kumpels anne Pforte gewunken und ab zur JVA Essen. Mit dem Fahrrad is dat fast genau so schnell wie mit dem Auto. 50 Minuten später sind wir anne Krawehlstraße angekommen. Kurz den ganzen Komplex aus JVA und Gericht über Virchowstraße, Zweigartstraße und Kortumstraße umrundet und wat soll ich sagen: Fahrradabstellplätze? Fehlanzeige! Bis auf die Laternenmasten is da nix, wo der Drahtesel angekettet werden kann. Aber nich nur für dat Fahrrad is da nix! Auch dat Parken mit dem Auto oder Moped wird zur zeitfüllenden Suchaufgabe. Egal, weiter geht die wilde Fahrt nach Bochum. Da wir ja gemütlich mit dem Fahrrad unterwegs warn, ham wa uns entschieden, ersma zur Zeche Zollverein für ne Currywurst und ein lecker Pilsken. Schließlich muss ja der Kraftverlust ausgeglichen werden! Vonne Zeche Zollverein ging et dann über die Erzbahntrasse bis zur Jahrhunderthalle nach Bochum und ein paar Tretlager-Umdrehungen weiter standen wir vor der Krümmede. Hier gibbet ja jetzt zwei Behörden: die Justizvollzugsanstalt und die Sozialtherapeutische Anstalt. Direkt anne Einfahrt vom Gelände steht links ein sieben Stockwerke großes Parkhaus. Kalte sacht sofort: „hier gibbet genuch überdachte Abstellplätze, is doch egal ob Auto, Moped oder Fahrrad“. „Ne, ne“, sacht der Fränky. „Dat muss laut Gesetz schon ein barrierefrei zu erreichender und nutzbarer Radabstellplatz in einer wettergeschützten Radabstellanlage auf festem Grund sein. Wir wollen ja bei unsere Bestandsaufnahme nich schummeln.“ Nach kurzer Stammtischdiskussion ham wa dann genauer geguckt. Direkt hinter dem Parkhaus ein überdachter Fahrradständer für ca. 12 Radesel und links vonne Pforte noch einer in gleicher Größe. Alles klar hier gibbet auch schon sowat, aber wie in Gelsenkirchen noch nicht für jeden Fünften.

So, jetzt is dat ja so, dat in Bochum noch ein Knast is. So ging unsere Tour weiter nach Langendreer. Nach lockeren neun Kilome-

tern stehen wir direkt vor der Pforte der offenen Vollzugseinrichtung. Hier gibbet erst einmal nix, wo man den Drahtesel abstellen kann. Unsere Blicke schweifen durch den Zaun und über den dortigen Parkplatz. Auch hier können wir keinen Radabstellplatz erspähen. Somit treten wir weiter in die Pedale und strampeln zu unserem letzten Ziel, der JVA Dortmund.

Ca. 45 Minuten und weitere zwölf Kilometer später sind wir an der Lübeckerstraße angekommen. Direkt vor der Pforte ist der Bürgersteig mit Mopeds und Fahrrädern schon zugestellt. Es gibt ein paar fest verbaute Bügel aus Stahlrohr, die zum Befestigen der Zweiräder geeignet sind. Ansonsten bietet sich uns das gleiche Bild wie in Essen. Auch hier haben wir eher Mitleid mit den Kolleginnen und Kollegen falls sie mit Fahrzeugen anreisen. Abstellmöglichkeiten sind hier totale Fehlanzeige. Hier ist wohl eher das Motto: „komm besser per Pedes!“

Nach knapp 65 Kilometern trennten sich unsere Wege und wir fuhren nach Hause. Es war eine sehr schöne Radtour durch dat Ruhrgebiet.

Als Fazit können wa berichten....

Dat Gesetz macht ja nun ganz klare Vorgaben, die bis zum 31.12.2026 erledigt werden müssen. Es gibt bestimmt Behörden, die dat auch schaffen werden. Aber in Essen und Dortmund z. B. wird dat echt schwer, weil da ja überhaupt kein Platz is. Wenn man Gesetze verabschiedet... muss dat doch auch so nen kleines bisschen realistisch sein, oder nich? Nun ja, wer bin ich, um das zu beurteilen. Ganz zum Schluss hab ich da aber doch noch wat. Ich bin echt gespannt, ob beim Neubau der JVA Münster die gesetzlichen Vorgaben des FaNaG Berücksichtigung finden. Auf alle Fälle wird dat eine der nächsten Fahrradtouren mit de Kumpels.

*Grüße aus dem Nirgendwo
Euer Ingo Inkognito*



Jahreshauptversammlung des OV Duisburg-Hamborn

Am 22. März 2024 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des OV Duisburg-Hamborn statt. Die Mitglieder folgten zahlreich der Einladung des Vorstandes und konnten sich im Stammlokal des Ortsverbandes, der „Gaststätte Haus Garden“ in Duisburg-Walsum, einfinden. Einen zentralen Tagesordnungspunkt der Veranstaltung bildete die Neuwahl des Vorstandes für die nächste Amtsperiode und die Vorbereitung des Ortsverbandes auf die anstehenden Personalratswahlen im Juni dieses Jahres.

Zu Beginn begrüßte Vorsitzender Klaus Pallasch herzlich Landesvorsitzenden Horst Butschinek sowie Bezirkssprecher-West Marco Schwierzy. Horst Butschinek wurde auf dem Gewerkschaftstag 2023 zum Nachfolger von Ulrich Biermann als Landesvorsitzender des BSBD NRW gewählt, Marco Schwierzy als Nachfolger von Achim Niessen zum Bezirkssprecher-West. Hierzu konnten Klaus Pallasch und die anwesenden Mitglieder des Ortsverbandes nochmals herzlichst gratulieren.

Problem Nachwuchsgewinnung

Horst Butschinek gab den Mitgliedern daraufhin einen Einblick in die zukünftige Arbeit auf Landesebene und die großen Herausforderungen. Hierbei konnten insbesondere die Problematiken der Nachwuchsgewinnung in allen Bereichen des Vollzuges benannt werden, welche nur durch eine deutliche Steigerung der Attraktivität der unterschiedlichen Berufsstände behoben werden können. Hierzu zählen vor allem die Verbesserungen der Ausstattungs- und Arbeitszeitmerkmale, der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten sowie nicht zuletzt eine Steigerung der monetären Aspekte im Bereich der Zulagen- und Mehrarbeitsvergütung. Marco Schwierzy stellte sich anschließend den Anwesenden als neuer Bezirkssprecher vor und konnte dem Landesvorsitzenden in seinen Standpunkten beipflichten.

Klaus Pallasch berichtete von der Gewerkschaftsarbeit im Ortsverband im Jahr 2023. Die Mitgliederzahlen im Ortsverband konnten dank der guten Arbeit des Vorstandes, aber auch der lobenswerten Mitarbeit und des Engagements seiner Mitglieder, weiter gesteigert werden. Der Ortsverband Duisburg-Hamborn kann aktuell 180 Mitglieder



Für 25 Jahre Mitgliedschaft wurde die Protokollführerin Agnes Horn (zweite von links) ausgezeichnet. Vorsitzender Klaus Pallasch (links), Landesvorsitzender Horst Butschinek (zweiter von rechts) und stellvertretender Vorsitzender Stefan Tasche (rechts) gratulierten.

verzeichnen, was für einen vergleichsweise kleinen Ortsverband eine beachtliche Zahl darstellt.

Man konnte mehrere gemeinsame Veranstaltungen und Teambuildingmaßnahmen organisieren oder zumindest begleiten und finanziell unterstützen. Auch war der Ortsverband sehr aktiv in den zurückliegenden Arbeitskämpfen und Tarifkonflikten der DBB-Gewerkschaften. Es wurden bundesweite Aktionstage des BSBD unterstützt und man konnte eine standfeste Truppe zur entscheidenden Großdemonstration nach Düsseldorf im Dezember entsenden. Der Vorsitzende rief die Kolleginnen und Kollegen dazu auf, das gewerkschaftliche Miteinander weiterhin aktiv mitzugestalten und Ideen zu Projekten auch in Zukunft an den Vorstand heranzutragen.

Treue Mitglieder

Im Anschluss an den Rückblick übernahm Stefan Tasche (1. stellv. Vorsitzender) das Wort. Auch in diesem Jahr gab es einige Jubiläen zu feiern. Agnes Horn, die Protokollführerin des Ortsverbandes, war persönlich anwesend und konnte für ihre nunmehr 25-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden überreichte der Vorstand die Ehrenurkunde des BSBD und eine kleine persönliche Aufmerksamkeit. Als weitere Jubilare des Ortsverbandes Duisburg-Hamborn sind zu nennen: Melanie Rzyduch (25 Jahre), Sandra Tersteegen (25 Jahre), Ralf Fiebert (40

Jahre), Monika Wissen (40 Jahre), Egbert Jochums (50 Jahre).

Ihnen allen sei der Dank ausgesprochen für ihre Treue zur Gewerkschaft. Sie gäben damit ein Beispiel dafür, wie gemeinsame Berufsinteressen vertreten werden sollen. Man ist als Beschäftigter wie auch als Beamter ohne gewerkschaftlichen Rückhalt nur ein Einzelkämpfer ohne tatsächliche Wirkmacht. Mit Blick auf die anstehenden Personalratswahlen stellte Klaus Pallasch den Mitgliedern ein abgeändertes Verfahren zur Aufstellung der Gewerkschaftsliste vor. Zusammen mit den neu gewählten Vorständen sollen die weiteren Listenplätze nunmehr in einem Onlinewahlverfahren unter den weiteren interessierten Kolleginnen und Kollegen vergeben werden. Hintergrundgedanke hierbei sei, dass so wesentlich mehr Mitglieder erreicht und befragt werden können, als es in einer Präsenzveranstaltung wie der Mitgliederversammlung möglich sei. Die so erstellte Liste der zukünftigen Personalvertreter hat so bereits eine breitere Unterstützung innerhalb der Gemeinschaft. Die Mitglieder stimmten der Maßnahme einstimmig zu.

Es folgte die Wahl des Ortsverbandsvorstandes und der OV-Funktionäre für die nächsten vier Jahre. Werner Bläsius (Pensionärsbeauftragter) führte die Wahl durch. Klaus Pallasch (1. Vorsitzender), sowie Stefan Tasche (1. stellv. Vorsitzender) wurden einstimmig wiedergewählt. In einem geheimen Wahlgang zum zweiten stellv. Vor-



Der neue Vorstand des Ortsverbandes Duisburg-Hamborn (von links nach rechts: Marco Schwierzy, Horst Butschinek, Monika Verlande, Klaus Pallasch, Stefan Tasche, Thomas Schellmann, Agnes Horn, Werner Bläsius.

sitzenden setzte sich Thomas Schellmann (ZWA Dinslaken) knapp gegen Kevin Pathrose (vormals Kassenprüfer) durch. Monika

Verlande und Agnes Horn komplettierten den Vorstand, ebenfalls einstimmig als wiedergewählte Kassiererin und Protokollführerin. Zum neuen Jugendsprecher wurde der Kollege Patrick Sandfort gewählt. Werner Bläsius wurde in seinem Amt als Pensionärsbeauftragter bestätigt. Die Kassenprüfung übernehmen wie auch in der letzten Amtsperiode die Kollegen Kevin Pathrose und Stefan Horn.

An dieser Stelle sei nochmals dem abgetretenen Jugendsprecher Dominik Kämpfer für seine stets vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit gedankt. Der Vorstand weiß weiterhin um seine hingebungsvolle Unterstützung.

Die Wiederwahl der Vorstände bestätigte somit die erfolgreiche Arbeit im Ortsverband in den zurückliegenden Jahren und man bedankte sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach auch in Zukunft unnachgiebig für die Belange der Kolleginnen und Kollegen einzustehen und das Miteinander weiter zu stärken.

Auf diese Weise fand die Jahreshauptversammlung einen rundum gelungenen Abschluss.

Klaus Pallasch
OV-Vorsitzender Duisburg-Hamborn ■

Jahreshauptversammlung OV Herford

Der Tagungsort für die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Herford am 5. März 2024 war erstmalig das „Haus Nr. 5“, die ehemalige Anstaltsleiter-Villa vor der Justizvollzugsanstalt in Herford. Axel Korff, der Vorsitzende des Ortsverbandes, eröffnete die Sitzung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kolleginnen und Kollegen.

Die Gruppe gedachte zunächst der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder. Danach berichtete Axel Korff in seinem Tätigkeitsbericht über die Aktivitäten im Ortsverband und gemeinsamen Veranstaltungen mit dem DBB Herford. Anschließend gab er noch einen kleinen Vorgeschmack auf die geplanten Veranstaltungen im Jahre 2024. Nach den ausführlichen Informationen übergab Korff das Wort an den Kassierer Lars König. König stellte den Mitgliedern den Kassenbericht 2023 vor, der von den Kassenprüfern Herrn Breder und Herrn Brandt bestätigt wurde. Eine sich anschließende Abstimmung führte folgerichtig zu einer einstimmigen Entlastung des Vorstandes.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung, die Neuwahl des Vorstandes, folgte direkt im Anschluss. Herr Vögeding wurde als Wahlleiter von der Versammlung bestimmt und führte souverän durch die Wahl.

Als erster Vorsitzender wurde Maik Mitze gewählt, zur ersten Vertreterin Jennifer König und zum zweiten Vertreter Stefan Flaig. Zum Kassierer wurde Lars König wiedergewählt. Zum Schriftführer gewählt wurde Stephan Pöggeler.

In den erweiterten Vorstand wurden Maik Mitze, Verena Grobe und Christoph Real



Maik Mitze ist der neue Vorsitzende des Ortsverbandes Herford

(Fachschaftsvertreter AVD), Jennifer König (Fachschaftsvertreter mittlerer Verwaltungsdienst), Michelle Moning (Fachschaftsvertreter Fachdienste), Stefan Flaig und Jan-Hendrik Pallatzky (Fachschaftsvertreter WD), Thomas Brandt (Fachschaftsvertreter Schwerbehinderte), Jennifer König (Fachschaftsvertreterin für Frauenfragen), und Fabian Freitag (Fachschaftsvertreter für die Jugend- u. Auszubildendenvertretung) gewählt.

Der nächste Tagespunkt stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Personalratswahl 2024. Der frisch gewählte erste Vorsitzende Maik Mitze berichtete kurz über die aktuelle Personalratsarbeit und stellte klar, dass man sich im Vorstand einig sei, dass die Perso-

nalratsarbeit weiterhin auf kompetente Fundamente gestellt werden muss. Hier sind die Gewerkschaften in einer deutlich besseren Position, mit ständig aus- und fortgebildeten Personalratsmitgliedern, die die Personalratsarbeit auf eine solide Basis mit Rückhalt durch die Gewerkschaften stellen.

Er stellte weiterhin fest, dass gerade in diesem Jahr die Aufstellung des BSBD bis zur Personalratswahl von großer Bedeutung sei, da sich erstmals seit langem, neben Verdi wieder eine „freie Liste“ in Herford formiert habe und es somit gilt, sich nicht nur gegen eine weitere Gewerkschaft durchzusetzen.

Dank vielen Gesprächen im Vorfeld konnte ein Listenvorschlag von interessierten Mitgliedern an der Arbeit im Personalrat erstellt werden, in dem versucht wurde, allen Bereichen der JVA Herford gerecht zu werden. Somit konnte die Wahl für die Personalratsliste zügig durchgeführt werden.

Gegen Ende informierte Herr Goertz noch über das bevorstehende Beachvolleyballturnier des Ortsverbandes, das jetzt seit einigen Jahren erfolgreich im Aloha Beachclub Herford durchgeführt wurde. Dieses Jahr soll das Turnier erstmals in kompletter Eigenregie am Sportplatz Tura Löhne veranstaltet werden, um die Kosten weiter im Rahmen zu halten. An Anmeldungen zum Turnier hat es nie gemangelt, doch dieses Jahr hofft er, dass sich auch einige freiwillige Helfer, vielleicht auch aus dem Bereich der Pensionäre, finden, die bei der Verpflegung unterstützen.

Die Sitzung endete mit einem gemütlichen Beisammensein.

Stephan Pöggeler ■

Grundsteinlegung für den Neubau der JVA Münster

Am Freitag, 19. April 2024, legte der nordrhein-westfälische Justizminister, Dr. Benjamin Limbach, gemeinsam mit der JVA Münster und dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb sowie der Stadt Münster den symbolischen Grundstein für das Großprojekt der neuen Justizvollzugsanstalt in Münster, welches hiermit einen weiteren wichtigen Meilenstein erreicht hat. Auf der Baustelle, auf welcher 2026 die neue JVA Münster bezugsfertig stehen soll, herrscht seit Beginn des Jahres 2024 reger Betrieb. Die über einen Kilometer lange Haftmauer steht, das 18 Hektar große Gelände ist großzügig eingegrünt und die umfassenden Ausgleichsmaßnahmen sind seit Ende des vergangenen Jahres abgeschlossen.

„Von der sorgfältigen Grundstückssuche über die umfassenden ökologischen Ausgleichsmaßnahmen bis zur Planung und Realisierung der kompletten Versorgungsinfrastruktur und Verkehrsanbindung ist hier schon sehr viel geleistet worden, das mit dem bloßen Auge nicht immer zu erkennen ist“, betont Markus Vieth, technischer Leiter des Bau- und Liegenschaftsbetrieb der Niederlassung Münster. Mittlerweile stehen sieben bis zu 67 Meter hohe Baukräne auf dem Baufeld und bewegen die schweren Baulasten über die 100.000 Quadratmeter große Fläche, auf welcher aktuell rund 120 Handwerker an verschiedenen Gewerken gleichzeitig arbeiten.

Justizminister Dr. Benjamin Limbach zeigte sich beeindruckt. „Es ist beachtlich, was hier in nur dreieinhalb Monaten entstanden ist. Es freut mich sehr, dass wir bei der Realisierung dieses großen Bauprojektes nun einen wichtigen Meilenstein erreicht haben. Mit der neuen Justizvollzugsanstalt werden hier in Münster die Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines zukunftsorientierten modernen Justizvollzugs erheblich verbessert werden.“

14 Gebäude entstehen hier, wobei neben den Haftbereichen auch ein besonderes Augenmerk auf den modernen Werkstattgebäuden liegt. „Der Neubau wird sowohl für die Inhaftierten als auch für unser Team deutliche Vorteile bringen“, stellte Anstaltsleiter Carsten Heim in seinem Grußwort fest. „Unsere Aufgabe im Justizvollzug ist es, die Gefangenen zu befähigen, nach der Entlassung soziale Verantwortung zu über-



Bei der Grundsteinlegung (von links): Staatssekretärin Dr. Brückner, OB Lewe, Minister der Justiz Dr. Limbach, BLB Leitung Münster Vieth, BLB Geschäftsführern Willems, Anstaltsleiter LRD Heim

nehmen und ein Leben ohne Straftaten zu führen. Diesen gesellschaftlich wichtigen Auftrag können wir hier in Wolbeck zukünftig noch besser wahrnehmen. Einen entscheidenden Beitrag hierzu werden die modernen Werkstattgebäude leisten, durch die sich die Arbeits-, Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Inhaftierten deutlich verbessern und damit auch ihre beruflichen Perspektiven nach der Haftentlassung. Sportplatz und -halle sowie das Begegnungszentrum bieten Raum für eine sinnvolle und aktive Tagesstruktur und unterstützen den modernen Behandlungsvollzug.“

Direkt vor der Baugrube, aus welcher zeitnah das neue Pfortengebäude erwachsen

soll, wurde die Zeitkapsel, welche im Vorfeld nach alter Tradition des Bauhandwerks gefüllt wurde, vorläufig eingemauert. In dieser fanden die Urkunde zur Grundsteinlegung, Baupläne, Tageszeitungen sowie Münzgeld ihren Platz. Zwei weitere kreative Ideen brachte die JVA Münster mit ein: ein ausrangiertes Personennotrufgerät sowie ein altes Haftraumschloss.

Derzeit wird das Kellergeschoss des Mitteltrakts des Kreuzbaus der Hafthäuser gefertigt. Bis die ersten Gebäude ab Sommer in die Höhe wachsen werden, wird auch die Zeitkapsel ihren endgültigen Platz gefunden haben.

Lena Off, JVA Münster



Der Inhalt der Zeitkapsel



Derzeit wird das Kellergeschoss des Mitteltrakts des Kreuzbaus der Hafthäuser gefertigt.

Rauchfreie Zukunft im Justizvollzugskrankenhaus NRW

Ein Schritt in Richtung Gesundheit und Arbeitsschutz

Seit seiner Eröffnung im Jahr 1986 erlaubte das Justizvollzugskrankenhaus (JVK) NRW das Rauchen an jedem Arbeitsplatz im Innenbereich, einschließlich Büros, Gemeinschaftsräumen und Hafträumen. Doch mit dem Inkrafttreten des §5 Nichtraucher-schutz der Arbeitsstättenverordnung im August 2004 wurden die gesetzlichen Regelungen verschärft, um Nichtraucher vor den gesundheitlichen Gefahren des Passivrauchens zu schützen.

Die daraus resultierenden Einschränkungen bedeuteten, dass inhaftierte Raucher und Nichtraucher nicht mehr gemeinsam in einem Haftraum untergebracht werden durften und das Rauchen in Gemeinschaftsräumen untersagt wurde. Obwohl das nordrhein-westfälische Nichtraucherschutzgesetz (NiSchG) ab dem 1. Januar 2008 grundsätzliche Rauchverbote in Krankenhäusern vorsah, erlaubte eine Ausnahme gemäß §3(4) NiSchG NRW weiterhin das Rauchen in Hafträumen in Justizvollzugsanstalten. Somit auch im JVK, das formal als Justizvollzugsanstalt geführt wird.

Diese Ausnahmeregelung stellte jedoch das Pflegepersonal vor erhebliche Herausforderungen. Der intensivere Kontakt mit den Inhaftierten auf den Patientenzimmern im Vergleich zu den Hafträumen setzte das Personal einem erhöhten Risiko des Passivrauchens aus. Hinzu kamen bauliche Gegebenheiten, die eine ausreichende Belüftung der Patientenzimmer erschwerten, was die gesundheitlichen Risiken weiter verstärkte.

Im Frühjahr 2021 wuchs innerhalb der Belegschaft die Forderung nach einer rauchfreien Umgebung. Die Schaffung einer



Foto: pixabay

Arbeitsumgebung, die die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeiter unterstützt, wurde immer wichtiger. In einer Konferenz wurde beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Rauchfreies JVK“ zu gründen und sich dem Thema zu widmen.

Die Recherche des BSBD-Ortsverbandsvorsitzenden Dirk Zierowski ergab, dass das Rauchen in Hafträumen in anderen Justizvollzugskrankenhäusern ebenfalls erlaubt war. Aber eine Ausnahme wurde im JVK Wittlich in Rheinland-Pfalz gefunden. Nach einer Besichtigung und umfangreichen Beratungen durch das dortige Personal und den Anstaltsleiter wurde beschlossen, das Rauchverbot im JVK NRW umzusetzen.

Im Juni 2021 versammelten sich Vertreter verschiedener Bereiche des JVK zu einer zweitägigen Veranstaltung, um die Um-

setzung des Rauchverbots zu planen und mögliche Auswirkungen zu diskutieren. Beteiligt wurden alle betroffenen Berufsgruppen wie die der Pflege, der Ärzte und des Allgemeinen Vollzugs. Gemeinsam mit der Anstaltsleitung, dem LAV, der Pflegedienstleitung, dem Personalrat und der Gleichstellungsbeauftragten wurde in zwei Tagen ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet. Trotz Herausforderungen und Bedenken gab es keine Alternative zum Schutz der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nach drei Jahren und viel Überzeugungsarbeit beim Ministerium der Justiz wurde das Rauchverbot schließlich zum 2. April 2024 umgesetzt. Die Umstellung verlief überraschend reibungslos und stieß auf großes Verständnis bei den Inhaftierten. Die Belegungszahlen blieben bisher stabil und das JVK machte einen bedeutenden Schritt hin zu einem gesünderen Arbeitsumfeld und besserem Arbeitsschutz. Gleichzeitig wird die Attraktivität für Neueinstellungen in der Pflege deutlich verbessert.

Dank gebührt dem Ministerium der Justiz für sein Vertrauen und allen Unterstützern für ihren Einsatz bei der erfolgreichen Umsetzung dieses wichtigen Schritts in Richtung Gesundheit und Arbeitsschutz im Justizvollzugskrankenhaus NRW.

Besonderen Dank möchten wir an die Bezirksregierung Arnsberg, das Institut für angewandte Hygiene in Marburg Lahn und den Verein Pro Rauchfrei e.V. richten.

Dirk Zierowski



Foto: Sven Skultety

Jahreshauptversammlung OV Bochum

Am 21. März 2024 fand die Jahreshauptversammlung des BSBD-OV Bochum wie auch bereits in den letzten Jahren in der Gaststätte Haus Göcke im Bochumer Ortsteil Grumme statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Personalratswahlen, die am 6. Juni 2024 stattfinden werden, die Vorstandswahlen und Ehrungen unserer Jubilare.

Der Kollege Christian Herte stellte sich als Tagungsleiter zur Verfügung und wurde einstimmig durch die Mitgliedschaft gewählt. Im Ergebnis wurde als Vorsitzender Markus Dahlbeck, 1. stellvertretende Vorsitzende Eva Lehmann, 2. stellvertretende Vorsitzende Malte Walter, 1. Kassierer Kevin Schüpp, 1. Schriftführerin Geneviève Beyer, stellvertretende Schriftführerin Alexa Brachmann und stellvertretender Kassierer Marco Rüter einstimmig gewählt. An dieser Stelle einen Dank für das Vertrauen und den Rückhalt unserer Mitglieder an uns als Vorstand. Wir freuen uns, dass wir euch als „alter“ bzw. „neuer“ Vorstand weiterhin vertreten dürfen. Wir werden die Vorstandsarbeit motiviert und angespornt aufnehmen. Leider konnten wir, wie in der Vergangenheit auch schon, keine/n Pensionärsvertreter/in gewinnen. Wir geben nicht auf und werden es im kommenden Jahr erneut versuchen.

Der vom Vorstand erarbeitete Vorschlag zur Reihenfolge der zur Personalratswahl stehenden Mitglieder der Gewerkschaft wurde der Versammlung vorgestellt und angenommen.

Für 25 Jahre treue Mitgliedschaft im BSBD wurden Christian Heine, Marco Rüter und der Vorstandsvorsitzende Markus Dahlbeck vor Ort geehrt. Weiter wurden Thomas Jehl, Esther Gehrken, Anja Schweminski, Marco Seling, Antonia Meding und Danny Janzen für ihr 25. Jubiläum geehrt.

Zum Abschluss durften wir als Gast den Landesvorsitzenden Horst Butschinek begrüßen. Dieser berichtete über das stattgefundenere Treffen im Februar 2024 mit der Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion und Sprecherin für Jugend- und Rechtspolitik Dagmar Hanses. Weiter wurde über die Demonstration im Dezember 2023 und über den Workshop „von Euch-für Euch-mit Euch“ und andere aktuelle und immer wiederkehrende Themen berichtet.

Nach der Versammlung saßen einige Mitglieder noch in gemütlicher Runde zusammen und ließen den Abend ausklingen. Die Jahreshauptversammlung 2024 können wir auch in diesem Jahr als rundum gelungen bezeichnen.

Geneviève Beyer



Fotos (3): BSBD NRW

Jörg Anders übernimmt den Vorsitz von Axel Eberhardt

Jahreshauptversammlung des BSBD OV Köln am 1. März 2024

Am 1. März 2024 war es endlich wieder so weit: Die erste Jahreshauptversammlung des BSBD OV Köln nach Corona konnte in Präsenz in der Kantine der JVA Köln stattfinden.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte Axel Eberhardt die Ehrengäste, den Vorsitzenden des BSBD NRW Horst Butschinek, den Ehrevorsitzenden Peter Brock sowie alle anwesenden Mitglieder.

Im Anschluss richtete Horst Butschinek einige Worte an die Pensionäre und die aktiven Mitglieder und lobte die engagierte Arbeit des OV Köln.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden über die Ereignisse, die sich während der beschwerlichen Jahre der Pandemie zugetragen hatten, erfolgten die Ehrungen.

Peter Weitz wurde für 50 Jahre gewerkschaftliche Arbeit im BSBD geehrt, Jost Mende und Georg Neiseke für Ihre langjährige Arbeit im Vorstand des OV Köln.

Nachdem der alte Vorstand entlastet worden war, ging es weiter mit der Neuwahl des Vorstandes. So wurde dann der Kollege Jörg Anders zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die Kollegen Stephan Wipperfürth und Oliver Zlobinski wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt und

Alexander Biller und Sarkiss Babajani zu Kassierern. Die Aufgabe des Schriftführers übernimmt der ehemalige Vorsitzende Axel Eberhardt, der weiter im Vorstand arbeiten möchte.

Nach den Neuwahlen wurde eine kleine Pause eingelegt, in der den Mitgliedern Kartoffelsalat und Bockwurstchen gereicht wurde. Mit seinen ersten Worten als frischgewählter Vorsitzender bedankte sich Jörg Anders bei den Mitgliedern für das dem neuen Vorstand entgegen gebrachten Vertrauen.

Jörg Anders

True Crime Podcasts und der Wunsch nach Strafe

Als Mitarbeitende des Justizvollzuges begegnen sie uns oft: Gedanken zu den Strafmaßen, mit denen Gefangene bei uns untergebracht sind. Mal finden wir sie zu hart und mal finden wir sie zu mild. Oft genug bleiben diese Gedanken nicht im Kopf, sondern werden thematisiert. Auch das Aussprechen solcher Gedanken gehört zum Job und ist gut und richtig. Unter Gleichgesinnten entspinnen sich die Gespräche über das Strafmaß teilweise hin zu einem regelrechten Sog nach besonders harten Bestrafungen, während bei anderen der Austausch über die unterschiedlichen Aspekte der einzelnen Taten eher im Fokus steht. Beides hat seine Daseinsberechtigung, denn es macht die tägliche Arbeit erträglicher und gibt uns Kraft und Raum, den Gefangenen weiterhin angemessen begegnen zu können. Doch was steckt hinter dem, was wir da tun, und wovon wird dieser Prozess beeinflusst?

Punitivität – der Wunsch nach Strafe

Dass Menschen in Gesellschaften von Normen und Werten abweichen, ist ebenso normal wie der Wunsch, solche Normabweichungen zu sanktionieren. Dabei prägte sich in den Geistes- und Sozialwissenschaften der Begriff der Punitivität. Punitivität im Allgemeinen meint, dass sich Personen oder Institutionen im Falle von Normabweichungen für negative Sanktionen aussprechen. Im Bereich der Kriminologie wird der Begriff der Punitivität noch enger gefasst. Hier meint er, dass im Falle von Normabweichungen Möglichkeiten der Wiedergutmachung ignoriert werden und explizit vergeltende Sanktionen bevorzugt werden. Dabei ist Punitivität nicht nur auf Sanktionsmaßnahmen selbst zu betrachten, sondern ebenso auf den Umgang, den Menschen miteinander pflegen, oder auch

den Führungsstil von Organisationen und Einrichtungen.

Ob sich Personen oder Institutionen punitiv zeigen, lässt sich am ehesten an deren Position zwischen den Polen ausgleichender und vergeltender Reaktionen erkennen. Je vergeltender und härter die geforderte Reaktion bzw. Sanktion ist, desto punitiver zeigt sich die Person oder Institution. (vgl. Lautmann/Klimke 2004)

Punitivität – was macht sie aus

Denken wir an unseren Arbeitsplatz zurück, dürfte uns dieses Gleiten zwischen den Polen am Gefühl zu den Gefangenen auffallen, die wir täglich betreuen. So gibt es diejenigen, deren Taten wir auf das Schärfste verurteilen und die Höchststrafe als gerade hart genug empfinden, wenn überhaupt. Und zugleich gibt es diejenigen, bei denen wir die Inhaftierung selbst schon als zu hart empfinden und uns fragen, warum sie überhaupt im Gefängnis gelandet sind – ob das nötig gewesen ist. Diese Ungleichheit in Bezug auf die Personen, auf die sie ausgerichtet ist, ist ein wichtiger Aspekt der Punitivität. Punitivität wird beeinflusst von historisch gewachsenen und kulturell unterschiedlichen Strukturen von Gesellschaften. Dies meint zum einen, welche Abweichungen von Normen als problematisch empfunden werden, und zum anderen, welche Sanktionen als angemessen und hart beziehungsweise mild empfunden werden. Doch auch die Personen, die diese Sanktionen erhalten, sind ein einflussnehmender Faktor. So gibt es soziale Gruppen, die eher von Punitivität betroffen sind, während andere Gruppen eher mildere Maßnahmen erhalten und mit Fehlverhalten „durchkommen“. Umso wichtiger ist es, bei der Auseinandersetzung mit Strafen auch stets den Ort, die Zeit sowie die Hintergründe der beteiligten Personen – sowohl derjenigen, die die Strafen verhängen, als auch derjenigen, die die Strafen erhalten – zu betrachten. (vgl. Dollinger 2011)

Und wie passen nun True Crime Podcasts hier rein?

Bei dem beschriebenen Phänomen dürfte der ein oder die Andere mit der Frage zurückbleiben, was diese True Crime Podcasts aus dem Titel nun damit zu tun haben. Auch in unserem Tätigkeitsfeld, in dem True Crime Storys die Lebens- und Arbeitsreali-

tät bestimmen, sind True Crime Podcasts immer wieder Thema. Von begeisterten Hörenden über Unschlüssige bis hin zu Kritiker:innen sowie alle dazwischen sind in Gesprächen darüber vertreten. Das dürfte nicht verwundern, gehören True Crime Podcasts doch zu den beliebtesten und schaffen es immer wieder in die Top 3 der meistgehörten Podcasts in Deutschland. (vgl. podwatch.io)

Doch wie hängen nun True Crime Podcasts mit Punitivität zusammen? Dieser Zusammenhang besteht in deren potenzieller Einflussnahme auf punitivem Haltungen. Dabei spielen jedoch nicht nur True Crime Podcasts eine Rolle, sondern Medien insgesamt. Es werden aber auch Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Einkommen, politische Orientierung, Viktimisierungserfahrungen und Wahrnehmung von Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit Punitivität erforscht. Diese Faktoren erzielten unterschiedliche Ergebnisse in den verschiedenen Forschungen, was ihre Einflussnahme anging. Medien hingegen erreichten in vielen dieser Forschungen einen Stellenwert, nach dem ihr Einfluss auf die punitivem Haltung von Menschen als nachgewiesen angesehen werden könnte. Dabei fällt auf, dass einen großen Unterschied macht, wie viele und welche Informationen bereitgestellt werden in diesen Untersuchungen. Eine Forschung setzt sich allein mit dem Unterschied von Informationsstand auseinander und stellt fest, dass das Liefern von zusätzlichen Informationen – beispielsweise wie der Täter seine Tat selbst bewertet und wie er sich danach verhalten hat – auf den Wunsch nach Strafen einen mildernden Einfluss hat. Nach dem Bereitstellen der zusätzliche Informationen forderten die Befragten demnach weniger harte Strafen als zur Befragung, bevor sie weitere Informationen neben dem Tatgeschehen erhielten. (vgl. Kamenowski/Baier 2020; Sessar 2010)

Gerade dies dürfte uns auch aus verschiedenen Situationen bekannt vorkommen. Das erste Gefühl zu Strafen als hart oder mild, ist auch und grade besonders in unserer täglichen Arbeit in den Gesprächen mit anderen Vollzugsbediensteten und auch den Gefangenen selbst Schwankungen unterworfen. Je mehr Informationen hinzukommen, desto bunter ist der Eindruck gefärbt. Dies bezieht sich nicht nur



auf Straftaten, die die Gefangenen zu uns gebracht haben, sondern auch zu Umständen während der Haft wie beispielsweise Disziplinarverfahren oder in den Behandlungskontexten bei Gefangenen, die möglicherweise „wieder einmal“ nicht die Erwartungen erfüllen konnten.

Schlussnote

Eine Frage, die noch unter den Fingern jucken könnte, ist die, warum wir im Vollzugsdienst uns überhaupt mit Strafen auseinandersetzen sollten, wo diese doch von den Gerichten verhängt und von uns nicht in Frage gestellt werden sollten. Dies gilt für unsere tägliche Arbeit mit den Gefangenen, jedoch sind wir auch in unserer Arbeit und unseren professionellen Rollen weiterhin Wesen mit eigenen Meinungen und Gefühlen. Hierzu gehört auch das Aufkommen von punitiven Gefühlen und Haltungen. Am Ende entscheidet auch in diesem Kontext, wie wir mit diesen Gefühlen umgehen. Bestenfalls haben wir gute Orte und Kolleg:innen, mit denen wir ohne Nachteile

darüber sprechen können, sodass diese Gefühle gut versorgt sind und in unserer Arbeit mit Gefangenen und in den professionellen Settings nicht herausbrechen. Am Ende des Tages lohnt es, sich bewusst zu bleiben, dass es normal ist, solche Gefühle und Gedanken zu haben und wovon sie beeinflusst werden, sodass wir uns und ggf. auch anderen die Gelegenheit geben, diese Gefühle und Haltungen zu steuern.

Kontakt

Sollten Sie an weiteren Informationen, dem Literaturverzeichnis oder auch an einem Austausch zum Thema dieses Artikels interessiert sein, zögern Sie nicht, mich über die Redaktion des BSBD NRW zu kontaktieren.

Larissa Hallstein,
Sozialdienst JVA Bochum



Foto: BSBD NRW

Larissa Hallstein

Über die Autorin:

Ihre vollzugliche Karriere startete Larissa Hallstein nach Abschluss ihres Studiums der Sozialen Arbeit an der Universität Siegen mit ihrem Anerkennungsjahr in der JVA Wiesbaden (geschlossener Vollzug für männliche Jugendliche und Heranwachsende). Nach Erhalt der staatlichen Anerkennung arbeitete sie fünf Jahre lang im Jugendvollzug der Hamburger Justiz. In dieser Zeit nahm sie das Masterstudium der internationalen Kriminologie an der Universität Hamburg auf, das sie kurz nach ihrem Wechsel im Dezember 2022 an die JVA Bochum erfolgreich beendete. Heute ist sie als Sozialarbeiterin in der JVA Bochum in einer sozialtherapeutischen Abteilung tätig.

BSBD NRW in der Politik

Die Landesleitung des BSBD NRW hat die Gespräche mit der Politik im Düsseldorfer Landtag fortgesetzt. In einem offenen und ausführlichen Gespräch mit dem rechtspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Werner Pfeil, thematisierte der Fachschaftsvertreter für den Werkdienst, Peter Lipperts aus Heinsberg, insbesondere die Ursachen des Nachwuchsmangels in seiner Laufbahn. Lösungsorientierte Wege wurden auch in diesem Gespräch aufgezeigt. Eine Anhebung der Meisterzulage ist mehr als überfällig. Die BSBD-Landesleitung wies daraufhin, dass der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen nicht dazu geeignet ist, um parteipolitische Spielchen durchzuführen. Auch die unzureichende Anzahl an Plätzen für psychisch auffällige Inhaftierte wurden klar und unmissverständlich dargestellt. Hier reicht es aus Sicht des BSBD NRW nicht aus, an einzelnen Stellschrauben zu drehen. Für die Lösung dieses Problems muss die Politik angemessene Rahmenbedingungen schaffen. Die gute Zusammenarbeit zwischen der FDP-Landtagsfraktion und dem BSBD NRW wird im Sinne des Justizvollzuges weiter intensiviert. #voneuchfüreuchmiteuch



Fotos (3): BSBD NRW

Die JVA Koblenz und der BSBD Ortsverband

laden zur 15. Auflage der Deutschen Meisterschaft ein!



DEUTSCHE MTB MEISTERSCHAFT DER JUSTIZ

► Anmeldung: <https://my.raceresult.com/277199/>

Foto: senadesign / stock.adobe.com

SPD-Abgeordnete besuchen JVA Trier

Die Landtagsabgeordneten der SPD Sven Teuber, Lothar Rommelfanger und Christoph Spies besuchten die JVA Trier. Im Gespräch mit der Anstaltsleiterin Sabine Beckmann und dem Personalratsvorsitzenden Stefan Ternes, der gleichzeitig stellvertretenden Landesvorsitzender des BSBD RLP ist, wurden die immer noch anstehenden Schließungspläne der Landesregierung und des FDP geführten Justizministeriums für die JVA Trier besprochen.

Man war sich in der Sache einig, dass es noch mindestens 10 bis 15 Jahre dauern wird, bis die Renovierung des Altbaus der JVA Wittlich realisiert werden kann. Viel zu groß sind aus Sicht des Kollegen Ternes die Probleme, welche im Baubereich des gesamten Justizvollzuges in Rheinland-Pfalz anstehen. Aus diesem Grund hält er die, wie vom Ministerium vorgesehene Realisierung dieses Bauvorhabens im Jahr 2032, für schwer durchführbar. Deshalb ist es aus seiner Sicht unumgänglich, dass sich das Justizministerium endlich „ehrlich“ macht und einen klaren Plan für die Bewältigung der baulichen Probleme in den Anstalten des Landes vorlegt, mit dem dann auch entsprechend gehandelt werden kann.

Kollege Ternes forderte daher gegenüber den SPD-Abgeordneten, dass der zurzeit bestehende Sperrvermerk für Investitionen für die JVA Trier aufgehoben wird, um hier wieder handlungsfähig zu werden. Ansonsten werde ein langsames „Ausbluten“ der Trierer Anstalt stattfinden, da es sehr



v.l.n.r. MdL Rommelfanger, MdL Teuber, Anstaltsleiterin Beckmann, MdL Spies und Kollege Ternes

schwierig ist, junge Menschen für einen Arbeitsplatz in einer „sterbenden“ Anstalt zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang müssten bauliche Maßnahmen, wie der geplante neue Spazierhof für die Gefangenen realisiert werden, welcher eine deutliche Verbesserung der Haftsituation für die Gefangenen bedeuten würde. Dieser stand bis zum Schließungsbeschluss im Jahr 2018 unmittelbar vor seiner Realisierung.

Hier den Kopf in den Sand zu stecken und einfach immer wieder die Schließung

der Anstalt als Ausrede für ausbleibende sinnvolle baulichen Maßnahmen, welche die Haftbedingungen der Gefangenen verbessern würden, zu nutzen, ist nicht zielführend. Leider ist dies die vom Justizministerium etablierte Verfahrensweise, welche letztlich dem gesamten Vollzug in Rheinland-Pfalz nicht dienlich ist.

Beim abschließenden Rundgang durch die Anstalt konnten sich die Mandatsträger noch einen eigenen Eindruck über den baulichen Zustand der JVA Trier machen.

Stefan Ternes

Foto: BSBD RLP

Moderner Strafvollzug in Rheinland-Pfalz?

Wie kann oder sollte der moderne Strafvollzug in Rheinland-Pfalz aussehen und mit welchen Herausforderungen sind die JVA-Bediensteten tagtäglich in ihrem Beruf konfrontiert? Dies waren die großen Themen bei dem gemeinsamen Austausch von Vertretern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten in Rheinland-Pfalz (BSBD RLP) und dem rechtspolitischen Sprecher der FREIE WÄHLER-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz, Stephan Wefelscheid.

Große Einigkeit herrschte bei den Gesprächspartnern darüber, dass der bauliche Zustand einiger Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz Mängel aufweist und dass neben der Sanierung von Bestandsgebäuden auch über Neubauten nachgedacht werden muss. Der Landesvorsitzende des BSBD RLP, Stefan Wagner, und der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ternes plädierten zudem für den Erhalt des Standortes der JVA Trier. Vor allem muss aus ihrer Sicht der sogenannte Sperrvermerk für Investitionen vom Justizministerium zurückgenommen werden, da davon auszugehen ist, dass die Anstalt in Trier noch mindestens die nächsten 10 bis 15 Jahre in Betrieb bleibt. Diese Sichtweise teilte Herr Wefelscheid ebenfalls und sagte den Gewerkschaftlern gegenüber, dass er die Schließung der JVA Trier als nicht sinnvoll erachtet.

Hierzu muss man anführen, dass Herr Wefelscheid als Jurist und praktizierender Rechtsanwalt die rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten und deren bauliche Situation gut kennt. Auch hat er sich in dieser Legislaturperiode bereits mehrfach einen Überblick vor Ort in den verschiedenen JVA'en verschafft.

In seinem Statement für einen Neubau der JVA Koblenz stellte der Vorsitzende der Freien Wähler RLP klar: „Für mich war der Besuch der JVA Koblenz im vorigen Frühjahr besonders eindrücklich. Als Koblenzer laufe ich dort täglich auf meinem Arbeitsweg vorbei und war schon über das äußere Erscheinungsbild beunruhigt. Den erheblichen Sanierungsbedarf habe ich aber erst innerhalb der Anstaltsmauern erkannt. Deshalb ist für mich klar: Ein Neubau der JVA Koblenz ist unumgänglich. Die Sanierung darf nicht zum Millionengrab werden!“

Dass eine angemessene finanzielle Ausstattung für den Justizvollzug nicht nur im baulichen Bereich notwendig ist, um den Herausforderungen der nächsten Jahre entgegenzutreten, war ebenfalls unstrittig. Hier muss für die Zukunft über eine Erhöhung der sogenannten Gitterzulage und der Schichtzulage nachgedacht werden, sowie deren Auszahlungskriterien reformiert werden. Nur so lassen sich aus Sicht der Beteiligten junge Menschen als Bedienstete für den Vollzug gewinnen.

Stefan Ternes



Foto: BSBD RLP

v.l.n.r. Kollege Wagner, Landesvorsitzender der Freien Wähler Herr Wefelscheid, Kollege Ternes

Bildung bildet

Seminarangebote des BSBD Rheinland-Pfalz



Foto: dusanpetkovic / stockadobe.com

Als Teil seiner gewerkschaftlichen Arbeit führt der BSBD Rheinland-Pfalz weiterhin Seminare zu gesellschaftspolitischen, aber auch zu vollzugsspezifischen Themen durch.

Bisher ausgeschriebene Seminare:

„Gesund am Arbeitsplatz – der Arbeitsplatz im Einfluss der Künstlichen Intelligenz“

18.-20. September 2024,

Jugendherberge Saarbrücken

„Justizvollzug im Vergleich – Deutschland – Luxemburg/ Luxemburg – eine europäische Hauptstadt/ Antisemitismus und Holocaust“

02.-06. Dezember 2024,

Holiday Inn Express-Hotel Trier

In Planung befindliche Seminare:

„Beruf und Familie im Schichtdienst – eine Herausforderung nicht nur an die Menschen“

„Anforderungen an die Sicherheit im Justizvollzug – strukturell und personell“

„Pensionärsfahrt im Frühjahr 2024“

Informationen zu allen Fahrten gibt es unter: www.bsbd-rlp.de oder Anfragen unter: mail@bsbd-rlp.de

Treffen der Landesarbeitsgruppe „Psychologischer Dienst“ des BSBD

Am 20.03.2024 traf sich die Landesarbeitsgruppe des Psychologischen Dienstes der BSBD im Barbarossahof Kaiserslautern. In entspannter Atmosphäre stellte der stellvertretende Landesvorsitzender Stefan Ternes den neuen Landesvorstand noch einmal explizit vor und berichtete über aktuelle Themen im Lande.

Daneben führte er aus, dass gerade die Arbeitsgemeinschaften innerhalb des BSBD's eine wichtige Rolle in der Vorbereitung und Benennung von Zielen für die Gewerkschaftsarbeit spielen, denn gerade in diesen Gruppen wird von Fachleuten, die tagtäglich an der Basis arbeiten, der wirkliche Bedarf festgestellt und benannt.

So wurden bei diesem Treffen, unter der Leitung der Gruppensprecherin Lena Willhelmus, über folgende Themen diskutiert:

- ▶ Der Bedarf an fachspezifischen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für den Psychologischen Dienst
- ▶ Der Stand der Umsetzung des Konzeptes „Lokal – Ambulant - Psychiatrische Behandlung“ (LAP) in Rheinland-Pfalz



v.l.n.r. Kollegin Heinrichs, Kollege Ternes, Kollegin Nicolay, Kollegin Neu, Kollegin Willhelmus

Letztlich war auch die Entwicklung und Neustrukturierung der Arbeitsgruppe, nachdem sich langjährige sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus der Gruppe verabschiedeten, ein wichtiges Thema. An dieser Stelle soll auch noch ein herzlicher Dank an Frederike und Michael für die stets engagierte Mitarbeit nicht unerwähnt

bleiben. Ebenso wie die damit verbundene herzliche Einladung, insbesondere an Kolleginnen und Kollegen, welche erst seit kurzem im Vollzug tätig sind, gewerkschaftliche Luft zu schnuppern.

Lena Willhelmus

Treffen der AG „Soziale Dienste“

Am 17. April 2024 begrüßte der BSBD Landesvorsitzende Mark Schallmo die Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Vollzugsanstalten des Landes zur „Neuaufgabe“ der Arbeitsgruppe „Soziale Dienste“ im Barbarossahof / Kaiserslautern. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe begrüßten es ausnahmslos, dass diese Arbeitsgruppe wieder zum „Laufen“ gekommen ist.

Als erster Punkt stand die Neuwahl einer Sprecherin der Arbeitsgruppe auf der Tagesordnung, zu welcher dann Frau Anna-Maria Huber aus der JVA Zweibrücken benannt wurde.

Vielen Dank an dieser Stelle an Kollegin Huber für die Übernahme dieser Funktion und der damit verbundenen Aufgabe, die Gruppe sowie deren Belange in Zukunft zu gestalten.

Die Anwesenden sehen es als eine wichtige Aufgabe der Gruppe heraus, dass der Sozial Dienst durch diese AG künftig bes-

ser untereinander vernetzt ist und erhoffen sich hierdurch einen regen Austausch untereinander.

Anschließend wurde das aktuelle Geschehen im Land intensiv diskutiert. Insbesondere die Situation des Sozialen Dienstes in den einzelnen Anstalten, nahm hier eine hervorgehobene Position ein.

Hierbei wurde die durchaus angespannte Lage in den einzelnen Anstalten eindringlich thematisiert.

Als künftige Themen bzw. Aufgaben hat sich die AG in Laufe des Treffens auf folgende Schwerpunkte verständigt:

- Erhöhung des Stellenkegels (Beamten)
- Mehr Beförderungsstellen für die Laufbahn der A 13 (Beamten)
- Anhebung der Vergütung im Angestelltenbereich auf die S15
- Eingangssamt A10 (Beamten) (Für alle Laufbahnen im 3. EA)

- Abbau von Bürokratie
- Bei der Ausbildung im 2. Einstiegsamt (AVD) sollte noch mehr auch auf die Arbeit der Sozialdienstkräfte in Bezug auf die alltägliche Arbeit hingewiesen werden.

Daneben will die AG sich mit den Themen:

- Home-Office
- Haftantritt von Gefangenen im Offenen Vollzug
- Höhenverstellbare Schreibtische beschäftigen.

Als Termin für das nächste Treffen dieser Arbeitsgruppe wurde der 23. September 2024, wieder in Kaiserslautern, festgelegt.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP

Generationenwechsel im Ortsverband Trier

Bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung standen die Neuwahlen des Vorstands des OV Trier an. Hierfür begrüßte der noch amtierende Vorsitzende Nikolaus Adam die anwesenden Kolleginnen und Kollegen im Leinenhof in Schweich. Sein besonderer Gruß galt hierbei den anwesenden Pensionären. Daneben begrüßte er als Vertreter des Landesvorstands den stellvertretenden Landesvorsitzenden Stefan Ternes.

Dieser führte daraufhin in seinem Grußwort aus, wie sich der neue Landesvorstand gestaltet und welche Ziele sich dieser gesetzt hat. Insbesondere ging er darauf ein, dass es ein besonderes Anliegen der neuen Landesleitung ist, die Pensionäre mehr an den Verband zu binden. Hierfür werde man in Zukunft in Verbindung mit dem Landespensionärsvertreter sowie den Mitgliedern der AG Pensionäre und den Pensionärvertretern der Ortsverbände noch enger zusammenarbeiten, um Treffen und Seminare zu erarbeiten, welche für unsere Ruheständler interessant und sinnvoll sind.

Des Weiteren teilte Kollege Ternes mit, dass es im gesamten Land große Probleme im baulichen Bereich im Vollzug gibt und letztlich hierdurch mit einer Schließung der JVA Trier in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei. Selbst das Justizministerium geht in seinen eher optimistischen Zeitplanungen mittlerweile davon aus, dass eine Schließung der Trierer Anstalt vor 2032 nicht durchführbar ist. Ob diese Planungen jedoch auch im Hinblick auf die Landtagswahlen 2026 und die leeren Kassen des Landes noch Bestand haben, darf seiner Meinung nach noch abgewartet werden.

Letztlich waren noch die guten Nachrichten aus dem Tarifabschluss ein Thema. Kollege Ternes lobte den Tarifabschluss und die mittlerweile 1:1 Übernahme auf die Beamtenschaft durch die Landesregierung als ein gutes Zeichen, um den öffentlichen Dienst wieder attraktiv für junge Menschen zu gestalten. Dies ist aus seiner Sicht dringend notwendig, da es sich in fast allen Bereichen des öffentlichen Dienstes als

sehr schwierig darstellt, genügend und vor allem geeignete Bewerber zu finden.

Die weitere Sitzung wurde dann durch den Ortsverbandsvorsitzenden Adam moderiert, der in seinem Bericht noch einmal die Aktivitäten des Ortsverbandes darlegte. Auch wies er auf die Besonderheit des OV Trier hin, der über mehr Mitglieder verfügt, als die JVA Trier aktive Mitarbeiter hat. Dies ist ein sehr einmaliges und deutliches Votum für die gute Verbandsarbeit, welche im OV Trier geleistet wird. Hierfür sprechen die Ehrungen der langjährigen Mitglieder, bei denen ein Kollege für 50 Jahre Mitgliedschaft und mehrere Kollegen für 40 Jahre Mitgliedschaft im BSBD geehrt wurden.

Nach der anschließenden Entlastung des Kassenwartes sowie des Vorstandes wurden die Neuwahlen des OV durchgeführt.

Da schon im Vorfeld klar war, dass die „alte“ Garde eine Verjüngung des Vorstandes erwirken wollte, wurden mit dem neuen Vorsitzenden Philipp Lehnertz, den Beisitzern Heike Meyer-Darzi und Johannes Wollscheid „frische“ Kräfte an Bord geholt. Diese können sich aber auf die bewährten Kollegen Adam, nunmehr stellvertretender OV-Vorsitzender, den Pensionärvertreter Achim Komes sowie den bewährten Kassenwart Christian Pompejus und die ebenfalls wiedergewählte Schriftführerin Lisa Amhof stützen.

Es besteht Einigkeit, dass der OV Trier durch diese Wahl gut aufgestellt ist, um weiterhin erfolgreich durch die manchmal stürmische See des Vollzuges schiffen zu können.



v.l.n.r. Kollege Adam, Kollege Strakejahn, Kollege Mai, Kollege Ternes

Philipp Lehnertz

Schulung für Personalratsmitglieder der Justiz und Justizvollzugsanstalten Rheinland-Pfalz

Unter der Schirmherrschaft der AG Justiz fand vom 15. - 16.04.2024 in der Jugendherberge St. Goar die zweite Personalräteschulung für 2024 statt. Viele Personalratsvertreter/innen besuchten die Veranstaltung mit folgenden Themenschwerpunkten:

1. Erfolgreich verhandeln und argumentieren in der PR-Arbeit.

2. Menschenkenntnis für eine effektive Interessenvertretung!

3. Mitarbeiterführung durch Beurteilungen.

4. Neue Wege des Bewerberauswahlverfahrens.

Das erste Thema wurde vom Kollegen Schallmo den Teilnehmern/innen vermittelt.

Danach übernahm der Kollege Spruzen den zweiten Vortrag des Tages zum Thema „Menschenkenntnis“. Hierbei vermittelte er sehr anschaulich wie wertvoll und wichtig eine gute Menschenkenntnis, gerade auch als Personalrat ist. Am zweiten Tag vermittelte die Kollegin Schatz den Seminarteilnehmern/innen eindrucksvoll das anspruchsvolle Thema „Mitarbeiterfüh-

rung durch Beurteilungen“! vermitteln. Zu guter Letzt übernahm der Kollege Conrad zum Abschluss der Fortbildung das Thema: „Neue Wege des Bewerberauswahlverfahrens“. Hier wurde speziell auf die kommenden Herausforderungen im Umgang mit der sog. Generation „Z“ in der Berufswelt Stellung bezogen.

Wieder einmal zeigte sich in diesem Seminar, wie man Personalratsmitgliedern neue „Techniken“, Herangehensweisen, Vorschläge sowie Impulse vermittelt, damit sie künftig ihre Personalratsarbeit noch weiter ausgestalten und optimieren können.

Vielen Dank nochmal an die Dozenten/in für die hervorragende Vermittlung der Themen, und an alle Seminarbesucher/innen für die ganz tolle Mitarbeit.

Die nächste Personalräteschulung soll im November 2024 in Vallendar stattfinden.

Mark Schallmo

BSBD Landesvorsitzender



Die Mitglieder der Personalräteschulung des BSBD-Rheinland-Pfalz

BSBD Bundeshauptvorstand tagt in Erfurt



v.l.n.r. Landesvorsitzender Stefan Wagner, Bundesvorsitzender René Müller, Landesvorsitzender Mark Schallmo

Auf Einladung des BSBD-Bundesvorstandes tagte vom 12. - 14.03.2024 der BSBD-Bundeshauptvorstand in Erfurt.

Als Vertreter des Landesverbandes Rheinland-Pfalz waren die Kollegen Stefan Wagner und Mark Schallmo vor Ort um sich über die aktuellen Entwicklungen aus dem Bundesbereich zu informieren und um die Interessen aus Rheinland-Pfalz zu vertreten.

Es galt eine sehr umfangreiche Tagesordnung bei diesem Treffen abzuarbeiten. Besonderen Raum nahm der Bericht des Tarifvertreterers Sönke Patzer über den Verlauf und das Ergebnis der Tarifverhandlungen ein.

Zum Zeitpunkt der Tagung war noch nicht in allen Bundesländern die Ausgestaltung der Tarifübernahme auf den Beamtenbereich klar.

Weitere Themen waren unter anderem:

- Urteile zur amtsangemessenen Alimentation
- Forsa Umfrage zum Berufsranking
- Der „Neue“ Vollzugsdienst
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz
- Mobbing
- Angriffschädigung

Auch waren Vertreter der DBV-Versicherung zu einem Programmpunkt geladen. Diese berichteten über aktuelle Versicherungsleistungen und Angebote ihrer Versicherung.

Kollege Wagner sowie Kollege Schallmo nutzten dieses Treffen einerseits,

- um die Probleme aus Rheinland-Pfalz darzulegen, und weiterhin,

- um den Bund über die Neue Geschäftsführung des Landesverbandes zu informieren.

Auch außerhalb der intensiven Tagesordnung wurden sehr gute Gespräche über die Zielsetzungen und Ideen für die Zukunft des Justizvollzuges geführt.

Es wurden sehr viele Kontakte gepflegt und neu gegründet.

Stefan Wagner und Mark Schallmo
Vorsitzende-BSBD-RLP

Tarifübernahme vom Landtag beschlossen

Nur ein wenig mehr, als das was man tun musste!

Der BSBD Rheinland-Pfalz begrüßt im Grundsatz ausdrücklich die einstimmige Annahme des Gesetzes zur Tarifübernahme und Erhöhung der Gitterzulage im rheinland-pfälzischen Landtag.

„Dies ist ein richtiger Schritt und wichtiges Signal an die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz“, so kommentiert Landesvorsitzender Mark Schallmo das neue Gesetz.

„Alles andere als die zeit- und inhalts-gleiche Übernahme wäre den Beamtinnen und Beamten nicht zu vermitteln gewesen, daher freuen wir uns auch über die Einstimmigkeit des Landtages zur Annahme“.

Der Versuch der Landesregierung, die Übernahme des Tarifergebnisses als besondere Art der Wertschätzung gegenüber den Beamtinnen und Beamten zu verkaufen ist allerdings nicht nachvollziehbar. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, in Ta-

rifverhandlungen erzielte Ergebnisse auch auf den Beamtenbereich zu übertragen. Bei aller Zufriedenheit über das Gesetz, bleibt dennoch Raum, weitere Verbesserungen zu fordern, die im Gesetzgebungsverfahren leider kein Gehör gefunden haben.

Dazu gehören unter anderem:

Die Bezahlung des „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ zum Beispiel. Hier erfolgt zwar seit Jahren eine Dynamisierung der Beträge anhand der Tarifentwicklung. Dennoch sind die gezahlten Beträge in der Höhe mehr als inakzeptabel und bedürfen einer dringenden und spürbaren Erhöhung.

Die Staffelung der Gitterzulage, die volle Höhe wird erst nach drei Jahren Dienstzeit gezahlt, ist nicht akzeptabel. Im Justizvollzug gibt es keine klassischen Einarbeitungsphasen, hier werden alle Funktionen, anders als vom Ministerium der Finanzen dargestellt, von Beginn an aufgefüllt. Daher ist die Gitterzulage vom ersten Tag an in voller Höhe zu zahlen.

Die Zulage für medizinische Beamte muss eingeführt werden. Hier kann es nicht sein, dass verbeamtete Kräfte auf die Zulage verzichten müssen. Eine Abgeltung der besonderen Anforderungen für den medizinischen Bereich erfolgt nicht, wie vom Ministerium der Finanzen behauptet, mit der Zahlung der Gitterzulage.

Wir fordern weiterhin und vehement die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage. Die Belastungen des Dienstes verschwinden nicht mit dem Eintritt in den Ruhestand. Andere Bundesländer haben dies schon erkannt.

Der BSBD Rheinland-Pfalz wird diese und weitere Forderungen weiterhin im politischen Raum vortragen und vertreten.

Von den Ergebnissen des BSBD profitieren natürlich alle Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug. Daher lohnt sich eine Mitgliedschaft noch mehr, um unsere Position zu stärken.

BSBD – Wir für euch

Fachkräftemangel spürbar!

Sanitätsbedienstete im Land sind unzufrieden!

Trotz mehrerer Absagen fand das Treffen der Arbeitsgruppe „Sanitätsdienst“ in etwas reduzierter Teilnehmerzahl statt. Der Landesvorsitzende Stefan Wagner begrüßte die Teilnehmer und ihren Fachgruppensprecher Marco Schlösser herzlich.

Ohne große Einführung wurden die unterschiedlichen Arbeitsweisen in den einzelnen Einrichtungen vorgestellt und diskutiert. Es wurde festgestellt, dass an vielen Stellen und bei vielen Vorgängen eine einheitlichere Arbeitsweise angebracht wäre, um bei Verlegungen von Gefangenen in andere Einrichtungen besser nachvollziehen zu können, was in der vorherigen Einrichtung veranlasst wurde.

Als großes Problem für den Sanitätsdienst insgesamt wurde festgestellt, dass es immer schwieriger ist, Personal für diesen Bereich zu finden. Da hier eine medizinische Ausbildung, zumindest aber die Ausbildung zum Rettungssanitäter, hier vorgeschrie-

ben ist. Der Druck und die Arbeitsbelastung im Sanitätsdienst lassen sich auch schwer mit anderen Bereichen vergleichen. Personalsatz kann aber durch die speziellen Anforderungen nur aus der eigenen Gruppe heraus erfolgen. Dies erschwert die Personalplanung enorm.

Eine Erleichterung der Situation konnte mit der Einstellung von medizinischen Fachangestellten als tariflich Beschäftigte erzielt werden. Daneben sollen zukünftig auch Rettungssanitäter als tariflich Beschäftigte eingestellt werden. Dies wiederum stellt aber auch den Sicherheitsaspekt vor große Herausforderungen, denn bisher waren ausschließlich verbeamtete Kräfte in den Sanitätsabteilungen tätig. Dies soll auf lange Sicht auch weiterhin so bleiben.

Erschwert wird die Situation künftig sicherlich dadurch, dass es in den vergangenen Tarifverhandlungen gelungen ist, eine Zulage für Beschäftigte im medizinischen Bereich durchzusetzen, welche das Land

Rheinland-Pfalz aber nicht für die Beamtinnen und Beamten übernommen hat. Gefordert wird ebenso ein einheitlicher Ausbildungsstandard für die Bediensteten im Sanitätsdienst.

Neben einigen weiteren speziellen Problemen wurden auch die allgemeinen Probleme der Personalgewinnung angesprochen, zum Beispiel die Bezahlung der Wochenenddienste. Hier konnte der Landesvorsitzende berichten, dass dieses Thema bei allen Gesprächen im politischen Raum immer wieder vorgetragen wird.

Zum Abschluss des sehr intensiven Austauschs dankte Stefan Wagner allen Anwesenden für ihr Kommen und versicherte, dass sich der Landesverband den angesprochenen Problemen annehmen wird. Ein nächstes Treffen der Arbeitsgruppe ist für die zweite Jahreshälfte vorgesehen.

Stefan Wagner

Besuchertage in der JVA Saarbrücken

In der Zeit vom 22. Februar 2024 bis zum 21. März 2024 fanden über fünf Wochen jeden Donnerstag in der JVA Saarbrücken die Besuchertage für Angehörige und Freunde unserer Bediensteten statt. In dieser Zeit wurden die Türen der JVA Saarbrücken geöffnet und den Besuchern eine Veranstaltung präsentiert, in der man den Vollzug in all seinen Facetten sowie Besonderheiten kennenlernen konnte. Die Besucher wurden an den einzelnen Terminen in vier Gruppen aufgeteilt, welche dann an unterschiedlichen Punkten in der Anstalt mit der Führung starteten.

Die insgesamt 1174 Besucher in diesen fünf Wochen bekamen Einblicke in alle Unterbringungsbereiche der Gefangenen, in unsere Küche, in die Kammer und Besuchsabteilung sowie in die einzelnen Fremd-, Eigen- und Ausbildungsbetriebe. Auch das „HERZ“ der Anstalt, die Sicherheitszentrale in Haus 4, wurde unseren Besuchern präsentiert. Dort laufen alle unsere rund 900 Kameras auf. Darüber hinaus werden dort auch sämtliche Monitorhafträume, besonders gesicherte Hafträume sowie alle sonstigen Alarmer überwacht. In der weiteren Folge bekamen sie die besonders gesicherten Hafträume sowie unsere „Time out Zelle“ in der U-Haft gezeigt. Ein Highlight war sicher, wie es oft bei Führungen durch unsere Anstalt ist, die imposante Erscheinung der U-Haft mit ihrer panopti-



U Haft

schen Bauweise. Eine weitere interessante Erfahrung die unsere Besucher machen konnten war sicher der Wohngruppenvollzug in Haus 3. Hier hatten die Besucher die Möglichkeit mit den Gefangenen ins persönliche Gespräch zu kommen und etwas aus Ihrem alltäglichen Haftalltag zu erfahren. Auch von Seiten der Gefangenen wurde diese Chance sehr gut angenommen und man gab sich alle Mühe. Des Weiteren war es auch für die Gefangenen eine Abwechslung ihres Alltags. Diese Möglichkeit bestand auch in der Sporthalle, in der un-

ser Sportverein (Lerchesflur-Sport-Gemeinschaft 1988 e.V., kurz LSG) sowie die Gefangenenzzeitung ProReo von den Gefangenen vorgestellt wurde.

Dort präsentierte sich auch unsere Abteilung Sicherheit & Ordnung. In einer erstklassigen, mit viel Liebe fürs Detail vorbereiteten Ausstellung, wurden dort Fundstücke aus den letzten Jahrzehnten der JVA Saarbrücken gezeigt. Angefangen von historischen Schriftstücken der Anstalt aus dem frühen 20. Jahrhundert, über selbstgebautes Werkzeug und Waffen von Gefangenen, Tattoomaschinen im Wandel der Zeit sowie „Knasthandys“ und selbstgebaute Versteckmöglichkeiten, welche bei diversen Kontrollen gefunden wurden. Auch wurde die Sicherheitsausrüstung der Beamten für geplante und notwendige Zugriffe gezeigt. Diese Ausstellung unserer Abteilung Sicherheit und Ordnung stieß auf sehr großes Interesse und Begeisterung bei allen Besuchern.

Ebenso wurde an einem Stand Ausstellungsstücke unserer Schlosserei und unserer Nähwerkstatt ausgestellt. Hier hatten die Besucher die Möglichkeit Werkstücke aus unserer Schlosserei, wie zum Beispiel verschiedene Grills aus Edelstahl, zu bestellen. Ferner wurden aus der Nähwerkstatt verschiedenste Artikel, unter anderem auch mit unserem Slogan „Krumme Tour



Kolleginnen Julie Castra-Forster, Laura Neumann, Katharina Schneider



v. l. Dirk Tietze (Schlosserei), Gerhard Schirra (Leiter Arbeitsverwaltung)



v. l. Sascha Klein, Ministerin Petra Berg, VDL Behles Michael

Lerchesflur“, präsentiert und zum Verkauf angeboten. Auch hier bestand selbstverständlich die Möglichkeit einzelne Artikel, welche nicht vorrätig waren, zu bestellen.

Die Besuchertage der JVA Saarbrücken waren auch eine erfolgreiche Werbung für die Tätigkeit im saarländischen Strafvollzug hinter Gittern. Wir glauben auch, dass die Besuchertage von unschätzbarem Wert für die Identifikation unserer Kolleginnen und Kollegen und ihrer Angehörigen mit der Anstalt sind.

Wir möchten uns auch hier wieder bei allen unseren Kolleginnen und Kollegen, für den weit über das Übliche hinausgehenden Einsatz, recht herzlich bedanken. Ohne diesen, wären die wirklich ausgesprochen tollen Veranstaltungen nicht möglich gewesen. Solche Veranstaltungen müssen aber auch verantwortet werden. Und hier gebührt ein weiteres ganz großes Dankeschön unserer Anstaltsleitung Herrn Jenal. Ohne diese Unterstützung wäre eine solche Veranstaltung, in dieser Art und Größe in jeglicher Hinsicht nicht möglich gewesen. DANKE!



v.l. Anstaltsleiter Herr Jenal, VDL Michael Behles

Zudem freut es uns sehr, dass es sich Frau Justizministerin Petra Berg nicht hat nehmen lassen, an unserer ersten Veranstaltung unsere Gäste mit zu begrüßen. Ebenfalls waren auch Herr Staatssekretär Dr. Jens Diener sowie unser Abteilungsleiter Herr Dr. Jérôme Lange an unseren Folgeveranstaltungen zu Gast. Dies sehen wir als große Wertschätzung und zeigt darüber hinaus die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit hier im Saarland miteinander.

Schlussendlich bleibt das Resümee, dass wir mit dieser Veranstaltung vieles rich-

tig gemacht haben und der Nerv unserer Gäste sowie der unserer Kolleginnen und Kollegen getroffen wurde. Die vielen und durchweg positiven Rückmeldungen freuen uns umso mehr. Um es mit den Worten des Programmchefs von SR 1 und UNSER-DING des Saarländischen Rundfunks Thomas Rosch zu sagen, der auch Gast eines Besuchertages war:

„Ich übertreibe ungern; und ich habe schon viel erlebt: Aber ich möchte Ihnen sagen, dass diese 4 Stunden zu den spannendsten Erlebnissen meines Lebens gehören.“



Dr. Diener Staatssekretär

Teambuilding nun Bestandteil in der Ausbildung der Justizvollzugsschule Wittlich

Am 04.03.2024 starteten unsere neuen Anwärter in ihr zweimonatiges fachtheoretisches Einführungsmodul in der Justizvollzugsschule Wittlich. In diesem fand erstmalig, in der ersten Woche, ein Teambuilding mit einem erlebnispädagogischen Outdoor-Projekt und einem theoretischen Parallelprogramm statt. Die Idee und Planung für dieses Projekt stammt aus dem Saarland und war dort bereits Bestandteil der umfassend reformierten Ausbildung in dem Jahr 2021. Dieses wurde jetzt in enger Zusammenarbeit mit der Justizvollzugsschule für den zukünftigen Standort Wittlich angepasst und ausgelegt.



Neu war diesmal die Umgebung. Nach mehreren und verschiedenen Veranstaltungsorten im Saarland, unter anderem in Dreisbach an der weit über die Landesgrenze hinaus bekannten und schönen Saarschleife oder dem Schaumberg, der höchsten Erhebung im Naturraum Prims-Blies-Hügelland, ging es nun nach Wittlich. Die Stadt der Säubrenner. So würden wahrscheinlich einige Wittlicher antworten, wenn man sie fragt was Wittlich ausmacht. Doch Wittlich ist mehr als das. Für den Rheinlandpfälzischen und Saarländischen Justizvollzug ist Wittlich das Mittelzentrum unserer Ausbildung. Mit der Planung und Durchführung dieser Tage geht nun endlich ein lang gehegter Wunsch der saarländischen Personalvertreter in Erfüllung.

Die ersten Lehrgänge der neuen Ausbildungsstruktur begannen im Sommer 2021. Die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung beabsichtigt sich an konkreten justizvollzugstypischen Handlungssituationen zu orientieren und neben den erforderlichen Handlungs- und Fachkompetenzen

insbesondere auch die soziale persönliche Kompetenz anzuvisieren und zu stärken. Inhaltlich wird dies anstelle von „Schulfächern“ in Lernfelder und Lernsituationen den Anwärtern vermittelt. Auch die Teamfähigkeit ist aus unserer Sicht für den Beruf des Justizvollzugsbeamten elementar und unverzichtbar.

Die theoretischen Lerninhalte dieser Tage beinhalteten folgende Themenbereiche. Auseinandersetzung mit dem Berufsbild des Justizvollzugsbeamten, Besonderheiten, Anforderungen, Unternehmenskultur, Arbeiten im Team, Umgang mit Gefangenen, Kommunikation und kleine praktische Aufgaben sowie Teamübungen.

Beim erlebnispädagogischen Tag, welcher für die meisten Anwärterinnen und Anwärter der Höhepunkt dieser Tage darstellte, mussten viele der Aufgaben im Team gelöst und überwunden werden. An dieser Stelle möchten wir uns bei unserem Kollegen Pascal Meier aus der JVA Saarbrücken bedanken. Das komplette Konzept, Wegstrecke, Planung sowie die Story dahinter stammen aus seiner

Feder und wurden von ihm vorbereitet. Der Start des Parcours begann im Escape-Abenteuer-Modus mit den Worten:

„Das Land hat weit und breit einen Mangel an ehrenhaften Damen und Herren in blauen Gewändern erlitten... doch um ein solches Gewand mit vollem Stolz in der Zukunft für das Land tragen zu dürfen, bedarf es einer Gruppe von tapferen und unerschrockenen Kämpferinnen und Kämpfer, die sich den Gefahren und Hindernissen auf der Suche nach dem Heiligen Gral stellen...“

Damit begann die Suche nach dem heiligen Gral und führte die Anwärterinnen und Anwärter auf eine 16km lange Wegstrecke quer durch Wittlich. Angefangen im Wittlicher Stadtpark, durch die schönen Weinberge, über die Lieser und durch den Sterenbachsee bis hin zur Römischen Villa, wo insgesamt 11 Aufgaben zu bewältigen waren, bevor die Anwärterinnen und Anwärter wieder auf dem Gelände der Justizvollzugsschule eingetroffen sind. Dort





mussten sie zum Schluss ihre Fähigkeiten im Bogenschießen unter Beweis stellen. Anschließend bekamen sie die Auflösung des Rätsels, verbunden mit den Worten:

„Herzlichen Glückwunsch, ihr habt es zusammen als Team geschafft. Wir wünschen euch einen guten Start in die Ausbildung uns alles Gute für die Zukunft in blauen Gewändern.“

Teambildende Maßnahmen und Aktivitäten sind in der heutigen Berufswelt nicht mehr wegzudenken und vor diesem Hintergrund ist es umso erfreulicher, dass die Durchführung des erlebnispädagogischen Teambuilding-Projekts nach längerer Planungszeit an der Justizvollzugschule in enger Kooperation mit dem Saarland möglich wurde und als voller Erfolg von allen beteiligten Akteuren verbucht werden konnte.

Die Fortsetzung für die nächsten Lehrgänge ist bereits geplant. Die mehr als positive Resonanz bei allen Beteiligten unterstreicht zusätzlich die Weiterführung dieser erlebnispädagogischen Maßnahme. Durch die gemeinsam geteilten Erfahrungen im Team, welche wichtige Inhalte der Ausbildung und unserer täglichen Arbeit widerspiegeln und „erlebbar“ machen, kann hiermit nachhaltiger gestaltet werden.

Abschließend bleibt nur noch allen Personen für ihr Engagement Danke zu sagen,

welche die Durchführung dieses besonderen Projektes erst möglich gemacht haben. Ein besonderer Dank geht hier an unser Justizministerium, die dieses Projekt von Anfang an im Saarland mit unterstützt haben und ein offenes Ohr hierfür hatten. Auch gebührt der Behördenleitung der JVA Saarbrücken ein großes Dankeschön, welche hier immer das Personal zur Unterstützung sehr großzügig freigestellt hat.

Des Weiteren geht ein großer Dank an die Stadt und den Angelsportverein Wittlich für die erteilten Genehmigungen für die „Seeüberquerung“ sowie an das Team des THW Wittlich, die uns immer personell und auch mit Material an den Tagen unterstützt haben.

Schlussendlich wäre aber dieses tolle Projekt nicht ohne die Leitung der Justizvollzugschule möglich gewesen.

„Sehr geehrte Frau Kunz-de Boer, sehr geehrte Frau Dr. Vornholt, vielen Dank auch für Ihre tatkräftige Unterstützung vor Ort und das Einsetzen für dieses Projekt beim Rheinlandpfälzischen Justizministerium.“

Ohne Sie und der Unterstützung des Rheinlandpfälzischen Justizministerium wäre es nicht möglich gewesen, dieses gemeinsame Projekt zu realisieren.“

DANKE!



Zwei Saarländer bei der Ernennungsfeier in der Justizvollzugsschule Wittlich als Lehrgangsbeste ausgezeichnet

Zwölf Saarländische Kolleginnen und Kollegen haben ihre Ausbildung beendet und erhielten in der Justizvollzugsschule Wittlich ihre Ernennungsurkunden. Als Lehrgangsbeste wurden die Kollegin Nathalie Brachmann, der Kollege Simon Posth aus dem Saarland und zwei Bedienstete aus Rheinland-Pfalz besonders geehrt.

Die Leiterin der Justizvollzugsschule Wittlich Frau Birgit Kunz-de Boer ging in ihrer Begrüßungsrede auch auf die Teambuildingmaßnahmen ein. Diese wurden in Zusammenarbeit mit dem Saarland geplant und auch in und um Wittlich durchgeführt. Sie bedankte sich ausdrücklich für diese sehr gute Zusammenarbeit. „Arbeit im Team ist besonders wichtig, durch das Anpassen an neue Situationen kann man effektiver die Ziele erreichen“ betonte die Schulleiterin. Anschließend begrüßte der Rheinland-Pfälzische Justizminister Herbert Mertin die Kolleginnen und Kollegen und ging besonders auf die Geschichte des Grundgesetzes ein. Anschließend überreichte er die Ernennungsurkunden an die Lehrgangsteilnehmer/innen aus Rheinland-Pfalz. Für das Saarland sprach der stellvertretende Abteilungsleiter Dr. Thomas Axmann ein Grußwort und übergab anschließend die Urkunden an die Saarländische Kollegin und die Kollegen.



Famy Bauer Klassen Sprecher

Eine besondere Ehrung wurde den beiden Saarländischen Lehrgangsbesten Nathalie Brachmann und Simon Posth zu Teil. Sie erhielten ein schönes Präsent für ihre herausragenden Leistungen. Klassen Sprecher Famy Bauer hielt eine sehr stilvolle und würdigende Rede, die alle Bereiche der Ausbildung umfasste. Ein großes Lob bekam er für diese Rede. Die herzlichen Glückwünsche des BSJ überbrachte Vorsitzender Markus Wollscheid und Sascha



Lehrgangsbeste Nathalie Brachmann mit Dr. Axmann

Klein, der für den Hauptpersonalrat an den Prüfungen teilnahm. Ein großes Lob auch vom BSJ für die sehr schönen und prägenden Erlebnisse im praktischen und theoretischen Teil der Teambuildingmaßnahmen. Die sehr schöne musikalische Umrahmung übernahm ein Trio der Kreismusikschule Wittlich.

Markus Wollscheid und Sascha Klein
BSJ



JVS Saarländer



Lehrgangsbester Simon Posth mit Dr. Axmann

Von Pullovern, Heckklappen und potenziellen Polizeibediensteten

(M)ein Kommentar



Foto: BSBD Sachsen

Thomas Porr, Landesvorsitzender

Wie läuft es mit der Wertschätzung der Bediensteten sächsischen Justizvollzug?

Offenbar nicht so besonders gut! Ich ziehe diesen Schluss, wenn ich mir einige (zugegeben, auf anekdotischer Evidenz basierende) Einzelfälle anschauere, die mir als Interessenvertreter bekannt werden und die immer auch mit dem Thema Wertschätzung zu tun haben.

Wertschätzung eines Personals, das auch dem sächsischen Justizvollzug vermehrt davonläuft. Auch wenn wir bisher stets hören, dass es eine gewisse Fluktuation gesund ist, kann ich nicht übersehen, dass nicht nur Fachkräfte aus dem gehobenen und höheren Dienst und verlassen. Beispielsweise Juristen/innen, Verwaltungsdienstleiter/innen, Referatsleiter/innen für Wirtschaft, Arbeit, Bau; - nein auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der mittleren Ebene der Verwaltung und immer öfter auch Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes der sächsischen Justizvollzugsanstalten. Oft finden junge Probebeamte eine neue berufliche Heimat bei Polizei, beim Zoll, bei der Feuerwehr oder nehmen eine Umschulung zum beispielsweise Gerichtsvollzieher in Angriff. Auch wenn die Ministerialbürokratie richtigerweise feststellt, dass noch nie so viel Bedienstete auf so wenig Gefangene gekommen sind, zeigt sich nach wie vor,

aufgrund einer unglaublichen Differenzierung der Tätigkeiten im Justizvollzug oder auch der ungünstigen Altersstruktur und damit erhöhten Krankheitsrate unserer Mitarbeiter/innen, stets ein Mangel an Bediensteten.

Und dann ist es nicht nachvollziehbar warum wir nicht mit einfachen, in jeder Anstalt machbaren Mitteln der Wertschätzung, aber auch mit Lösungen und Möglichkeiten im gesamten Geschäftsbereich der Justiz, gegen diese Entwicklung anhalten.

Ich kann das gerne mit Beispielen belegen. Wenn ein Bagatellschaden an einen Dienst Kfz entstanden beim durchaus vorsichtigen Zurücksetzen in einem engen Hof und dem bedauerlichen Umstand, dass die Parkdistanzcontrol den Ständer einer Klimaanlage leider nicht detektiert hat, zur Folge hat, dass der betreffende Bedienstete in einer vierreihigen Abhandlung erklärt bekommt, dass seine Handlungsweise grob fahrlässig gewesen ist und er damit eine Summe von knapp 300 € Gesamtschaden selber tragen muss, dann stelle ich mir die Frage ob nicht jede/r Bedienstete, der im dienstlichen „Hobeln“ auch einmal „Späne“ produziert, nicht stets und ständig grob fahrlässig handelt. Die grobe Fahrlässigkeit darauf zurück zu führen, dass der Bedienstete neben den Transportposten der den Gefangenen beaufsichtigte, auch einen Anwärter als Einweiser hätte einsetzen müssen, zeugt von, zum einen wenig Wissen was ein Anwärter darf (dienstliche Handlungen beobachten, aber keine verantwortungsvollen Handlungen alleine durchführen) und zum anderen, von einer völlig fehlenden Wertschätzung. Die aus Versehen fallen gelassene Handsonde des Bediensteten in der Torwache, das versehentlich auf der Tastatur des Laptops vergossene Mineralwasser eines Vollzugsabteilungsleiters sind dann wahrscheinlich genauso grob fahrlässig. Ich weiß nicht ob ich in der Zukunft dann den Einen oder Anderen Dienst noch unverkrampft erbringen kann, weder als Vollzugsabteilungsleiter noch als Torwachenbediensteter.

Ganz nebenbei: Wie hoch waren eigentlich die Kosten der Besoldung etc. der Bediensteten des gehobenen oder gar höheren Dienstes, diese vierreihige Abhandlung zu

erstellen, die dem Bediensteten die grobe Fahrlässigkeit unterstellt und die folgenden Kosten für Zustellung, Einbehalt der Summe, Verbuchung etc.? Da kommen bestimmt mehr als die 300 Euro zusammen. Also neben der Frage des wertschätzenden Umganges, - rein betriebswirtschaftlich ist es ebenfalls Unfug.

Ein ähnliches Beispiel zeigt sich in gravierender Art und Weise, wenn ein junger Kollege, nachdem er von einem Gefangenen mit einem Messer angegriffen und verletzt wurde, nach seiner Rückkehr in den Dienst sich selber mit dem Landesamt für Finanzen auseinandersetzen muss, um die von der Polizei sichergestellte und mit Messerstichen beschädigte Dienstkleidung ersetzt zu bekommen. Dem Ganzen setzt es die Krone auf, wenn das Landesamt für Finanzen die Regelung dieser Kosten mit Blick darauf ablehnt, dass der Verursacher ja kein Landesbediensteter war. Wertschätzend wäre es nach meiner Auffassung gewesen, wenn der Bedienstete bei seiner Rückkehr neue Dienstkleidung direkt in der Dienststelle erhalten und dafür einfach zwei Unterschriften geleistet hätte. Wertschätzend wäre gewesen in den 2 Monaten der Abwesenheit genau das für den Kollegen zu regeln. Es passt in dieses Bild, dass erst der persönliche Einsatz eines anderen Kollegen des allgemeinen Vollzugsdienstes bei der Kleiderkammer der Beschaffungsstelle den Sachverhalt im Sinne des Bediensteten regelt.

Ja wir haben sicher viele Bedienstete in den letzten Jahren gewonnen. Und bei allen was derzeit über Regierungen in Bund und Land und besonders gegenüber einzelnen Parteien geschimpft wird, muss man am Ende der Wahlperiode aber auch feststellen, dass zumindest in Sachsen geliefert wurde. Bei einem Vergleich zwischen dem Koalitionsvertrag und den umgesetzten Maßnahmen im Vollzug, kann festgestellt werden, dass es den Anwärterzuschlag wieder gibt wenn auch nicht ganz in der Form wie wir als Gewerkschaft es gewünscht haben und (als ein wichtiges Instrument der Gleichsetzung zum Polizeivollzugsdienst und der Wahrnehmung der Fürsorgepflichten des Dienstherrn) die freie Heilfürsorge ab Mitte 2025 für Vollzugsbedienstete eingeführt wird.



Foto: Frank Mildenorff / stock.adobe.com

Auch wurden die Zahlen der Anwärter und Anwärterinnen wesentlich erhöht, wenn auch hier nicht im angestrebten Rahmen

und wie wir als Gewerkschaft es gerne hätten. Genau dies wird die Landesleitung des BSBD bei einem Gespräch mit Frau Staatsministerin Meier noch im Mai erörtern und gemeinsam prüfen, welche Ziele es für den Vollzug und die Wachtmeister/innen in Sachsen in den nächsten fünf Jahren zu erreichen gilt. Dabei steht die Hebung des Wachtmeisterdienstes in die Laufbahngruppe I.2 genauso in unserem Vorschlagsheft, wie die direkte Abrechnung des ABZ mit dem Landesamt für Finanzen, in Bezug auf Kost und Logis der Anwärter/innen. Alles ebenfalls Maßnahmen der Wertschätzung (nur im etwas größeren Rahmen).

Aufgrund dieser Tatsachen und der hier aufgezeigten Differenzierung ist es auch nicht möglich, die oben geschilderten Beispiele aus den Anstalten auf politische Umstände abzuwälzen. Es sind die darunterliegenden Instanzen gefragt, die Aussagen zur Wertschätzung mit Leben zu erfüllen.

Nicht, weil es der Anstand oder auch die Gewerkschaft verlangt, sondern ebenso aus Eigennutz. Die Bediensteten, die wir haben und die eine Auflösung des Dienst- und Treueverhältnisses (äußerlich oder innerlich) in Erwägung ziehen, werden durch solche Einzelfälle in ihren Bestrebungen und Gedanken bestärkt. Dabei ist es irrelevant, dass dies nur Einzelne direkt betrifft, alle Anderen sehen dies und denken: „beim nächsten Mal bin ich es“. Der Eigennutz besteht also schlussendlich darin, dass diese Kollegen/innen sich bei UNS dienstlich zu Hause empfinden und nicht Polizist/in, Zollbedienstete/r, Gerichtsvollzieher/in oder Feuerwehrmann/frau werden wollen.

Thomas Porr
Landesvorsitzender

Erfolgreicher Spendenlauf für Kinderkrebsforschung in Leipzig



Die Veranstaltung war nicht nur eine sportliche Herausforderung, sondern auch eine herzliche Geste des Zusammenhalts und der Solidarität. Die Organisatoren und Teilnehmer des Spendenlaufs verdienen höchstes Lob für ihr Engagement und ihren Einsatz für die Kinderkrebsforschung.

Wir danken allen Beteiligten für ihren Beitrag und hoffen, dass solche Aktionen auch in Zukunft dazu beitragen, wichtige Forschungsprojekte im Kampf gegen Krebs zu unterstützen.

Kevin Föhre
BSBD Vorsitzender OV Waldheim

Teilnehmer Spendenlauf Ortsverband Waldheim

Am vergangenen Wochenende fand im Waldheimer Sportforum Massanei ein beeindruckender Spendenlauf für die Kinderkrebsforschung in Leipzig statt. Unter dem Motto "Running for Help" liefen acht Mitarbeiter der JVA Waldheim gemeinsam mit einem Zähler insgesamt 121 Runden auf der Laufstrecke.

Jede gelaufene Runde hatte einen Spendenwert von 5 Euro, der großzügigerweise vom Bund der Strafvollzugsbediensteten

(BSBD) gesponsert wurde. Dank der Unterstützung durch den BSBD konnten 605 € für die Kinderkrebsforschung erlaufen werden.

Der Spendenlauf am 19. April 2024 war ein voller Erfolg und zeigte, wie engagierte Menschen gemeinsam viel bewirken können. Die Teilnehmer zeigten großes Durchhaltevermögen und kämpften mit jeder Runde für den guten Zweck.



Fotos (2): BSBD Sachsen

Kollege Föhre gibt alles beim Spendenlauf

Hauptvorstand trifft sich

Erste Hauptversammlung 2024 im Sozialgericht Dresden

Der Hauptvorstand des BSBD Sachsen führte am 12.04.2024 seine erste Jahresversammlung 2024 auf Einladung der Justizwachtmeister des Sozialgerichtes Dresden in Dresden durch. Bereits am Vortag hatte sich die Landesleitung bei einem Treffen in der Poststelle der Wachtmeisterei über deren Tätigkeit informiert.

Nach Eröffnung der Tagung durch den Landesvorsitzenden begrüßte die Präsidentin des Sozialgerichtes Dresden, Frau Vossen-Kempkens, die Teilnehmer in ihrer Behörde. Nach einer kurzen Darstellung ihres Werdegangs würdigte sie die Tätigkeit der Justizwachtmeister, insbesondere die gestiegenen Anforderungen für diese Berufsgruppe. Sie betonte, dass die Justizwachtmeister ein wesentlicher Bestandteil der Funktionsfähigkeit des Gerichtes darstellen. Sie brauchte deutlich zum Ausdruck, dass sie keinerlei Verständnis dafür hat, dass die Justizwachtmeister in der untersten Besoldungsbereich angesiedelt sind. Frau Vossen-Kempkens zog im weiteren die Linie zur heutigen Tagung indem sie herausstellte, dass die Bedienstete im Justizvollzug einen verantwortungsvollen Beruf haben und viele Berührungspunkte zu den Justizwachtmeistern bestehen. Um so mehr sei sie erfreut, dass die Justizwachtmeister in die starke Gemeinschaft des BSBD aufgenommen wurden. Sie wünschte dem BSBD viel Erfolg und der heutigen Tagung einen guten Verlauf.

Kollege Porr begann die Tagung mit seinem Tätigkeitsbericht. Er gab einen kurzen Rückblick zum Tarifkonflikt und würdigte das

Engagement der Teilnehmer an den Protestaktionen.

Als wesentlicher Teil der Verhandlungen betrachtet er ebenso die Nachverhandlung des SBB zur allgemeinen Alimentation. Dieses ist Bestandteil einer zentralen Forderung. Im Wesentlichen beinhaltet dieses die Erhöhung der Familien- und Kinderzuschläge um je 100 €. Zudem kommt eine feste Sonderzahlung von 4,1 % ab Januar 2024. Die Erhöhung um 4,76 % ab November ist Bestandteil der amtsangemessenen Alimentation. Als befremdlich bezeichnet er die unangemessene Reaktion einzelner Bediensteter bis hin zu Beschimpfungen von Gewerkschaftsfunktionären. Ursächlich war die Herausgabe von vertraulichen Verhandlungsinformationen durch nicht dem DBB angehörende Gewerkschaften. Hier erfolgte populistische Stimmungsmache, auf die einzelne Kollegen hereingefallen sind. Thomas Porr betonte allerdings, dass die absolute Mehrheit der unverzüglich erfolgten Information durch die Landesleitung gefolgt sei und das erforderliche Vertrauen aufgebracht habe. Dafür dankte er ausdrücklich.

Es muss an dieser Stelle nochmal deutlich betont werden, dass die geplanten Anpassung im Rahmen des Alimentationsprinzips Ergebnis des aktiven Wirkens, bis hin zur Klage, des Deutschen Beamtenbundes sind.

Der Landesvorsitzende informierte über Gespräche mit den rechtspolitischen Sprechern der Parteien als aktive Lobbyarbeit. Mit großer Freude informierte der Landes-

vorsitzende, dass auf langjährige Initiative des BSBD ab 2025 die freie Heilfürsorge für den allgemeinen Vollzugsdienst eingeführt werden soll. Ursprünglich war dies im Gesetz zur Verfassungstreue nicht vorgesehen.

Auf Grundlage der Intervention des BSBD in einer Stellungnahme an den SBB und dem engagierten Vortrag des Vorsitzenden des SBB, Nanette Seidler, bei der Anhörung zum Gesetz vor dem Landtag wurde diese Regelung aufgenommen. Thomas Porr dankte in diesem Zusammenhang auch Herrn Abteilungsleiter Goeckenjahn für einen wichtigen Hinweis in dieser Sache.

Ein weiteres Thema war die Festlegung zur Wertung von Tätowierungen bei der Einstellung von Anwärtern. Die absolut nicht mehr zeitgemäßen Richtlinien wurden auf Initiative des BSBD und einer vom BSBD initiierten kleinen Anfrage der Fraktion Linken kurzfristig geändert.

Im Hinblick auf die Besoldungsreform 2025 wurde gemeinsam mit Verband der Rechtspfleger und dem Fachgruppensprecher der Justizwachtmeister, Kollegen Sven Riemer, Zuarbeiten zu Stellungnahmen gefertigt. Der Landesvorsitzende ging auf ein Interview des Bundesvorsitzenden des BSBD mit dem ZDF zur Situation der verstärkt auftretenden Angriffe gewaltbereiter Gefangener ein. Leider ist auch Sachsen davon betroffen, was jüngste Vorkommnisse zeigen. Hier muss der BSBD in der Öffentlichkeit deutlicher werden.

Kollege Porr kündigte ein Treffen mit der Justizministerin zur Auswertung der Legislaturperiode an, um Themen wie Vereinheitlichung des Anwärtersonderzuschlages und Bestimmungen des Meldegesetzes zum Schutz der Privatsphäre der Bediensteten sowie den Regelungen der Erstattung von Leistungen für Anwärter nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Zusammenhang mit den Besoldungserhöhungen wurde beschlossen, dass die nächste Beitragsanpassung im II. Quartal 2025 mit 5,5 % erfolgen wird. Eine Einbeziehung der Besoldungserhöhung vom November 2024 soll nicht erfolgen, da für Beamte ein Erhöhungsbetrag von 4,76 % und für Tarifbeschäftigte ein Sockelbetrag von 200 € erfolgen wird und somit Ungleichheit bei der Beitragsbemessung entstehen würde.



Hauptvorstandssitzung BSBD im Sozialgericht Dresden



Kollege Porr im Scanraum des SG Dresden

Im Bericht des Fachgruppensprechers Justizwachtmeister Sven Riemer sowie der Kollegin Yvonne Seidel wurde auf die aktuellen Probleme in diesem Bereich eingegangen. Ebenso wie die Kollegen aus dem Justizvollzug kritisierte Kollege Riemer die Bearbeitungszeit der Beihilfeanträge als absolut unakzeptabel. Gerade in den unteren Einkommensgruppen stellt dies einen schmerzlichen Eingriff in die Finanzen dar. Unsicherheit besteht gegenwärtig auch beim Umgang mit Cannabisfeststellungen. Hier fehlen sämtliche rechtliche Grundlagen.

Kollegin Seidel als stellvertretende Leiterin der Wachtmeisterei verdeutlichte, dass der Aufgaben- und Verantwortungsbereich der Justizwachtmeister nicht mehr in den einfachen Dienst einzuordnen sind. Konkret nannte sie den Bereich elektronische Akte, die Befragung von Opfern in Kindesmissbrauchsfällen und dem Festnahmerecht JWM als zentraler Eingriff in die Grundrechte der Bürger.

Die Einbindung der Justizwachtmeister in die Gemeinschaft des BSBD bezeichnet sie als positiv und hoffnungsvoll für die Zukunft.

Kollegin Mandy Wiesel, als Tarifbeauftragte lobte nochmals das Engagement der Kollegen bei den Protestveranstaltungen. Bezüglich der Pflegezulage verwies sie darauf, dass durch Kollegen ein Formblatt ist in der Hauptgeschäftsstelle ausfüllen müssen. Die Zulage ist dynamisch und beträgt gegenwärtig 140 €. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt in der Bezügestelle.

Kollegin Burkhart als Frauenbeauftragte berichtete über die Thematik Gleichstel-

lungsgesetz. Es gibt eine Übergangsregelung bis Mitte 2025, danach erfolgt die Wahl von Gleichstellungsbeauftragten. Herr Fobian referiert zur freien Heilfürsorge. Diese wird ab 2025 verbindlich für alle Anwärter eingeführt. Für die Bestandskollegen besteht ein Wahlrecht. Die freie Heilfürsorge gilt allerdings nur für den allgemeinen Vollzugsdienst und Vollzugsabteilungsleiter.

Die DebeKa hat ein Berechnungstool um zu berechnen, welche Form der Absicherung interessant ist. Die DebeKa versendet Information an Versicherte über Alternativen. Kollege Müller als Seniorenbeauftragter lobt die Organisation der Seniorenveranstaltung. Für ihn ist es schwierig die Kontaktdaten aufrecht zu erhalten, da nicht alle Senioren über eine Mailadresse verfügen. Kollege Matthias Roy als Jugendbeauftragter begrüßt die Regelungen für Anwärter in finanzieller Hinsicht, insbesondere die Beihilferegulungen, Fahrtkosten und Anwärtersonderzuschlag. Die Form der Vorauszahlung für Unterkunft und Verpflegung wird erneut wegen der finanziellen Belastung kritisiert. Die Anwärterzahlen bezeichnet er als besorgniserregend. Die Ausbildungszahlen sind unzureichend im Blick auf die demographische Entwicklung. Nach Aussagen des Ausbildungszentrum sollen die Ausbildungszahlen stabil bleiben. Offizielle Zahlen sind noch nicht bekannt.

Gerüchte, dass die Ausbildung künftig in Gotha stattfinden soll wurden vom Landesvorsitzenden dementiert. Gotha käme lediglich in Betracht für die Ausbildung der Justizwachtmeister wenn die Eingruppierung auf LG I EE 2 erfolgen sollte.



Kollegin Yvonne Seidel und Kollege Sven Riemer von der Fachgruppe Justizwachtmeister



Landesvorsitzender Thomas Porr mit Martin Fobian von der DebeKa

Ein weiteres Thema war die Werbung. Werbekampagnen kommen bei den Jugendlichen nicht an. Werbefilme gibt es bereits. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um die Zielgruppe mit modernen Medien anzusprechen.

Der Landesvorsitzende bedankte sich abschließend bei den Teilnehmern für die konstruktive Sitzung und insbesondere bei den Kollegen der Wachtmeisterei für die freundliche Aufnahme und Organisation der Veranstaltung.

Redaktion Vollzugsdienst

Hinweis: Bilder erstellt von BSBD Sachsen. Zustimmung zur Veröffentlichung der Bilder liegt vor ebenso für Schreiben der sächsischen Justizministerin.

SACHSEN
Fachgewerkschaft
für den Strafvollzug
BSBD
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands e.V.
– Landesverband Sachsen –

STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ
UND FÜR DEMOKRATIE
EUROPA UND GLEICHSTELLUNG



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR
DEMOKRATIE, EUROPA UND GLEICHSTELLUNG
Hansastraße 4 | 01097 Dresden

Herrn Landesvorsitzenden
des Bundesverbandes der
Strafvollzugsbediensteten Deutschland e.V.
Landesverband Sachsen
Thomas Porr
Postfach 1108
04581 Altenburg

Einführung der Freien Heilfürsorge im Justizvollzug des Freistaates Sachsen

Sehr geehrter Herr Porr,

im laufenden Koalitionsvertrag finden sich zahlreiche Vorhaben mit Bezug zum Justizvollzug. Ein wichtiges Vorhaben aus Sicht unserer Bediensteten lautet:

"Mit Blick auf die Intensität der dienstlichen Belastungen werden wir eine Gleichbehandlung der Justizvollzugsbediensteten mit den Bediensteten im Polizeivollzugsdienst erreichen. Wir räumen dazu u. a. ein Wahlrecht zwischen der Beihilfe und der Freien Heilfürsorge ein."

Mit der Änderung des § 143 SächsBeamtG wird dieses Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag erfolgreich umgesetzt. Beamtinnen und Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie Vollzugsabteilungsleiterinnen und Vollzugsabteilungsleiter der Laufbahngruppe 2.1 im Justizvollzug haben ab dem 1. Juli 2025 die Möglichkeit, die Heilfürsorge als Krankenfürsorgesystem zu nutzen. Mit der Einführung der Heilfürsorge können sich die anspruchsberechtigten Bediensteten die Beiträge zur Krankenversicherung ersparen, was einer Erhöhung der Bezüge gleichkommt. Den Wechsel vom aktuellen Krankenfürsorgesystem (Beihilfe und private Krankenversicherung) in die Heilfürsorge finanziert der Freistaat Sachsen über jährliche Mehrausgaben von etwa 842.000 Euro.

Die Staatsministerin

Durchwahl
Telefon +49 351 564 15000
Telefax +49 351 564 15009

staatsministerin@
smj.justiz.sachsen.de*

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
2100E/2/8-IV1

Dresden,
21.3.2024



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung
Hansastraße 4
01097 Dresden

www.justiz.sachsen.de/smj

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit ÖPNV und
Fernverkehr (Bahnhof Neustadt)

Parken und behindertengerechter Zugang über
Einfahrt Hansastraße 4

Hinweise zum **Datenschutz** erhalten
Sie auf unserer Internetseite. Auf
Wunsch senden wir Ihnen diese
Hinweise auch zu.

*Per E-Mail kein Zugang für
elektronisch signierte sowie
verschlüsselte elektronische
Nachrichten; nähere Informationen zur
elektronischen Kommunikation mit dem
Sächsischen Staatsministerium der
Justiz und für Demokratie, Europa und
Gleichstellung unter
<https://www.justiz.sachsen.de/E-Kommunikation-SMJ>

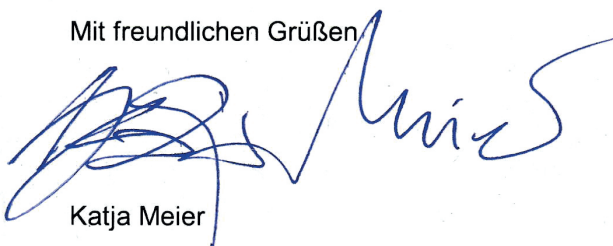
Dazu waren teils erheblichen Widerstände zu überwinden. Das ist letztendlich durch das zielgerichtete Zusammenwirken all derer gelungen, die davon überzeugt sind, dass der berufliche Alltag der genannten Bediensteten im Justizvollzug – vergleichbar mit dem Alltag der Polizeivollzugsbediensteten – mit einer erhöhten Verletzungsgefahr einhergeht, beispielsweise bei der Anwendung des unmittelbaren Zwangs oder durch Übergriffe durch Gefangene. Den berechtigten Erwartungen der Vollzugsbediensteten, dafür – wie die Beamtinnen und Beamten im Polizeivollzugsdienst – Heilfürsorge nach den Vorschriften des Sächsischen Beamtengesetzes zu erhalten, kann nunmehr entsprochen werden.

Für Ihre diesbezügliche Unterstützung bedanke ich mich bei Ihnen an dieser Stelle ganz ausdrücklich.

Ein Aspekt des Vorhabens konnte jedoch nicht umgesetzt werden. Es war nämlich grundsätzlich zu entscheiden, ob die Arbeit der genannten Bediensteten so gefährlich ist, dass eine Heilfürsorge zwingend zu gewähren ist. Da dies bejaht wurde, konnte kein Wahlrecht mehr eingeräumt werden. Ganz genauso verhält es sich daher auch bei Polizistinnen und Polizisten. Es ist aber gelungen zu regeln, dass die bereits ihren Dienst leistenden Beamtinnen und Beamte die Möglichkeit haben, innerhalb eines festgelegten Zeitraumes den Wechsel zur Heilfürsorge abzulehnen. Das ist vor allem für die Bediensteten wichtig, für die dieser Wechsel – etwa aus Altersgründen – keinen Vorteil mehr bringt, sogar nachteilig sein könnte.

Die kommenden Monate werden wir nutzen, um die notwendigen Voraussetzungen für die Abwicklung der von Heilfürsorge im engen Zusammenwirken mit dem Staatsministerium des Innern zu schaffen. Ich habe den Leiter der Abteilung IV des Ministeriums gebeten, Sie diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten.

Mit freundlichen Grüßen



Katja Meier

Digitalisierung – Chancen und Risiken für Frauen im ö. D.

Das diesjährige Seminar der Frauen des dbb fand in Magdeburg zum oben angeführten Thema statt.

Es war, glaube ich, niemandem bewusst wie riesig das Thema ist. Digitalisierung beeinflusst unsere Arbeit, genau wie unser privates Leben. Es geht nichts mehr ohne und niemand kann sich dem verschließen.

Der Einsatz von KI wird immer mehr und dem einen oder anderen wird dabei auch etwas mulmig. Das Fazit der Dozentin dazu, in ein paar Jahren werden einige Arbeitsstellen durch KI ersetzt werden.

Im Seminar haben wir versucht herauszuarbeiten, wie wir die Digitalisierung für uns im ö. D. nutzen können, um Ressourcen freizusetzen, um Arbeit zu erleichtern, um Freiräume zu schaffen.

Es waren noch viele Fragen offen und ich hoffe auf ein Folgeseminar im nächsten Jahr. ■



Seminar Frauen dbb

18. Frauenpolitische Fachtagung

Am 16.04.2024 fand die 18. Frauenpolitische Fachtagung im dbb Forum unter dem Thema „Familie, Sorgearbeit, Altersarmut – die CAREseite der Medaille“ statt.

Im Mittelpunkt stand die Pflegearbeit; wer pflegt Angehörige, Kinder etc. und was bedeutet es für die pflegende Person.

Tatsächlich sind es Frauen, die hierbei die meiste Arbeit erledigen und oftmals in Teilzeit gehen, um die Arbeit zu schaffen. Hierbei werden sie dann nicht nur psychisch und körperlich belastet, sondern auch finanziell benachteiligt, was sich bis hin zur Verringerung der Rente oder Pension bemerkbar macht.

In den Fishbowl-Diskussionen wurden gendergerechte Lösungsansätze für Politik und Arbeitswelt herausgearbeitet und diskutiert.

Auch der Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach ließ es sich nicht nehmen und kam, um ein Grußwort an die Teilnehmerinnen zu richten.

Es war wieder eine sehr gelungene und sehr gut organisierte Fachtagung. Vielen Dank an Milanie Kreutz, Vorsitzende der

dbb Bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende. ■



Frauenpolitische Fachtagung

Die Dienstkleidungsordnung

Anpassung des Dienstkleidungszuschusses dringend erforderlich

Die Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes sind zum Tragen von Dienstkleidung verpflichtet. Näheres regelt die Dienstkleidungsordnung des Justizdienstes des Landes Schleswig-Holstein (DKLO, II 213/2044-121-SH). Die Dienstkleidung ist – der Vorschrift nach – beim Logistikzentrum Niedersachsen (LZN) zu beschaffen. Vermehrt erreichen den BSBD Landesvorstand Berichte über schlechtere Qualität und Lieferschwierigkeiten bei der Dienstkleidung: Grund genug, die Dienstkleidungsordnung einmal näher zu betrachten.

Die Erstausrüstung

Anwärterinnen und Anwärter des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie vergleichbare Tarifbeschäftigte erhalten erstmalig eine Erstausrüstung, dazu gehören:

- eine Jacke oder ein Blouson
- eine Strickjacke oder ein Pullover
- vier Kurzarmhemden bzw. -blusen
- vier Langarmhemden bzw. -blusen
- zwei Hosen (Jeans oder Chino)
- Krawatte, Namensschilder, Ärmelabzeichen

Der Dienstbekleidungszuschuss in Höhe von 300 € jährlich wird erst nach Ablauf von zwei Jahren nach Erhalt der Erstausrüstung gezahlt – die Halbwertszeit der Erstausrüstung ist insofern auf zwei Jahre ausgelegt. Bedenkt man, dass die Arbeit im allgemeinen Vollzugsdienst regelmäßig im wahrsten Sinne des Wortes schweißtreibend und mit viel Bewegung verbunden ist, ist schon bei Kleidung marktüblicher Qualitätsstandards fraglich, ob zwei Hosen und eine Strickjacke/ ein Pullover ausreichen. Auch bezüglich der Qualität der Dienstkleidung sprechen die Erfahrungsberichte für sich!

Was kostet die Dienstkleidung?

Während der Dienstkleidungszuschuss seit Jahren stagniert, steigen die Preise für die Dienstkleidung in die Höhe. Faktisch betrachtet führt auch das zu Reallohnverlusten. Der Dienstkleidungszuschuss muss proportional zu dem Preiskatalog des LZN angepasst werden, genauso wie die Besoldung der Inflationsrate anzupassen ist. Konkret gestalten sich die Preise wie folgt:

Pullover D/H	65,66 €
Strickjacke D/H	73,26 €
Polohemd D/H	45,96 €
Jeans blau D/H	32,06 €
Chinohose D/H	34,99 €
Cargohose D/H	43,74 €
Klett- Namensschild	2,11 €
Ärmelabzeichen	1,79 €
Halbschuhe	106,70 €
Stiefel	119,88 €

Auch bei gleichbleibender Qualität wären Preisanpassungen bzw. die Anpassung des Dienstkleidungszuschusses erforderlich. Vermehrt erreichen den BSBD Landesvorstand aber Berichte, über Qualitätsmängel der Dienstkleidung, die für sich sprechen! Insgesamt bleibt nur zu sagen: Es ist Luft nach oben!

Der BSBD Landesvorstand

Die Wappen und das Namensschild kann man nur ein paar Mal von dem dafür vorgesehenen Klett entfernen. Danach löst sich das Klett vom Hemd, weil der Faden sich auflöst.

Es gab Zeiten, wo der überwiegende Bestandteil der Kleidung Baumwolle war. Diese Zeiten wurden durch synthetische Fasern abgelöst. Die Folge ist, dass man an heißen Sommertagen eigentlich nur vom Schweiß durchnässt rumläuft. Ganz schlimm ist die Cargohose.

Ich hatte 26.02.24 ein paar laut LZN Lieferbare Dienstschuhe bestellt und diese kamen tatsächlich schon am 26.03.24 an! Für laut Anzeige „Lieferbar und Verfügbar“ ist der Zeitraum meiner Ansicht nach eine Frechheit!

Bei den neuen Diensthosen, die über 80 € kosten, lösen sich die Nähte und es hängen lauter lose Fäden an der Hose. Die Verarbeitung ist also nur mäßig. Die Seitentaschen sind eng und könnten ein bisschen größer ausfallen.

Die Strickjacke ist eine Katastrophe, nach mehrmaligen Waschen verfilzt die Jacke, innen und außen. Natürlich ist da Wolle drinnen und die Jacke ist anders zu waschen, aber trotzdem sieht das nicht mehr so schön aus. Die Jacke kostet immerhin über 70 €...

Die Hosen sind beispielsweise bei den Frauen sehr unterschiedlich verarbeitet (Höhe des Bundes z.B.) und im Schritt neigen die Hosen aufzuscheuern. Die Strickjacken und Pullover stellen meiner Meinung nach den größten Mangel dar. Diese riffeln gern an Arm- oder Hüftenden auf, werden schnell dünn und hängen sich aus.

Im Allgemeinen dauert die Lieferung Monate. Ich selbst habe über ein halbes Jahr warten müssen. Meine Namensschilder kamen erst nach mehrfachen Anschreiben nach fast 2 Jahren an.

Bei meiner letzten Bestellung wurden mir drei Polohemden geliefert, die einen Webfehler aufwiesen haben. Laut LZN habe ich den Schaden selbst verursacht und keinen Ersatz erhalten. Ganz im Gegenteil: Ich durfte die kaputte Ware dennoch bezahlen.

Bei den Hosen sind die Größen ebenfalls ein Problem. Der Schnitt ist relativ einfach gehalten, sodass man diese dann privat und auf eigene Kosten umnähen lassen muss. Auch hier ist zusätzlich das Problem, wie bei der Strickjacke auch, dass diese schnell aufscheuern.

Die Hosen sind beispielsweise bei den Frauen sehr unterschiedlich verarbeitet (Höhe des Bundes z.B.) und im Schritt neigen die Hosen aufzuscheuern. Die Strickjacken und Pullover riffeln gern an Arm- oder Hüftenden auf, werden schnell dünn und hängen sich aus.

Berichte unserer Mitglieder

Amtsangemessene Alimentation und Weihnachtsgeld

Aktiv werden lohnt sich!

Wenn Entscheidungsfindungen in juristischen Verfahren länger dauern als ein Jurastudium, kann man sich schon wundern. Wenn auch der politische Wille im schönsten Bundesland der Welt fehlt, einen 17 Jahre alten Rechtsbruch aufzuarbeiten, kann man sich auch wundern. Kann, oder muss es uns sogar wundern? Es muss uns wundern! Und wir dürfen auch mit dem respektlosen Umgang, der mit uns getrieben wird, nicht einverstanden sein. Wir haben Ideen. Bitte macht mit. Nur gemeinsam geht es! Ein im BSBD organisierter Kollege aus der JVA Neumünster hat einfach mal Initiative ergriffen und bei den zuständigen Entscheidungsträgern, sprich beim Bundesverfassungsgericht, einen Sachstand erbeten. Erstmalige Anfrage erfolgte am 23. Januar 2024. Die Antwort: Enttäuschend! Mitgeteilt wurde lediglich, dass die Verfahren zu den Aktenzeichen 2 BvL 13/18 und 2 BvL 4/21 noch in Bearbeitung sind und ein Entscheidungstermin nicht absehbar ist. Das Bundesverfassungsgericht verwies auf die

im Februar erscheinende Jahresvorschau für 2024.

Der Kollege fragte am 27. März 2024 erneut beim Bundesverfassungsgericht an. Mit folgender Anfrage wandte er sich an das Gericht:

„Ich habe, nach einer Anfrage meinerseits am 23. Januar 2024 unter dem Aktenzeichen AR374/24 ein Antwortschreiben erhalten. Meine Anfrage bezog sich auf die Nachvollziehbarkeit der Verfahren 2 BvL 13/18 und 2 BvL 4/21. In Ihrem Antwortschreiben wurde mir mitgeteilt, dass voraussichtlich Ende Februar/Anfang März in der Jahresvorschau 2024 wieder ersichtlich sein wird, wann es weitergeht. Enttäuschenderweise ist davon bisher nichts zu sehen. Wären Sie so freundlich mich, bzw. uns, denn ich frage ja nicht für mich allein, noch einmal aufzuklären wann es nun weitergeht? Ich möchte nicht unangemessen erscheinen, aber dennoch möchte ich eindringlich darauf hinweisen, dass tausende Schleswig-Holsteinische Beamte schon seit

Jahren auf eine Entscheidung warten. Bis hierhin ist es aber scheinbar für uns nicht mal möglich, diesen langwierigen Prozess beobachten zu können.“

Das voraussichtliche Entscheidungsdatum wird seit Jahren, fast schon Jahrzehnten, immer weiter hinausgezögert. Wertschätzung? – Fehlanzeige!

Die Antwort des Bundesverfassungsgerichtes darauf – nahezu unfassbar: Es wurde darauf hingewiesen, dass die Jahresvorschau keineswegs verbindlich und abschließend, sondern lediglich eine Absichtserklärung darstellt. Die Abarbeitung der Verfahren liege alleine im Ermessen der zuständigen Richter. Das ist soweit natürlich richtig. Der BSBD bekennt sich selbstredend zur richterlichen Unabhängigkeit. Auch die pure Untätigkeit und damit verbundene Ignoranz in dieser Sache ist jedoch nicht hinnehmbar!

Der BSBD Landesvorstand

Protest gegen Redeverbot

dbb boykottiert Arbeitnehmerempfang des Landes

Der dbb Schleswig-Holstein hat die Einladung des Ministerpräsidenten zum Arbeitnehmerempfang der Landesregierung am 24. April ausgeschlagen. Der Grund: Dem dbb wird abermals die Möglichkeit verwehrt, einen inhaltlichen Beitrag zu leisten. „Wenn die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei diesem Format eine derart untergeordnete Rolle spielen soll, macht eine Teilnahme für uns als darauf spezialisierter Spitzenverband keinen Sinn“, so dbb-Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp.

Nach Einschätzung des dbb-Landesvorstandes hat die Landesregierung die Chance verpasst, bei einem Arbeitnehmerempfang die Aufmerksamkeit auch einmal auf die Arbeit des öffentlichen Dienstes zu lenken und zuzulassen, dass Praxisprobleme angesprochen werden. Denn ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst gewährleistet Infrastruktur und attraktive Lebensbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeit-

nehmer aller Branchen und ist damit ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Das wird die Landesregierung wissen. Sie weiß aber auch, dass sie erhebliche Versäumnisse verantwortet, die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst mit einer konkurrenzfähigen Attraktivität zu versehen. „Zum Beispiel ist das sture Festhalten an der 41-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte nicht mehr zeitgemäß und nach Überzeugung des dbb sh eine wahre Bremse für dringend benötigte Bewerbungen“, so Tellkamp. Das Redeverbot für den dbb vermeidet natürlich die Gefahr, beim Arbeitnehmerempfang mit dieser Realität konfrontiert zu werden.

Allerdings zu dem Preis, dass der dbb als einziger gewerkschaftlicher Spitzenverband mit politischem Sitz in Schleswig-Holstein nicht beim Arbeitnehmerempfang vertreten ist. Das ist zwar schade, aber Problemlösungen sind bei diesem Format ohnehin kaum zu erwarten. Diese werden

wir bei besser geeigneten Gelegenheiten weiterhin einfordern und mitgestalten.

dbb sh

Natürlich repräsentiert der dbb, im Gegensatz zu anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, nur einen bestimmten Bereich an Berufsgruppen. Dennoch: Insbesondere in Zeiten der Umsetzung des Tarifabschlusses der Tarifverhandlungen zum TV-L aus 2023, zunehmender Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und nicht mehr zeitgemäßen Formen der individuellen Dienst- bzw. Arbeitszeitgestaltung öffentlichkeitswirksam den Dialog mit Arbeitnehmervertretungen zu scheuen ist vielsagend! Den öffentlichen Dienst in den Fokus zu rücken und den Beschäftigten damit die Anerkennung zu zollen, die sie verdienen, ist in diesen Zeiten wichtiger denn je!

BSBD Landesvorstand

Daniel Stahl übernimmt Vorsitz von Winand Drewes

Jahreshauptversammlung im BSBD Ortsverband Neumünster

Am 9. Februar 2024 fand die Jahreshauptversammlung des BSBD-OV Neumünster (JVA Neumünster, Jugendarrestanstalt Moltsfelde, Justizvollzugsschule Boostedt) statt. Wie im letzten Jahr wurde ein traditionelles Grünkohl- und Schnitzelbuffet angeboten. Der Ortsvorsitzende Winand Drewes begrüßte an dem Abend 32 Mitglieder des Ortsverbandes sowie den Landesvorsitzenden Michael Hinrichsen und den stellv. Landesvorsitzenden Henry Malonn zur Versammlung.

Wie immer startete die Versammlung mit der Genehmigung des Protokolls des Vorjahres und der Tagesordnung der Versammlung. Das geschah einstimmig. Der Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden Drewes des letzten Jahres folgte. Der OV Neumünster hat aktuell 108 Mitglieder und konnte somit auch im vergangenen Jahr wieder einen Zuwachs verzeichnen und zwar um sieben Mitglieder. Damit bleibt der Ortsverband Neumünster der größte Ortsverband in Schleswig-Holstein und der größte gewerkschaftliche Verband in der JVA Neumünster! Besonderer Dank geht auch in diesem Jahr an den Kollegen Patzer für aktive Werbung neuer Mitglieder und den Aufruf an alle, weiterhin neue Kollegen/innen anzuwerben und zu vermitteln wie wichtig eine starke Gewerkschaft ist. Im letzten Jahr wurden sechs Kolleg/innen zu A9 befördert. Gratulation galt ferner den Kollegen Sell und Jeguschke zum 40-jährigen Dienstjubiläum, sowie den Kollegen Klopsch, Storbeck und Stahl zum 25-jährigen Dienstjubiläum.

Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden

Der erzielte Tarifabschluss ist sehr positiv und auch hier ist zu sehen, dass es sich lohnt, für die Forderungen zu demonstrieren und gewerkschaftlich einzustehen, gerade die Demonstration des dbb sh in Kiel mit einer guten Teilnahme von Kollegen und Kolleginnen des OV NMS war erfreulich, aber auch hier geht noch mehr!

Bei den örtlichen Personalratswahlen konnte der BSBD Ortsverband Neumünster mit seiner Liste 3 von 9 Sitzen gewinnen. Gratulation gilt hier den Kollegen Jörg Stüben, Thomas Bruch und der Kollegin Melanie Waldmann.

Der Vorsitzende bedankt sich an dieser Stelle noch einmal bei Martina Treptau, die



Gruppenbild bei der Jahreshauptversammlung in Neumünster (von links) Landesvorsitzender Michael Hinrichsen, Ortsvorsitzender Daniel Stahl, Kassenwartin Silke Walter-Bauch, stellvertretende Vorsitzende Melanie Waldmann, Hauptpersonalrätin Sonja Zimmermann und stellvertretender Landesvorsitzender Henry Malonn.

schon letztes Jahr den Vorstand verlassen hat, aber bei der letztjährigen Jahreshauptversammlung nicht persönlich anwesend war. Sie war immer die gute Seele im Vorstand. Wenn es um organisatorische Dinge ging, war sie immer in der ersten Reihe. Als zweites wurde Thomas Petermann verabschiedet. Er hat die Kasse immer gewissenhaft und korrekt geführt. Oft war es schwer, ihm ein wenig Geld zu entlocken. An beide noch einmal recht herzlichen Dank und hoffentlich bleibt ihr uns weiterhin aktiv und beratend erhalten!

Der Bericht des Kassenwarts Thomas Petermann fällt auch in diesem Jahr positiv aus. Der OV ist finanziell weiterhin gut aufgestellt. Die Prüfung der Kasse wurde von den Kassenprüfern durchgeführt; diese lobten die sehr gute Buchführung, es gab keine Beanstandungen. Es wurde um Entlastung des Vorstandes gebeten, die Entlastung erfolgte einstimmig.

Neuwahlen des Ortsverbandsvorstandes

Dieses Jahr stehen mehrere Neuwahlen an. Der langjährige Ortsverbandsvorsitzende Winand Drewes stellt sich nicht mehr zur Wiederwahl und schlägt den stellv.

Ortsverbandsvorsitzenden Daniel Stahl als Nachfolger vor. Ohne Gegenkandidat wird per Handzeichen abgestimmt. Mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung wird Daniel Stahl zum neuen Ortsverbandsvorsitzenden gewählt. Da der langjährige Kassenwart Thomas Petermann noch dieses Jahr in Pension geht, steht er für das Amt nicht mehr zur Verfügung. Als Nachfolgerin wird Silke Walter-Bauch vorgeschlagen und mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gewählt. Durch den frei gewordenen Platz des stellv. Vorsitzenden muss auch dieser neu gewählt werden. Hier wird die Kollegin Melanie Waldmann vorgeschlagen. Auch sie wird mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung gewählt. Zu guter Letzt müssen auch die zwei Kassenprüfer/innen neu gewählt werden. Vorgeschlagen werden die Kollegin Stine Hennig und der Kollege Sascha Storbeck. Beide werden mit 31 Ja-Stimmen und jeweils einer Enthaltung gewählt. Alle gewählten Mitglieder nehmen die Wahl an. Nach den Wahlen wird die Veranstaltung für das Essen unterbrochen, um sich für den Bericht des Landesvorsitzenden Michael Hinrichsen und seinem Stellvertreter Henry Malonn zu stärken.

Bericht aus dem Landesvorstand

Der BSBD Landesvorsitzende Michael Hinrichsen und der stellvertretende Landesvorsitzende Henry Malonn berichten von den Ereignissen und Entwicklungen des letzten Jahres.

Bei den Hauptpersonalratswahlen hatte die gemeinsame Liste mit der DJG den gewünschten Erfolg erzielt und der BSBD hat es geschafft, drei Plätze im Gremium zu bekommen – ein sehr gutes Ergebnis! Gratulation an Nicole Knapp, Sonja Zimmermann und Sandra Topke zur Wahl! Insgesamt ist der Justizvollzug damit mit vier Sitzen im Hauptpersonalrat vertreten.

Im Januar hat ein Teil des Vorstandes die Abschiebehaft in Glückstadt besucht. Hier wurde ein Gespräch mit der Leitung und dem örtlichen Personalrat geführt, um sich als Gewerkschaft vorzustellen, da dort bisher in diese Richtung noch nichts läuft. Die Liegenschaft ist sehr modern und es kann nur empfohlen werden, wenn die Möglichkeit besteht, sich diese anzuschauen, z.B. im Rahmen der Abteilungsförderbildungen o.Ä.. Erste Bemühungen, dort einen eigenen Ortsverband zu gründen, laufen zwischenzeitlich. Derzeit ist die Abschiebehaftanrichtung an den Ortsverband Neumünster angegliedert.

Die Ortsverbände Schleswig und Flensburg haben sich zusammengeschlossen, da die Anstalt in Flensburg für mindestens drei Jahre wegen einer Komplettanierung schließt und der Großteil der Kollegen nach Schleswig abgeordnet wird.

Der Rechtsschutz beim BSBD läuft gut, bis zu zwei Mal im Monat wird dieser in Anspruch genommen.

Der Tarifabschluss kann sich sehen lassen, auch die Teilnahme bei der Demonstration des dbb sh in Kiel war diesmal im Vergleich zu den Vorjahren gut besucht. Enttäuschend dagegen war die Veranstaltung vor der JVA Neumünster, zu der aus dem ganzen Land nur ca. 20 Mitglieder den Weg gefunden haben. Solche Veranstaltungen wie bei der Demonstration in Kiel werden von der Politik wahrgenommen! Deshalb müssen wir diese Chancen nutzen.

Auch das Thema JVS in Boostedt hat uns weiter beschäftigt. Ein Neubau wird hier favorisiert, am liebsten nicht in Boostedt, aber der Standort wird sich wohl nicht ändern. Im letzten Jahr gab es auch Treffen mit politischen Vertretern des Landtages, hierbei waren die Themen z. B. der Zustand der Vollzugsschule, die Einführung von Dienstsport als Arbeitszeit und die Thematisierung außerordentlicher Vorkommnisse und baulicher und organisatorischer Sicherheitsmängel.



Fotos (2): BSBD S-H

Ausgelassene Stimmung auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Neumünster.

Das E-Bike Leasing ist zwar gut, leider sind die Konditionen schlecht, einzig positiv ist, dass auch die Beschäftigten das Angebot jetzt wahrnehmen können.

Themen für das laufende Jahr sind Stellenanhebung in der Laufbahngruppe 2 und die Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten, sowie Anwärtersonderzuschlag für den gehobenen Dienst. Erst dann kann man daran arbeiten, dass auch der mittlere Dienst nach oben geöffnet wird. Zudem geht es um die Anrechnung von Zeit für Sport sowie bei den Gerichtsmeistern.

Beim Thema Weihnachtsgeld ist immer noch kein Ende in Sicht, 2023 sollte der Beschluss kommen. Das Bundesverwaltungsgericht schafft es aber nicht und gibt auch keinen Termin, wann es soweit ist.

Der Abend klang aus

Nach den interessanten und ausführlichen Berichten der Kollegen ergriff der neue Ortsverbandsvorsitzende wieder das Wort. Da keine Anträge eingegangen sind und auch keiner der Anwesenden sich zu Wort gemeldet hatte, bedankte sich der Kollege Stahl bei allen Anwesenden für ihr Erscheinen und beendete den offiziellen Teil der Versammlung. Einige Kolleginnen und

Kollegen verblieben bei dem einen oder anderen Getränk in gemütlicher Atmosphäre und ließen bei netten Gesprächen den Abend ausklingen.

Daniel Stahl
Vorsitzender OV Neumünster

Entwurf zum Thüringer Gesetz zur Anpassung und Versorgung in den Jahren 2024 und 2025 in den Landtag eingebracht

Mit Schreiben vom 16.04.2024 hat die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Anpassung und Versorgung in den Jahren 2024 und 2025 in den Landtag eingebracht. Die erste Lesung im Landtag erfolgte am 25.04.2024. Der Entwurf wurde in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen und sieht im Wesentlichen Folgendes vor:

- Erhöhung der Grundgehaltssätze sowie der im Thüringer Besoldungsgesetz in Anlage 6 ausgewiesenen Beträge des Familienzuschlags nach § 37 Abs. 1 und des Anrechnungsbetrags nach § 37 Abs. 2, die in Anlage 8 Tabelle 1 ausgewiesenen Beträge der Stellenzulagen nach Anlage 1 Abschnitt II Nr. 7 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B ab dem 01. November 2024 um 1,462 Prozent und ab 01.02.2025 um weitere 5,5 Prozent.
- Erhöhung der Anwärterbezüge ab 01. November 2024 um 100 Euro und ab dem 01.02.2025 um weitere 50 Euro

(soweit deren weitere Erhöhung um 5,5% nicht günstiger ist)

- Sonderzahlungen im Jahr 2024: Beamtinnen und Beamte, die in der Zeit vom 01.08. bis 08.12.2023 an mindestens einem Tag Anspruch auf Dienstbezüge hatten, erhalten eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 3 000 Euro. Der Anspruch nach vermindert sich um den Gesamtbetrag der der berechtigten Person im Jahr 2023 geleisteten Sonderzahlungen; Anwärterinnen und Anwärter, deren Anwärter- oder Ausbildungsverhältnis am 9. Dezember 2023 bestanden hat und die im Zeitraum vom 1. August 2023 bis zum 8. Dezember 2023 an mindestens einem Tag Anspruch auf Anwärterbezüge hatten, erhalten eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.000 Euro.

Der vollständige, 216-seitige Gesetzentwurf ist im Internet auf der Seite des Landtages zu finden (<https://www.thue->

[ringer-landtag.de/dokumente/parlamentsdokumentation/](https://www.thue-)). Das Gesetz könnte in der nächsten Landtagssitzung (ab 05.Juni 2024) verabschiedet werden. Insofern kann frühestens ab Juli 2024 mit entsprechenden Zahlungen gerechnet werden.

Mit dem Gesetzentwurf hält die Thüringer Landesregierung an ihrem Ziel, eine verfassungskonforme Alimentation überwiegend bzw. nahezu ausschließlich über die Erhöhung der kinderbezogenen Anteile des Familienzuschlages zu erreichen fest. Eine Entscheidung der Verwaltungsgerichte in den vom tbb und BSBD unterstützten Musterklageverfahren mit dem Ziel, eine verfassungskonforme Alimentation über die entsprechenden Grundgehälter und damit auch pensionswirksam zu erreichen, liegen derzeit immer noch nicht vor. Viele inhaltsgleiche Einzelklagen sind derzeit unter Verzicht der Einrede der Verjährung ruhend gestellt.

Der Landesvorstand

Landtagswahlen in Thüringen

komplizierte Regierungsbildung ist zu erwarten

Am 01.September 2024 wird in Thüringen ein neuer Landtag gewählt. Im Hinblick auf die derzeitigen Umfrageergebnisse ist eine komplizierte Regierungsbildung zu erwarten. Die derzeitige rot/rot/grüne Landesregierung wird voraussichtlich weiter über keine Mehrheit verfügen. Nach den derzeitigen Umfrageergebnissen werden diese Parteien ihre Ergebnisse bei der letzten Wahl bei Weitem nicht erreichen. Wenn sich die CDU an ihre derzeitigen Beschlüsse weder mit der AfD noch der Partei „Die Linke“ zu regieren und auch die Partei „Die Linke“ nicht mit der AfD regiert, scheint derzeit, unter dem Vorbehalt, dass Bündnis90/Grüne den Wiedereinzug in den Landtag schaffen, nur eine Variante einer Mehrheitsregierung (CDU/BSW/SPD/Bündnis90/Grüne)

möglich. Allerdings sind Umfragewerte keine Wahlergebnisse. Entscheidend wird sein, welche Parteien dem neuen Landtag angehören werden und welches Wahlergebnis das BSW auf Kosten welcher bisher im Landtag vertretenden Parteien erreichen wird. Spätestens am 30.Tag nach der Wahl muss der Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Der Ministerpräsident wird dann vom Landtag mit der Mehrheit seiner Mitglieder ohne Aussprache in geheimer Abstimmung gewählt. Wenn im ersten Wahlgang niemand diese Mehrheit erhält, wovon derzeit auszugehen ist, findet ein neuer Wahlgang statt. Kommt die Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, so ist gewählt, wer in einem weiteren Wahlgang die meisten Stimmen erhält.

Der Ministerpräsident ernennt dann die Minister. Nach Artikel 75 Absatz 3 der Verfassung des Freistaates Thüringen ist der Ministerpräsident und auf sein Ersuchen die Minister verpflichtet, die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger fortzuführen (geschäftsführende Landesregierung). Auf Grund der Regelungen zum dritten Wahlgang zur Wahl des Ministerpräsidenten ist jedoch davon auszugehen, dass dieser Zustand nicht all zu lange andauert, es sein denn, dass der Landtag vor der Wahl eines Ministerpräsidenten seine Auflösung beschließt, was jedoch auf Grund der dazu erforderlichen zweidrittel Mehrheit eher unwahrscheinlich ist.

Der Landesvorstand

Foto: drubig-photo/stock.adobe.com

Werden Sie Mitglied



Gewerkschaft Strafvollzug



WIR
stehen
zusammen!



Mehr
Informationen:
www.bsbd.de



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



Bank
Better Banking

Ihr Konto mit Startvorteil.

Jetzt ganz bequem
zur BBBank wechseln

Bis zu
150 €
Startprämie¹

On Top
50 €
für dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen

Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon unter 0721 141-0
oder auf www.bbbank.de/dbb
finden Sie Ihre Vorteile und regionalen Ansprechpartner



¹ Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Mitarbeitende der BBBank (einschließl. Familienmitglieder) sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten, Start der Aktion: 01.01.2024